

Nepal-Forum

Rundbrief des Human Rights Forum Nepal e.V.

1. Jahrgang

Nr. 2/90

03. Dezember 1990

INHALT:

Vorwort	S. 1
Protokoll der 1. ordentlichen Mitgliederversammlung	S. 1
Gespräch mit Man Mohan Adhikari	S. 4
Hauptmerkmale des Verfassungsentwurfs	S. 7
Der Verfassungsentwurf des Palastes	S. 8
Die neue Verfassung in promulgierter Form	S. 8
Nepal-Chronologie (Fortsetzung)	S. 13
Anhänge:	S. 33
Übersicht zur Entwicklung der nepalischen Parteienlandschaft	
Nonformal Education Service Centre (NFESC)	
Human and National Development Society (HANDS)	

Liebe Vereinsmitglieder und Freunde Nepals,

am 9. November 1990 wurde in Nepal die neue Verfassung offiziell promulgiert. Dies soll uns ein Anlaß sein, einen weiteren Bericht über die Entwicklungen in Nepal und über die Vereinsarbeit vorzulegen. Über die Ereignisse können Sie sich anhand der fortgesetzten Chronologie informieren. Diese wurde jedoch aus Zeitmangel nur bis Anfang Oktober fortgeführt; die Fortsetzung ist dann für das nächste Heft vorgesehen. Es gab im Oktober noch einige Auseinandersetzungen über die endgültige Form der Verfassung. Höhepunkt dieser Streitigkeiten war zweifelsohne der volksfeindliche Gegenentwurf des Königspalastes vom 21. Oktober. Schließlich promulgierte König Birendra dann doch am 9. November 1990 die neue Verfassung in einer Form, die in mancher Hinsicht zu wünschen übrigläßt, mit der man aber sicherlich leben kann, und die Hoffnung auf eine größere Beachtung und Realisierung grundlegender Menschenrechte aufkeimen läßt. Der Text der neuen Verfassung liegt uns seit ein paar Tagen in nepalischer Sprache vor, und wir werden uns bemühen, im nächsten Nepal-Forum eine tiefergehende Auswertung desselben vorzunehmen. Als erster Überblick ist die englische Übersetzung eines Artikels aus dem Gorkhapatra vom 10. November beigefügt.

Was die Vereinsarbeit anbelangt, haben wir am 15. September unsere erste Mitgliederversammlung abgehalten (Protokoll siehe unten). Das wohl wichtigste Ergebnis war die Bildung von Arbeitsgruppen. Es ist vorgesehen, daß diese sich und ihre Arbeitsansätze im nächsten Nepal-Forum vorstellen. Wir hatten ferner die Möglichkeit zum Gedankenaustausch mit Man Mohan Adhikari, dem Generalsekretär der Nepal Communist Party (Marxist) und mit Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey, einem führenden Mitglied der Human Rights Organization of Nepal. Unser Beiratsmitglied, Herr Egon Bender, konnte im Verlauf einer Nepalreise im Oktober Kontakte zu einigen kleineren privaten Organisationen in Nepal herstellen, die sich um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation bemühen. Insbesondere das Nonformal Education Service Centre (NFESC) und die Human and National Development Society (HANDS) sind Organisationen, mit denen sich eine Zusammenarbeit in diversen Bereichen anbietet. Schließlich wurde auf der Mitgliederversammlung beschlossen, daß das Nepal-Forum in Zukunft weniger umfangreich, dafür aber häufiger erscheinen soll, um ein aktuelles Informationsmedium für die Mitglieder des Vereins zu haben.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 1991.

K.H. Krämer

PROTOKOLL DER 1. ORDENTLICHEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL AM 15.09.1990, 14.00 H, IN ESCHWEILER

I. Eröffnung der Versammlung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Karl Heinz Krämer.

II. kurze Vorstellung aller Anwesenden

III. Der Vorsitzende gibt die Tagesordnung bekannt.

IV. Bericht über Lage und Entwicklung in Nepal von Herrn Krämer

Videoaufnahmen von verschiedenen Ausschnitten aus deutschen Nachrichtensendungen über die Unruhen in Nepal.

Herr Krämer geht kurz auf den Verlauf der Arbeit der Verfassungskommission ein und betont die kurze Frist, die der Kommission gesetzt wurde. Bis 4. Juli war das Einreichen von Vorschlägen für die Verfassung möglich, Anfang September sollte die Arbeit des Verfassungsausschusses abgeschlossen sein. Der Entwurf soll noch im September veröffentlicht werden, weitere Informationen liegen Herrn Krämer noch nicht vor. Herr Thapa und Herr Krämer erläutern kurz die Positionen der neugegründeten Parteien.

Folgende Probleme für die Verfassung und Nepal werden von Herrn

Krämer genannt:

- 1) Säkularer Staat oder weiterhin Hindustaat?
- 2) Sprachenstreit: Welche Sprache wird Staatsprache, wie und in welcher Form sollen die zahlreichen Sprachen berücksichtigt werden?
- 3) Indisch-nepalische Beziehung: Trotz der Entspannung in den Beziehungen mit Indien nach dem Besuch von Premierminister Bhattarai bei V.P. Singh in Delhi bleibt die Schwierigkeit, sich gegenüber den beiden Großmächten zu behaupten. Es muß eine größere Unabhängigkeit von Indien erreicht werden.
- 4) Politische Gefangene: Trotz Amnesty, gibt es laut Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) immer noch politische Gefangene, die angeklagt sind, kriminelle Verbrechen begangen zu haben. Streitfrage ist außerdem, wie man mit ehemaligen oppositionellen Terrorgruppen und -organisationen (z.B. People's Front) verfahren soll.
- 5) Hinterbliebene der Opfer der Demokratiebewegung: Es bestehen erhebliche Schwierigkeiten bei der gerechten Verteilung der

Unterstützungsgelder für die Opfer und die Hinterbliebenen, zwar ist ausreichend Geld vorhanden, doch fehlt es an Koordination und an Richtlinien. Die Bestrafung der Verbrechen während der Panchayat-Ära wird gefordert.

- 6) Anschlag auf den Konvoi der Königin am 23. Aug.: Verdächtig werden Kommunistische Gruppierungen. Der Anschlag wird als Akt krimineller Elemente von allen Parteien öffentlich verurteilt.
- 7) Menschenrechtsbewegung in Bhutan: Ein Schweigemarsch von Anhängern der Bewegung und politische Aktivisten aus Bhutan fordern ein Mehrparteiensystem und die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie in Bhutan. Betroffen ist insbesondere die nepalische Minderheit (ca. 15%). Sie erhält Unterstützung durch die nepalischen Menschenrechtsorganisationen. Die Regierungen in Nepal und vor allem Indien halten sich bisher zurück.

V. Bisherige Vereinstätigkeit

Karl Heinz Krämer weist auf den Rundbrief des Human Rights Forum Nepal, das "NEPAL-FORUM", hin. Herr Debuck verteilt weitere Rundbriefe an neue Mitglieder. Herr Krämer appelliert an alle Mitglieder sich ebenfalls mit Artikeln in den kommenden Rundbriefen und in Zeitschriften aktiv an der Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen.

Kurzer Beitrag von Sigrid Betzelt und Elke Nienstedt über das Treffen der Nepal Watch - Gruppe in Berlin mit Politikern der United Left Front.

Kurzbericht über das Treffen einiger Vereinsmitglieder mit Man Mohan Adhikari, dem Generalsekretär der Nepal Communist Party (Marxist). Auf Vermittlung unseres Vereins kann er Gespräche mit SPD, Deutscher Welle, Auswärtigem Amt, Journalisten und Verfassungsexperten (über Friedrich Naumann Stiftung) führen.

Herr Krämer gibt den aktuellen Mitgliederstand von derzeit 39 Mitgliedern bekannt. Der Verein hat ein Ehrenmitglied: Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha, Gesundheitsminister in der Übergangsregierung.

Frage von Herrn Debuck: Wieviele haben bereits auf die Briefe des Vereins geantwortet? Antwort von Herrn Krämer: nur 5 von ca. 90 in der BRD angeschriebenen Organisationen/Personen haben geantwortet. Mit der nepalischen Menschenrechtsorganisation FO-PHUR besteht ein regelmäßiger Kontakt, von HURON hat man bis jetzt noch keine Antwort. Herr Thapa weist auf die Überlastung der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter der nepalischen Menschenrechtsorganisationen hin und schlägt vor, für künftige Briefwechsel außer der Adresse des Mitgliedes weiterhin die Adresse des Vorstandes anzugeben, um dadurch eine einzige zentrale Stelle zu haben und Mißverständnissen vorzubeugen.

VI. Satzungsänderung

Antrag von Herrn Krämer: Die Formulierung des § 3 Abs. 4 der Satzung ist eindeutig zu fassen. Das Amtsgericht Köln verlangt eine Klarstellung, in welchen Fällen der Vorstand und in welchen der Beirat über die Aufnahme eines Mitglieds entscheidet. Es wird daher vorgeschlagen, diesen Passus wie folgt zu formulieren: "Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand".

Herr Debuck schlägt die Abstimmung über den Antrag des Vorstandes vor. Daraufhin wird der Antrag von Herrn Krämer einstimmig angenommen (die schriftliche Zustimmung von Frau Ludmilla Tüting liegt dem Vorstand vor).

VII. Gestaltung der zukünftigen Vereinsarbeit

Es sollen nicht nur Kontaktpersonen für verschiedene Regionen zuständig sein sondern zur besseren Arbeitsteilung und zur Entlastung des Vorstandes auch eine "Spezialisierung" der Mitglieder auf bestimmte Themengebiete / Schwerpunkte erreicht werden.

VIII. Problemdarstellung über aktuelle Themen

Frau Lhakpa Krämer stellt die Problematik der Familienplanung anhand eines konkreten Beispiels in Solu-Khumbu dar. Folgende Punkte, die im engen Zusammenhang mit der Familienplanung stehen werden von Frau Krämer genannt und Lösungsansätze in einer allgemeinen Diskussion besprochen:

- Slumproblematik
- Überbevölkerung
- Frauen und ihre Stellung in der nepalischen Gesellschaft
- Altersversorgung
- Sterilisation

Stellungnahme von Herrn Debuck: Vorsicht ist geboten, bei dem Versuch, westliche Lösungsansätze und Ideen in das Land zu tragen.

Vorschlag von Herrn Krämer: zunächst die Referenten zu den verschiedenen Themen zu hören und im Anschluß zu diskutieren.

Man kommt überein, bis 20.00 h die Sitzung fortzuführen.

- 1) Säkularismus/Hindustaat, dargestellt von Herrn Pradeep Bhattarai:

In Nepal sind sehr viele Glaubensrichtungen vertreten: Muslim, Jain, Sikh, Christen, Buddhisten, Hinduisten usw. Bis jetzt waren in diesem Zusammenhang Probleme nicht bekannt, es gab kaum genaue Angaben über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung. Offiziell wurden z.B. Christen in Nepal nicht erwähnt, das Konvertieren zu einem anderen Glauben war per Gesetz verboten und wurde in manchen Fällen sogar mit Freiheitsentzug bestraft. Nun stellt sich die Frage, ob der Hinduismus weiterhin Staatsreligion bleiben soll, oder ob man einen säkularen Staat Nepal in der Verfassung verankern soll. Religionsfreiheit, so die Gegner des Hindu-Staates, kann nur in einem säkularen Staat gewährleistet werden und wenn der Hinduismus als Staatsreligion nicht mehr in der Verfassung verankert ist.

- 2) Religionsfreiheit/Missionierung, dargestellt durch Herrn Ludwig Debuck:

1985 stellte die nepalische Botschaft in der BRD fest, daß in Nepal trotz unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse religiöse Harmonie und Religionsfreiheit, auch bei der Ausübung der Religion, besteht. Berichte über Verhaftung von nepalischen Christen und Schikane gegenüber Konvertiten widersprechen dem. Hier stellt sich auch die Frage nach dem "Imperialismus des Hinduismus".

Die Missionsarbeit in Nepal ist verboten. Alle in Nepal vertretenen Kirchenmissionen lehnen Missionierung von Nepalesen strikt ab. Jedoch gibt es einige aggressive Christengruppen, die trotzdem in intoleranter Weise Nepalesen zum christlichen Glauben zu "missionieren" versuchen. Dies ist zu verurteilen und sollte unterbunden werden. Hier besteht nun eine gute Möglichkeit für den Verein in Deutschland tätig zu werden und die Kirchenorganisationen anzuschreiben, um zu diesem Thema Stellung zu nehmen und die Haltung des Vereins deutlich zu machen. Trotz der Gefahr der unerwünschten Missionierung, sollten die bestehenden Verbote abgeschafft werden und jedem Menschen die Entscheidung selbst überlassen sein.

- 3) Internationale wirtschaftliche und soziale Menschenrechte, dargestellt von Herrn Egon Bender:

Inhalt des internationalen Menschenrechtspaktes:

- Bei dem Pakt handelt es sich um eine Willenserklärung der Staaten, ihre Gesetzgebung unter die Prinzipien der Menschenrechte zu stellen; ist dies nicht der Fall, sind sie jederzeit anfechtbar.
- Funktion des Paktes ist die dauerhafte Verpflichtung eines Landes und nicht nur die freiwillige Einhaltung der Prinzipien durch die jeweilige Regierung.
- Der Pakt stellt außerdem eine Legitimationsgrundlage für alle Menschenrechtsorganisationen dar und gilt als Referenz für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

wirtschaftliche und soziale Rechte:

- angemessener Lebensstandard, Kleidung, Ernährung, Arbeit
- gesunde Arbeitsbedingungen
- medizinische Versorgung
- soziale Sicherheit (Versicherungen)
- Schulpflicht und unentgeltlicher Unterricht.

Diese Rechte sind nicht wirkungsvoll im Gesetz verankert, eine Lobby für diese Rechte ist nicht vorhanden. Nepal ist dem Pakt nicht beigetreten.

Ansatzpunkte für den Verein:

Schaffung eines neuen Bewußtseins in allen Bevölkerungsgruppen Nepals. Der Verein sollte eine Empfehlung geben, wonach die nepalische Regierung aufgefordert wird, dem Pakt beizutreten. Die wirtschaftlichen und sozialen Gesetze sollten in der nepalischen Verfassung verankert werden. Der Verein als Beobachter der Menschenrechtssituation in Nepal erschwert somit offene Verletzungen der Rechte und schafft durch öffentliche Anklage der Verletzungen ein Bewußtsein in der Bevölkerung.

- 4) Sprachlich-ethnische Probleme, dargestellt von Herrn Pradeep Bhattarai:

Jede der zahlreichen Ethnien in Nepal hat auch ihre eigene Sprache. Welche dieser Sprachen soll Staatssprache werden. Welche Richtlinien sollen gelten (einfaches Mehrheitsprinzip)? Die Meinungen sind sehr unterschiedlich. Soll es eine Quotenregelung für die verschiedenen Ethnien im öffentlichen Bereich geben, wie sie in Indien bei den Kasten zu finden ist? Auf einem Symposium im Tarai wurde bereits auf die große Benachteiligung der Bevölkerung im Tarai hingewiesen und ein gerechterer prozentualer Anteil in der Verwaltung des Landes

gefordert.

5) Stellung der Frau, dargestellt von Frau Radha Bhattarai:

Die Frau in Nepal ist in allen Lebensbereichen gegenüber dem Mann benachteiligt, eine Gleichberechtigung von Mann und Frau besteht in Nepal nicht. Die Frauen werden sowohl im religiösen Bereich (z.B. Verbot der Wiederverheiratung von Witwen), als auch im familiären (allein der Sohn ist erbberechtigt und wird der Tochter vorgezogen) und im beruflichen (in der Übergangsregierung ist z.B. nur eine Frau) Bereich diskriminiert. Die Lebenserwartung der Frau ist niedriger als die des Mannes, die Frauen müssen meist härter und mehr als Männer arbeiten und bekommen einen niedrigeren Lohn für dieselbe Arbeit.

6) Politische Gefangene und Strafgefangene dargestellt von Frau Alexandra Plüschke:

bisherige Situation:

Es bestehen noch immer Gesetze, die illegalen Verhaftungen Vorschub leisten, unklar formuliert sind und willkürliche Auslegung der Behörden (Polizei, Gerichte usw.) begünstigen. Gerichtsverhandlungen werden zur Farce, da die Richter abhängig sind. Die Polizei gilt als allmächtig, bewegt sich oft außerhalb der Gesetze; Folterung der Verhafteten sind an der Tagesordnung.

Ansatzpunkte für Verbesserungen:

- Abschaffung umstrittener Sicherheitsgesetze (z.B. Public Security Act)
- Neuorganisation der Exekutiv-Behörden
- Schaffung gegenseitiger Kontrollmechanismen. Die Behörden müssen loyal gegenüber der neuen Verfassung sein.
- Es muß ein neues Bewußtsein für Unrecht und Recht in der nepalischen Bevölkerung entstehen.
- Juristischer Beistand muß für jeden Angeklagten gewährleistet sein, ein Verdächtiger muß bei seiner Verhaftung auf seine Rechte aufmerksam gemacht werden und die Unabhängigkeit der Judikative muß unbedingt sichergestellt werden. Die Exekutive hat die Entscheidungen der Judikative zu respektieren und zu befolgen.
- Die Haftbedingungen der Gefangenen müssen verbessert werden, Folter als Mittel zur Erpressung von Geständnissen muß verboten werden. Durch die Offenlegung der Organisation und der Vorgänge innerhalb der Polizeibehörde gegenüber dem Parlament sollen Ereignisse, wie das Verschwinden von Gefangenen, verhindert werden.
- Die medizinische Versorgung muß verbessert werden, Fortbildungskurse für die meist des Lesens und Schreibens unkundigen Gefangenen sollen wieder eingeführt werden. Die Gewichtung sollte sich mehr auf die Wiedereingliederung der Menschen in die Gesellschaft richten und nicht auf die bloße Verwahrung der Menschen.

Bis jetzt ist wenig über die Verhältnisse der Nepalesen in diesen Bereichen geschrieben worden, besonders bei westlichen Wissenschaftlern besteht kaum Interesse für den Themenbereich "Menschenrechte". Nepalische Wissenschaftler, die sich mit diesen Themen beschäftigen, sollten unterstützt werden.

8) Bildung und Schulwesen, dargestellt von Frau Ingrid Decker:

Im Schulwesen werden oft westliche Werte und Normen übernommen.

Die Lehrer der Grundschulen und auch die der meisten Colleges sind nur sehr unzureichend ausgebildet.

Viele Kinder müssen ihren Eltern helfen und haben keine Zeit für die Schule. Der bisherige Unterricht an den Grundschulen beschränkt sich aus politischen Erwägungen, hauptsächlich auf die Vermittlung der hinduistischen Grundsätze und der nepalischen Tradition und der Schulunterricht wird teilweise absichtlich auf niedrigem Niveau gehalten.

Forderungen nach einem sozialen Schulsystem, engagiertem Unterricht und Abschaffung der Prügelstrafe, die in Nepal noch allgemein üblich ist, sollten nach Kräften vom Verein unterstützt werden.

9) Hygiene/ Medizin:

Frau Krämer weist darauf hin, daß die hygienischen Bedingungen auf dem Land (Zusammenleben mit den Tieren) Ansteckungen und Krankheiten Vorschub leisten.

Herr Thapa erwähnt die hohen Kosten bei den Medikamenten und auch den Mißbrauch von Medikamenten insbesondere im städtischen Bereich; Ärzte und Apotheker verschreiben oft sehr starke, unangebrachte Medikamente.

Darauf folgt eine allgemeine Diskussion, in deren Verlauf folgende Themen kurz angesprochen wurden:

- Nepalesen in europäischen Gefängnissen wegen Verletzung des Rauschmittelgesetzes
- Rechte der Kinder
- Frauenhandel/Kinderhandel
- Umweltprobleme

Pause bis 22.30 h

IX. Bildung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Schwerpunkten:

- 1) den Schwerpunkt ethnisch-sprachliche Probleme übernimmt Silke Wolf
- 2) den Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialrecht/Berufsbildung übernimmt Egon Bender
- 3) den Schwerpunkt Frauenrechte übernimmt Alexandra Plüschke
- 4) den Schwerpunkt Bildungs- und Schulwesen/ Kinderrechte übernimmt Ingrid Decker
- 5) den Schwerpunkt Gefangene übernimmt Alexandra Plüschke
- 6) den Schwerpunkt Umwelt übernimmt Ludmilla Tüting
- 7) den Schwerpunkt Familienplanung/Gesundheit/Hygiene übernimmt Lhakpa Sherpani-Krämer

Die Betreuung der Sonderarbeitsgruppe "Opfer der Demokratiebewegung" übernimmt Hildegard Möller-Karki.

X. Erweiterung der Beirats

Die Verantwortlichen der jeweiligen Arbeitsgruppen (Punkt IX., Nr. 1-7), Frau Silke Wolf, Herr Egon Bender, Frau Alexandra Plüschke, Frau Ingrid Decker, Frau Ludmilla Tüting und Frau Lhakpa Sherpani-Krämer, werden von der Mitgliederversammlung einstimmig in den Beirat gewählt (die schriftliche Einverständniserklärung von Frau Tüting liegt dem Vorstand vor).

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

XI. Vereinswappen

Zur Frage, welches Wappen der Verein haben soll, kann noch keine Einigung erzielt werden. Alle Mitglieder werden aufgefordert, dem Vorstand in den folgenden Wochen diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten.

XII. Auslandsmitgliedschaft/Information von Fördermitgliedern

Auch bei Mitgliedern, die im Ausland leben wird keine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages vorgenommen, sie werden aber um eine freiwillige Erhöhung ihres Beitrages gebeten, da allein die Kosten für die Verschickung der Vereinsinformationen höher sind als der Beitrag selbst.

XIII. Rundbrief/ Nepal-Forum

Ein kleineres Heft sollte regelmäßig erscheinen und schwerpunktmäßig die Beiträge und Berichte der Arbeit der einzelnen Gruppen beinhalten.

Es müßten die Berichte und Informationen auch ins Englische übersetzt werden, um die Informationen einer breiteren Leserschaft zugänglich zu machen und so eine sinnvolle Vereinsarbeit zu gewährleisten.

XIV. Sonstiges

Der Schatzmeister, Herr Ludwig Debuck, weist darauf hin, daß in der Vereinskasse bis Ende des Jahres ca. 2000,- DM zu erwarten sind.

Inwieweit den Mitgliedern eine Unkostenerstattung für Material, Porto etc. gewährt wird, muß noch geklärt werden.

Einmal jährlich soll satzungsgemäß eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden, die sich hauptsächlich mit den Fragen der Vereinsarbeit beschäftigt. Zusätzlich soll einmal im Jahr eine Tagung an einem Wochenende veranstaltet werden, bei der hauptsächlich inhaltliche Fragen angesprochen und diskutiert werden und die eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (z.B. Friedrich-Naumann-Stiftung) durchgeführt werden soll.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 24.00 h.

Eschweiler, den 15.09.1990

Karl Heinz Krämer, Ludwig Debuck, Alexandra Plüschke

GESPRÄCH MIT MAN MOHAN ADHIKARI

Im Verlauf einer Reise, die ihn durch diverse europäische Länder führte, kam Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär der Nepal Communist Party (Marxist) [=NCP (M)] vom 30. August bis 3. September 1990 auch in die Bundesrepublik Deutschland. Auf Vermittlung des Human Rights Forum Nepal (HURFON) führte er Gespräche mit Vertretern von Bundesregierung, SPD und Friedrich Naumann Stiftung sowie Interviews mit Journalistenbüros und der Deutschen Welle. Am Abend des 30. August empfing HURFON Herrn Adhikari zu einem Arbeitessen, bei dem er zu Fragen von etwa 15 Vereinsmitgliedern und einigen nepalischen Freunden zur Verfügung stand. An dieser Begegnung nahm auch Herr Andreas Proksch von der Friedrich Naumann Stiftung teil.

HURFON:

Sie sind einer der Führer der Nepal Communist Party (NCP) seit deren Gründung im Jahre 1949 gewesen. Können Sie uns bitte ein paar Informationen über die Geschichte und Entwicklung der NCP einerseits und ihre persönliche Rolle andererseits geben?

M.M.Adhikari:

In Nepal wurde die kommunistische Partei 1949 gegründet, aber bereits vor der Gründung dieser Partei gab es eine Arbeiterbewegung in Biratnagar, im östlichen Tarai. Meine persönliche politische Betätigung in Nepal begann in jener Zeit. Vor und nach jener Arbeiterbewegung gab es politische Unruhen in Nepal. Einige Personen aus dem Kathmandul kamen nach Indien, nach Kalkutta, um eine Bewegung gegen das Rana-System zu organisieren. Einige dieser jungen Leute, insbesondere ist hier Puspala Lal zu nennen, kamen in Kontakt zur kommunistischen Bewegung und sie organisierten die Nepal Communist Party. Seit jener Zeit hat diese Partei immer für die Sache des Volkes gekämpft. Wir kämpften für politische Freiheit, wir kämpften gegen die Ranas, und wir setzten unseren Kampf fort, als König Mahendra 1960 die absolute Macht an sich riß und das parlamentarische System abschaffte. In all diesen Auseinandersetzungen spielte die Nepal Communist Party eine führende Rolle. Wir traten als Oppositionspartei immer ein für die Errichtung demokratischer Institutionen. Aus diesem Grund war unsere Partei immer populär im Land als kommunistische Bewegung, als Nepal Communist Party. Aber natürlich spielten auch andere Parteien, vor allem der Nepali Congress, eine ähnlich bedeutende Rolle. Auch der Nepali Congress beteiligte sich an der Arbeiterbewegung von Biratnagar. Dies bedeutet, das sowohl Nepali Congress als auch Nepal Communist Party seit 1947 in Nepal politisch tätig sind. Was ich hier besonders betonen möchte ist, daß Nepali Congress und Nepal Communist Party im Grunde seit jener Zeit bis heute für die gemeinsame Sache eingetreten sind. In der Rana-Zeit kämpften wir gemeinsam mit dem Nepali Congress, nach der königlichen Machtübernahme kämpften wir dreißig Jahre lang gemeinsam gegen die Monarchie. Bei zahlreichen Anlässen kämpften wir parallel, bei anderen gemeinsam, und in den meisten Fällen hatten wir dasselbe Ziel. So weit das positive Bild der Nepal Communist Party. Aber ich will auch die negativen Aspekte nicht verschweigen. Hier ist besonders zu erwähnen, daß es nach der königlichen Machtübernahme zu einer Spaltung des kommunistischen Lagers in Nepal kam. Eine Gruppe unter Führung von Keshar Jung Rayamajhi schwenkte auf die Linie des Königs ein, während sich die andere Gruppe unter Führung von Puspala Lal zur gemeinsamen Sache mit dem Nepali Congress entschloß. Wir widersetzten uns der königlichen Machtübernahme, wir sagten "Nein, wir brauchen ein parlamentarisches System für unser Land." Diese Teilung erfolgte also einzig und allein auf der Grundlage nationaler Probleme, d.h. jene waren für den König, wir waren dagegen, sie waren gegen Demokratie, wir dafür, sie standen im Lager des Königs und schürten den Kampf gegen uns, für uns dauerte dieser Kampf bis vor wenigen Monaten an. Dieser Spaltung in Rechte und Linke ging jedoch noch eine ganz wesentliche Spaltung der nepalischen Kommunisten voraus, von der auch die anderen kommunistischen Parteien der Welt betroffen waren, nämlich die ideologische Spaltung zwischen der Sowjetunion und China. Die heutige Vielzahl der linken Gruppen in Nepal ist eine Folge dieser beiden von mir genannten Spaltungen. Heute haben die kommunistischen Parteien in den meisten Ländern erkannt, daß es töricht ist, lediglich die Sowjetunion und die Volksrepublik China zum Vorbild zu nehmen. So müssen auch wir unsere eigenen Probleme auf unsere eigene Art und Weise lösen. Wir müssen unsere eigenen Erfahrungen machen, unserer eigenen politischen Strategie folgen. Wir haben uns so viele Jahre an der nepalischen Bewegung beteiligt. Wir haben daher heute beschlossen, nicht blind der Sowjetunion oder China zu folgen. Wir wollen zurückgreifen auf die grundlegenden Konzeptionen des Marxismus und des Leninismus, wir wollen diese Ideen in unserem Land in einer nationalistischen Art interpretieren. Wir wollen dieser Ideologie einen nationalen und vor allem demokratischen Charakter verleihen. Wir wollen zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Kräften des Landes; wir wollen keinen Kon-

flikt mit diesen. In diesem Sinne haben wir in den vergangenen dreißig Jahren seitens der United Left Front gemeinsam - teilweise in Abstimmung, teilweise parallel - mit dem Nepali Congress gekämpft, und Nepali Congress und United Left Front waren sich stets bewußt, daß die gemeinsamen Ziele nur bei gemeinsamem Vorgehen zu erreichen waren. Auf der letzten Etappe dieser Bewegung haben wir dann endlich zur notwendigen Einheit gefunden. Wir hatten gemeinsame Sitzungen und Besprechungen mit dem Nepali Congress; wir haben gemeinsame Komitees gebildet; wir haben gemeinsam zur Niederwerfung des Panchayat-Systems aufgerufen. Dies bewirkte beim Volk ein großes Selbstvertrauen. Man erkannte, daß es nun endlich möglich war, etwas gegen die Monarchie, gegen die unterdrückerische und tyrannische Politik des Königs zu unternehmen. In dieser Phase haben uns unsere ausländischen Freunde, die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien anderer Länder und insbesondere auch unsere indischen Freunde moralisch unterstützt. Dies alles machte die Bewegung zu einer großen Kraft in unserem Land. Nach nur 75 Tagen dieser Bewegung versammelten sich nicht weniger als 500.000 Menschen vor dem Königspalast und verlangten die Abschaffung des Panchayat-Systems, die Wiedereinführung des Vielparteiensystems, die Abschaffung der derzeitigen Verfassung, die Bildung einer Übergangsregierung und den Entwurf einer neuen Verfassung. Dies waren die grundsätzlichen demokratischen Slogans der Menschen. Viele hundert Menschen haben im Verlauf der Bewegung ihr Leben lassen müssen. Allein bei der großen Demonstration vor dem Königspalast sind viele hundert gestorben. Polizei und Militär hat von Hubschraubern aus mit verbotenen Geschossen, den Dum-Dum-Geschossen, auf die Menschen geschossen. So vollzog sich die Demokratiebewegung. Wir behaupten von uns nicht, wir wären die einzige Partei oder Kraft oder gar politische Philosophie, die für Nepal geeignet wäre. Was ich hier betonen möchte, ist, daß auch wir Kommunisten unseren Beitrag zu diesem Kampf geleistet haben. Wir haben niemals gegen die demokratischen Ideale gearbeitet. Der Nepali Congress stand immer für die Demokratie und daher haben auch wir immer eng mit dem Nepali Congress zusammengearbeitet. Heute sehen wir uns in der nepalischen Politik insbesondere zwei Themen ausgesetzt: Wird der Verfassungsentwurf, der in naher Zukunft verkündet wird, demokratisch oder konservativ sein? Wenn die Verfassung demokratisch wird, dann wird das Volk auch mehr Rechte erhalten. Die Verfassung wird konservativ sein, wenn die Rechte und die Macht überwiegend in der Hand des Königs bleiben. Ohne eine demokratische Verfassung hat es keinen Sinn, Wahlen abzuhalten. Das zweite Problem ist die Abhaltung von allgemeinen Wahlen für das Parlament.

HURFON:

Eine Frage, die heute hier in Deutschland immer wieder gestellt wird, ist die nach der Zukunft des Kommunismus in Nepal. Zu einer Zeit, in der der Kommunismus weltweit im Niedergang begriffen ist, nehmen linke Gruppen in Nepal erfolgreich an der zweiten Revolution des Landes teil. Ist die Stärke des Kommunismus in Nepal nur durch die politische Situation im Land unter dem Panchayat-Regime bewirkt oder wird der Kommunismus zurückgehen, sobald die Demokratie sich konsolidiert hat oder glauben Sie, daß der Kommunismus als eine starke politische Kraft in Nepal überleben wird? Und wenn Sie dies annehmen, was sind Ihre Argumente?

M.M.Adhikari:

Die kommunistischen Parteien, die weltweit an der Macht sind, beispielsweise in China oder in der Sowjetunion, haben, das wird allgemein zugegeben, in der Vergangenheit gravierende Fehler gemacht. Sie können auf wirtschaftliche Entwicklungen und die Verbesserung des Lebensstandards verweisen, aber sie haben schwerwiegende Fehler in entscheidenden Fragen gemacht. So haben sie die freie Meinungsäußerung und die Bildung anderer politischer Parteien unterdrückt. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch hat es an Liberalisierungstendenzen gefehlt. Das Volk hat nicht genügend Macht erhalten. Daher sehen sie sich heute derart vielen Problemen ausgesetzt, so z.B. heute insbesondere in Osteuropa und auch in China. In der Praxis sind sie sowohl wirtschaftlich als auch politisch in die falsche Richtung gegangen. Im

wirtschaftlichen Bereich geschah dies im Namen von Sozialisierung. Die Wirtschaftspolitik wurde zu zentralisiert. Es gab keine Wettbewerbmöglichkeiten, keinen Platz für freie Unternehmungen. Politisch geschah es zum Zwecke der Machterhaltung. Dabei wurden die demokratischen Aspekte der Entwicklung vergessen. So muß man über einen längeren Zeitraum hin betrachtet eher von einer Verfallstendenz sprechen. In Entwicklungsländern ist die Situation des Kommunismus anders. Hier sind die Kommunisten meist nicht an der Macht. Es gibt daher nicht die Kritikansätze wie in jenen Ländern, in denen sie an der Macht sind. Die wirtschaftlichen Mißstände vieler Entwicklungsländer bewegen das Volk dazu, die kommunistischen Bewegungen als Erretter oder Erlöser anzusehen. Daher ist auch z.B. in Indien die kommunistische Bewegung relativ stark. Und so sind auch wir Kommunisten in Nepal in den letzten 35-40 Jahren für die Rechte und für die Macht des Volkes eingetreten. Ich gebe zu, daß auch wir anfangs Schwierigkeiten hatten, die Entwicklungen und die Politik der kommunistischen Parteien in China und in der Sowjetunion zu kritisieren. Die Zukunft des Kommunismus und auch der demokratischen Bewegung in Nepal wird davon abhängen, ob wir eine erfolgreiche Politik betreiben können. Ferner müssen alle demokratischen Institutionen im Land geschaffen werden. Sodann sind wir ein armes Land; daher muß die Demokratisierung Hand in Hand mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Volkes gehen. Hier sind nicht nur wir als die Linken sondern auch die demokratischen Kräfte, insbesondere der Nepali Congress, gefordert. Dies bedeutet, daß wir nicht glauben dürfen, daß die royalistischen Kräfte endgültig abgeschafft seien. Sie können jederzeit wieder zurückklagen und unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage und der Armut des Landes ihre Macht zurückerlangen. Solange diese Kräfte weiterhin bestehen, können wir daher keine Demokratie in unserem Lande schaffen. Aber wir müssen natürlich auch aus den Fehlern und dem Schicksal der linken Bewegungen in den osteuropäischen Ländern und weltweit lernen. Insbesondere sollte man keine Alleingänge versuchen. Man muß immer mit anderen demokratischen Kräften und Parteien zusammenarbeiten. Hier bietet sich natürlich in erster Linie der Nepali Congress an, der sich selbst als sozialdemokratisch bezeichnet. Ich weiß nicht, warum wir nicht gemeinsam gegen die royalistischen Kräfte kämpfen sollten. Wir sind wirtschaftlich zur Zeit ganz unten: Wir haben keine Industrien, unser Transportwesen ist äußerst schlecht, die Wirtschaft ist völlig monopolisiert vom Königspalast und es gibt keinen freien Wettbewerb, es gibt keinen freien Markt. Das Landrecht- und Landbesitzsystem ist äußerst schlecht, die Bauern sind Knechte und Sklaven reicher Großgrundbesitzer, und 95% der Bevölkerung sind Bauern. Dies ist die besondere Situation unseres Landes. Vor diesem Hintergrund haben die linken Kräfte in Nepal durchaus eine Zukunft, aber es ist unbedingt erforderlich, daß sie sich liberal zeigen. Dies ist beispielsweise auch einer der Gründe meiner derzeitigen Europareise. Ich habe Kontakte zu diversen politischen Parteien und zu europäischen Regierungsvertretern zwecks Gedankenaustauschs gesucht. Besonders große Übereinstimmung habe ich dabei mit Vertretern der Kommunistischen Partei Frankreichs angetroffen.

HURFON:

In den fünfziger Jahren war der Nepali Congress die dominierende Partei Nepals, obgleich er von den Königen jener Zeit mißachtet wurde. Der Nepali Congress ging aus den ersten Wahlen von 1959 als die Partei hervor, die mehr als zwei Drittel aller Sitze im Parlament gewonnen hatte. Die Kommunisten hatten nur einige stärkere Positionen in den städtischen Gebieten wie dem Kathmandu. Heute kehren viele Unterstützer des Nepali Congress, die in den vergangenen dreißig Jahren dem Panchayat-System beigetreten waren, in die Reihen ihrer Partei zurück. Glauben Sie, daß einbe ähnliche Situation wie 1959 entstehen wird oder werden die linken Gruppen heute eine bessere Chance haben? Natürlich gibt es heute mehr städtische Zentren in Nepal, aber Nepal ist nach wie vor ein überwiegend ländlicher Staat. Wie sieht es mit der Stärke der Linken im ländlichen Nepal aus? Wäre es nicht besser für die zahlreichen linken Gruppen, sich vor den Wahlen zu vereinigen?

M.M.Adhikari:

Es ist in der Tat richtig, was Sie zur Situation des Nepali Congress gesagt haben. Diese Partei stand im Zentrum des Kampfes gegen die Rana-Oligarchie und sie wurde von den Königen Tribhuvan und Mahendra wegen ihrer Politik ignoriert. Stattdessen wurden kleinere Parteien bevorzugt. Dem Nepali Congress wurde keine Verantwortung zugestanden. Wir als kommunistische Partei haben bei den ersten Wahlen 7% der Stimmen erlangt. Ich finde, das ist nicht gerade wenig für ein armes Entwicklungsland. Wir hatten auch einige Vertreter im Parlament. Der König konnte diese Situation jedoch nicht hinnehmen, da die Demokratisierung des Landes zunahm. Unsere Strategie bei den kommenden Wahlen wird es sein, den Nepali Congress zu unterstützen. Die royalistischen Kräfte müssen isoliert werden. Der Nepali Congress mag gewinnen, und wir sollten als konstruktive Opposition ins Parlament einziehen. Wenn es zu einer derartigen Situation kommt, wird auch der Nepali Congress Interesse zeigen. Ich persönlich gehe jedenfalls davon aus, daß der Nepali Congress die Regierung nach den Wahlen bilden wird.

Wenn es zu einer derartigen Situation kommt, haben wir eine bessere und demokratischere Orientierungsplattform, die auch uns helfen wird zu wachsen. In unserem Land muß sich die Demokratie noch Schritt für Schritt entwickeln. Wir benötigen zunächst ein funktionierendes Parlament.

HURFON:

Aber Sie wollen nicht gemeinsam mit dem Nepali Congress in die Wahlen gehen? Es gibt Stimmen, die ein gemeinsames Vorgehen befürworten, andere, wie beispielsweise Girija Prasad Koirala, lehnen ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen ab. Wie stehen Sie dazu?

M.M.Adhikari:

Nun, wenn die verantwortlichen Leute des Nepali Congress dies befürworten, dann wäre ich meinerseits bereit, gemeinsam mit dem Nepali Congress in die Wahlen zu gehen. Ich bin in diesem Zusammenhang zu weitgehenden Konzessionen gegenüber dem Nepali Congress bereit, aber ich glaube andererseits nicht, daß der Nepali Congress ein derartiges Zusammengehen wirklich will. Dennoch wird die United Left Front den Nepali Congress mit Sicherheit auf dem demokratischen Weg unterstützen. Wie haben erkannt, daß ohne ein Zusammenwirken dieser beiden Kräfte die Demokratie in Nepal nicht funktionsfähig ist. Dies ist eine unumstößliche Tatsache.

HURFON:

Jetzt möchten wir einige Fragen zu aktuellen Problemen stellen. Die Übergangsregierung von Nepali Congress und United Left Front wurde am 19. April gebildet, um eine demokratische Verfassung zu entwerfen und allgemeine Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres durchzuführen. Zu jenem Zeitpunkt war die Übergangsregierung nominell ohne irgendwelche Macht, da die Panchayat-Verfassung noch in Kraft war, wonach alle Macht - exekutiv, legislativ und judikativ - in den Händen des Königs lag. Die Übergangsregierung hatte schwer zu kämpfen, um nach und nach mehr und mehr von der königlichen Macht übertragen zu bekommen, und der König versuchte seinerseits, diese Macht immer wieder auszuüben. Daher wollte die United Left Front die königliche Macht ein für allemal durch ein Übergangsgesetz beenden, aber der Nepali Congress lehnte dies ab. Dieser Konflikt führte beinahe zum Zusammenbruch der Koalition, und Herr Nirmal Lama als Vertreter der ULF in der Verfassungskommission wollte dieselbe sogar verlassen. Warum ist es notwendig, ein Übergangsgesetz zu haben?

M.M.Adhikari:

Das Verlangen nach einem Übergangsgesetz war mehr als berechtigt. Wir hatten zwar gemeinsam mit dem Nepali Congress eine Übergangsregierung gebildet, aber wir hatten keinerlei Rechtsgrundlage für unser Handeln. Daher haben wir uns gemeinsam zusammengesetzt und unsere Rechtsberater befragt, was wir unternehmen könnten. Und wir haben auch ausländische Experten, beispielsweise Prof. Avenarius aus Deutschland, zu diesem Zweck zu Rate gezogen. Auch er hat die Lösung des Problems in dieser Weise vorgeschlagen, ebenso unsere eigenen Rechtsberater. Daher wurde gemeinsam beschlossen, daß wir ein Übergangsgesetz erlassen. Dies sollte bedeuten, daß der König alle exekutive, legislative und judikative Macht auf die Übergangsregierung übertrug. Dies wäre keine Verfassung gewesen; es sollte lediglich ein Gesetz sein, welches die Panchayat-Verfassung ersetzen sollte. Dies war unsere gemeinsame Forderung, d.h. die Forderung von United Left Front und Nepali Congress, zu Beginn der Übergangsregierung. Und ich möchte betonen, daß diese Forderung auch vom Working Committee des Nepali Congress erhoben wurde. Ich weiß bis heute nicht, warum der Nepali Congress in der Folgezeit von dieser gemeinsamen Linie abgewichen ist. Selbst der König hat in der Anfangszeit der Idee eines Übergangsgesetzes zugestimmt. Der Nepali Congress argumentierte, daß es nicht gut sei, den König und die royalistischen Kräfte durch eine derart einschneidende Maßnahme zu provozieren. Man wolle lieber die Macht Schritt für Schritt auf das Volk übertragen. Aber wir als United Left Front durften es über diese Meinungsverschiedenheit nicht zu einer Spaltung der demokratischen Kräfte kommen lassen, denn sonst hätten die konservativen, royalistischen Kräfte unsere Position übernommen. Daher haben wir beschlossen, in der Regierung zu bleiben und Provokationen in dieser Situation zu unterlassen. Wir betonten zwar klar, daß wir bezüglich der Notwendigkeit eines Übergangsgesetzes anderer Meinung waren, aber wir ließen es nicht zu einer Spaltung in Bezug auf den Nepali Congress kommen und akzeptierten die Situation.

HURFON:

Linke Gruppen der United National Democratic Movement forderten sofort von Anbeginn allgemeine Wahlen zu einer konstitutionellen Versammlung. Was stand hinter dieser Forderung und warum hat sich die Übergangsregierung der Abhaltung von Wahlen zu einer konstitutionellen Versammlung widersetzt?

M.M.Adhikari:

Nun, diese Forderung wird nur von einer Gruppe der Nepal Communist Party, nämlich der Masal Group von Mohan Bikram Singh, erhoben. Eine derartige Forderung kann jedoch nur erhoben werden, wenn man im vollen Besitz der politischen Macht ist. In der heutigen Situation kön-

nen wir beispielsweise nicht hingehen und fordern, der König solle gehen und die Monarchie völlig abgeschafft werden. Wir haben uns zur konstitutionellen Monarchie bekannt, weil dies die einzige Staatsform ist, in der unter der gegebenen Situation Demokratie in Nepal eingeführt werden kann. Auch in vielen anderen Ländern der Erde hat es keine konstitutionelle Versammlung vor der Einführung einer demokratischen Verfassung gegeben. Daher ist nicht einzusehen, warum es in Nepal unumstößlich erforderlich sein soll. Wir vertreten nicht den Standpunkt, daß die Idee einer konstitutionellen Versammlung schlecht ist, aber wir behaupten, daß die Zeit für einen derartigen Schritt in Nepal nicht reif ist. Laßt doch die Verfassungskommission eine Verfassung entwerfen, laßt sie vom Volk und den Parteien besprochen und diskutiert werden und laßt das Parlament diese Verfassung endgültig verabschieden. Wenn der König zur konstitutionellen Monarchie bereit ist, dann sollte er sie in einer ähnlichen Form akzeptieren, wie ich sie jetzt auf meiner Reise durch diverse europäische Staaten kennengelernt habe, z.B. in Spanien, Belgien, den Niederlanden und Dänemark. Ich werde mit dieser Erkenntnis nach Nepal zurückkehren. Wenn der König sich dem widersetzen sollte, wird es erneut zum Kampf kommen. Und dann mag der Slogan lauten: Wir wollen keinen König mehr! Aber es kann sein, daß dies auch noch weitere zehn Jahre dauert. Im Augenblick könnte man mit derartigen Parolen nicht die Massen des Volkes auf sich ziehen. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal betonen, daß wir den König nicht zu seinen derzeitigen Konzessionen hätten drängen können, wenn wir nicht die volle Unterstützung des Auslandes gehabt hätten. Ich habe im Verlauf der Bewegung Briefe an alle ausländischen Botschaften in Nepal geschrieben und ich habe jetzt auf meiner Europareise die Regierungen dieser Länder aufgesucht und habe mich bei ihnen für ihre Unterstützung bedankt. Ohne Unterstützung des Auslandes wird die Situation in Nepal sehr schwierig werden. Die königlichen Kräfte werden wiederum ihre Chance suchen. Wir müssen in der derzeitigen Situation sehr wachsam und vorsichtig vorgehen.

HURFON:

Die Constitution Recommendations Commission (CRC) legt den Entwurf der neuen Verfassung in diesen Tagen vor. Ein Problem wird sein, wer wird über die Verfassung entscheiden und vor allem, wer wird sie promulgieren. Die neue Verfassung kann nur von der Person oder Institution promulgiert werden, welche die Souveränität des Landes besitzt. Alle demokratischen Parteien haben gesagt, die Souveränität solle in Zukunft in den Händen des Volkes liegen. Daher können nur gewählte Vertreter des Volkes die neue Verfassung endgültig verabschieden. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

M.M.Adhikari:

Wir haben uns mit dem Versprechen an die Öffentlichkeit begeben, innerhalb von 90 Tagen eine neue Verfassung zu schaffen, und wir alle haben dieses Versprechen auch unterzeichnet. Und insofern stehe ich auch dazu. Andererseits, wenn ich offen sein soll, muß ich zugeben, daß ein Zeitraum von 90 Tagen zu kurz ist, um eine Verfassung zu entwerfen. Man kann innerhalb von drei Monaten keine neue Verfassung schaffen; das ist wie ein Witz. Hinter dieser Entscheidung stand die Idee, daß wir verhindern wollten, daß der König Zeit gewinnen konnte, um den demokratischen Prozeß zu stoppen. Wir werden überprüfen müssen, ob der Verfassungsentwurf mit jenen grundlegenden Ideen übereinstimmt, die wir vorgetragen haben. Sollte der Entwurf nicht mit unseren Grundsätzen und Ideen übereinstimmen, müßten wir ihn zurückweisen. Aus diesem Grund würde es mich nicht unbedingt wundern, daß, wenn ich in mein Land zurückkehre, dort eine konstitutionelle Krise eingetreten ist. Es gibt bereits einige Konfliktansätze in der Verfassungsentwurfsarbeit. Der König möchte einige Macht, beispielsweise in Hinsicht auf Notstände und den Oberbefehl der Streitkräfte in seinen Händen behalten. Alle Macht des Königs in der neuen Verfassung darf aber nur zeremonieller Art sein. Er muß immer auf die Zustimmung des Kabinetts oder die Billigung des Parlaments angewiesen sein. Außerdem steht die Frage der Pressefreiheit und der Unabhängigkeit des Justizwesens im Raum. Wir möchten eine hundertprozentige Pressefreiheit. Wir möchten Zeitschriften, Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk völlig unabhängig sehen. Gleiches gilt für das Justizwesen. Die Richter müssen von einem Gremium qualifizierter Juristen und Rechtsexperten ausgesucht werden, und es müssen Personen sein, welche die Prüfungen der Judicial Service Commission erfolgreich absolviert haben. Letztendlich müssen die Richter vom Justizminister ernannt werden. Der König darf nur noch seine Unterschrift daruntersetzen. Dies mögen einige Beispiele sein, um zu zeigen, daß unsere Vorstellungen und die des Königs noch stark divergieren. In dieser Hinsicht bin ich froh, sagen zu können, daß unsere Vorstellungen und die des Nepali Congress innerhalb der Verfassungskommission sehr ähnlich sind und wir auch in dieser Hinsicht die Unterstützung zahlreicher anderer, an der Kommission nicht beteiligter Parteien besitzen. Erst wenn der Verfassungsentwurf veröffentlicht, diskutiert, vom gewählten Parlament besprochen und endgültig verabschiedet worden ist, dann darf er dem König zur endgültigen Unterzeichnung vorgelegt werden. Aber ich bin mir nicht sicher, ob der König mit einem derartigen Vorgehen einverstanden ist.

HURFON:

Nun komme ich zu dem Hauptanliegen unserer Organisation, nämlich der Situation der Menschenrechte in Nepal. Natürlich hat die Übergangsregierung eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation in Nepal gebracht, aber worüber ich hier sprechen möchte, sind einige grundlegende Aspekte, welche auch in Zusammenhang mit der neuen Verfassung erwähnt worden sind. Einer dieser Aspekte ist der Hindu-Staat. Wenn ich über die teilweise konfuse Diskussion zu diesem Thema lese, zweifle ich manchmal, ob jene Leute wirklich wissen, wovon sie sprechen. Die Definition Nepals als Hindu-Staat in der Verfassung ist nicht eine Angelegenheit der Religion. Wenngleich statistische Zahlen zur Religionszugehörigkeit in den nepalischen Zensuren nicht ganz korrekt sind, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Hinduismus die mit Abstand stärkste Religion in Nepal ist. Aber es gibt auch andere Religionen. In einem multiethnischen und multireligiösen Staat muß völlige Religionsfreiheit herrschen. Es scheint, daß dies von der neuen Verfassung garantiert wird. Es sind in der Vergangenheit einige unschöne Dinge durch einige christliche Missionsgesellschaften entstanden. Dennoch sollte es einem jeden freigestellt werden, sich zu der Religion zu bekennen, der er angehören möchte. Aber all dies hat nichts mit der politischen Definition eines Hindu-Staates zu tun. Was dies bedeutet, ist nur in den alten politischen Hindu-Schriften zu erlesen, wie Manusmriti, Arthashastra u.a.; und genau dies ist im Panchayat-Nepal in einem modernen Gewand exerziert worden. Es bedeutet einen absoluten Monarchen, in dessen Hand die Souveränität liegt, und eine Sozialstruktur, die von hinduistischen Werten dominiert wird. Unter solchen Bedingungen kann es keine gleichen Rechte für alle nepalischen Bürger geben. Wie sehen Sie und Ihre Partei diese Dinge und was ist der Standpunkt der United Left Front und der Übergangsregierung?

M.M.Adhikari:

Wir werden es grundsätzlich ablehnen, wenn Nepal als Hindu-Staat deklariert wird. Wir sind für völlige Religionsfreiheit für alle Religionen, auch für das Christentum. In unserem Land werden Christen entmutigt und diskriminiert. Ich selbst bin gemeinsam mit Christen im Gefängnis gewesen. Sie waren aus Gewissensgründen dort, ich aus politischen Gründen. Natürlich sollte es keine organisierte Konvertierung, beispielsweise durch Kauf von Personen, geben, aber als Religion muß dem Christentum völlige Freiheit zugestanden werden. Wenn Nepal ein Hindu-Staat bleibt, werden dadurch andere Religionen und andere ethnische Gruppen diskriminiert. Daher sind wir gegen den Hinduismus als Staatsreligion. Wir würden es begrüßen, wenn Nepal sich in Zukunft ganz einfach "Königreich Nepal" nennt. Der König wird ein Angehöriger der Shah-Familie und Anhänger der Hindu-Religion sein. Ich würde es begrüßen, und ich hoffe, auch der Nepali Congress unterstützt dies, daß Nepal ein demokratischer und säkularer Staat sein wird. Sowohl ich persönlich, als auch die United Left Front befürworten den säkularen Staat Nepal. Aber wir werden einen Kompromiß mit dem Nepali Congress finden müssen. Daher müssen wir abwarten, was geschehen wird. Wir von der United Left Front wollen jedenfalls keine Vermischung von Politik und Religion.

HURFON:

In engem Zusammenhang zur vorübergehenden Frage steht das Sprachenproblem. Da Nepal ein multiethnischer Staat ist, ist es auch ein vielsprachiger Staat. Es ist ein Teil der kulturellen Vereinigungspolitik des Hindu-Staates Nepal zu Panchayat-Zeiten gewesen, Nepali als die Nationalsprache zu propagieren und die anderen Sprachen und Kulturen zu unterdrücken. Natürlich sollte es eine landesweite Sprache geben, und Nepali ist die Sprache, die von den meisten nepalischen Bürgern heute gesprochen wird, aber dies darf nicht zur Unterdrückung der ethnischen Sprachen und Kulturen führen. Nehmen Sie z.B. die Situation an den Grundschulen: Die Kinder der ethnischen Gruppen haben meist nur ihre Muttersprache gesprochen, wenn sie in die ersten Klassen eingeschult werden, wo sie in Nepali von Lehrern unterrichtet werden, die oft nicht in der Lage sind, die Muttersprache ihrer Schüler zu sprechen. Und dabei werden als Unterrichtsmedium Bücher benutzt, die voll von Situationen und Merkmalen aus der Hinduwelt sind, welche jenen Kindern völlig fremd sind. Warum gibt es im Grundschulbereich keine Mischung von ethnischen Sprachen und Nepali? Haben Sie dieses Problem bereits besprochen, und was sind Ihre Vorschläge?

M.M.Adhikari:

Bisher ist sowohl in sprachlicher als auch in ethnischer Hinsicht großes Unrecht geschehen. Man hat Nepali zur Staatssprache erklärt. Natürlich ist Nepali die meistgesprochene Sprache, aber wir haben auch andere Sprachen; es gibt etwa 40 Sprachen in unserem Land. Diesen Sprachen ihr Recht abzuerkennen bedeutet, sie zu unterdrücken. Wir werden in die Verfassung schreiben, daß alle ethnischen Sprachen und Kulturen gleich einzustufen sind. Sie müssen gleichen Status, gleiche Rechte und gleiche Anerkennung genießen. Auch was Sie zum Erziehungswesen gesagt haben, ist sehr richtig. Zumindest im Grundschulbereich, aber eventuell auch im Sekundarbereich ist es notwendig, daß die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Und auch für die Bevölkerung in Nepal, die Nepali als Muttersprache hat, wird es eine sinnvolle Erweite-

rung ihres geistigen Horizontes sein, wenn sie neben dem Nepali eine weitere Sprache des Landes lernen. Hierdurch wird gegenseitiges Verständnis und auch persönliche Freundschaft zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen gefördert. Sollte sich die Verwendung der ethnischen Sprachen auch im Sekundarbereich noch als sinnvoll erweisen, so wäre auch das zu befürworten. Nach dem Sekundarabschluss jedoch kann sich ein armes Land wie Nepal nicht die Verwendung mehrerer Unterrichtssprachen erlauben. Hier wird es nur Nepali und eine ausländische Sprache, vermutlich eben Englisch, geben. Dies ist unsere Politik.

HURFON:

Eine andere Menschenrechtsfrage betrifft die Situation der Frauen in Nepal. Insbesondere in der Hindugesellschaft, aber auch in vielen ethnischen Gesellschaften ist der Status der Frauen sehr niedrig. Sie werden von Anbeginn ihres Lebens an diskriminiert. Wenn man sich die Statistiken ansieht, so findet man z.B., daß ihr Gesundheitszustand schlechter ist als der der männlichen Bevölkerung, daß sie seltener zur Schule geschickt werden als Jungen, und je höher die Bildungsebene desto geringer ist der Frauenanteil. Im Hindu-Staat Nepal werden die Frauen auch diskriminiert in Hinsicht auf Erbrechte. Und noch ein anderes Beispiel: Wenn ein Mann eine Ausländerin heiratet, kann er mit seiner Frau in Nepal leben, solange er will, aber wenn eine nepalische Frau einen Ausländer heiratet, muß sie ihr Heimatland verlassen oder aber die meiste Zeit des Jahres getrennt von ihrem Ehemann leben; und in der Hindugesellschaft kann sie auch nicht länger zusammen mit ihrer Familie leben. Die politische Beteiligung der Frauen ist auch hier in Deutschland noch gering, aber sie ist noch wesentlich geringer in Nepal. Dies sollen nur ein paar Beispiele sein. Was ist Stellungnahme der United Left Front und der Übergangsregierung in dieser Hinsicht?

M.M.Adhikari:

Wir geben zu, daß die Frauen in Nepal äußerst diskriminiert werden. Dies gilt für das Erziehungswesen, für die Arbeitswelt, in Hinsicht auf das Besitzrecht. Nur die Söhne haben ein Erbrecht, die Töchter haben keinen Anspruch. Wir fordern daher, daß das Erbrecht auch auf die Frauen ausgedehnt wird. Wenn beispielsweise jemand einen Sohn und eine Tochter hat, muß das Erbe zu gleichen Teilen geteilt werden. Mit diesem wirtschaftlichen Gut im Hintergrund wird automatisch der Respekt vor den Frauen erhöht werden. Ferner müssen die Frauen auch in der Arbeitswelt gleichberechtigt werden. Sie müssen gleiche Löhne wie

Männer für die gleiche Arbeit erhalten. Ferner wird es auch notwendig sein, die Frauen in stärkerem Maße am Arbeitsprozeß und auch im politischen Bereich zu beteiligen. So würde ich beispielsweise vorschlagen, daß wir seitens unserer Partei im kommenden Parlament 30-40% der Plätze für Frauen reservieren, und ich hoffe sehr, daß andere Parteien, wie der Nepali Congress, sich dem anschließen werden.

HURFON:

Sicherlich ist es zu begrüßen, wenn die rechtlichen Grundlagen für eine Besserstellung der Frau umgehend gelegt werden, aber es wird gewiß auch noch eine ganze Menge in der Denkweise und Verhaltensweise der Menschen zu verändern sein, bis die Situation der Frauen sich tatsächlich gewandelt hat.

M.M.Adhikari:

Dies ist mit Sicherheit richtig. Aber ich glaube, daß es das entscheidende Faktum ist, daß den Frauen ein Besitzrecht zugestanden wird. Bei gleichem Besitzrecht der Frauen wird sich auch die Denkweise des Volkes allmählich wandeln. Die Frauen werden selbständiger werden.

HURFON:

In Zusammenhang mit der Situation der Frauen müssen wir auch über Familienplanung sprechen. Ein Kind nach dem anderen zu gebären führt zu schlechter Gesundheit und zum frühen Tod vieler Frauen. Außerdem ist die Bevölkerungsexplosion eines der größten Probleme Nepals. Das Land ist kaum in der Lage, die Menschen ernähren, und die Bevölkerung wächst und wächst. Dies trägt zu einer weiteren Zerstörung der Umwelt und zu wachsenden sozialen Spannungen bei. Wie kann das Land dieses Problem lösen?

M.M.Adhikari:

Bevölkerungskontrollmaßnahmen sind für unser Land unbedingt erforderlich. Wir haben jetzt bereits fast 20 Millionen Menschen. Ein armes Land wie das unsere ist kaum in der Lage, so viele Menschen zu ernähren. Entscheidend wird sein, daß die Bevölkerungskontrolle und die Familienplanung in die Dörfer getragen wird, weil die meisten Menschen in Nepal nach wie vor auf dem Dorf leben. Das ist genau der Punkt, woran es im Augenblick mangelt. Bisher beziehen sich die Familienplanungsprogramme nur auf die Mittelklasse und auf die Städte. Wenn wir uns nicht endlich den Dörfern zuwenden, wird bei den ganzen Programmen nichts herauskommen. Dem müssen wir uns Schritt für Schritt zuwenden.

HAUPTMERKMALE DES VERFASSUNGSENTWURFS, DER VON DER CONSTITUTION RECOMMENDATIONS COMMISSION (CRC) AM 10.09.1990 KÖNIG BIRENDRA ÜBERGEBEN WURDE:

1. Souveränität

Die Souveränität des Königreichs Nepal liegt in den Händen des Volkes. Der Verfassungsentwurf enthält außerdem Vorkehrungen zur Änderung selbst der grundlegendsten Teile der Verfassung durch verschiedene Prozeduren einschließlich eines Referendums.

2. Politische Stabilität

Politische Stabilität ist äußerst wichtig für die Konsolidierung der konstitutionellen Monarchie und der Vielparteiendemokratie, und die politischen Parteien, die gegenüber dem Volk verantwortlich sind, müssen sich an den demokratischen Rahmen halten, um politische Stabilität zu erreichen. Parteien, die bei den ersten allgemeinen Wahlen keine 5% der Wählerstimmen erreichen, werden bei der folgenden Wahl ausgeschlossen. Auch die interne Organisation der politischen Parteien sollte demokratisch sein. Dies wird als positiver Beitrag zur Entwicklung der politischen Parteien als demokratisch verantwortliche Organisationen gewertet.

3. Grundrechte

Die Grundrechte des Volkes werden garantiert. Zum Erhalt und zur Ausübung dieser Rechte wird der Oberste Gerichtshof mit besonderer Autorität ausgestattet. Zu diesen Grundrechten gehören das Recht auf Erziehung und Kultur, das Recht auf Schutz der Privatsphäre, das Recht gegen Bespitzelung, das Recht auf Information und die Garantie von Gedanken- und Redefreiheit.

4. Sonderrechte

Besondere Rechte werden den Frauen gewährt, die aus finanziellen und auch anderen Gründen besonders benachteiligt sind, aber auch gegenüber Menschen verschiedener Kasten und Volksgruppen.

5. Legislative

Am legislativen Prozeß des Landes sind der König, der Rastriya Sabha, das Oberhaus, und der Pratinidhi Sabha, das Unterhaus, beteiligt, die alle drei zusammen als Samsad bezeichnet werden. Dem Pratinidhi Sabha, dem Parlament, gehören 175 Abgeordnete an, die direkt vom Volk als Vertreter diverser politischer Parteien gewählt werden. Daneben gibt es den 60 Personen umfassenden Rastriya Sabha, das Oberhaus, dem Vertreter verschiedener, politischer, intellektueller und sozialer

Gemeinschaften angehören. Einige Sitze dieses Rastriya Sabha werden für Frauen reserviert sein sowie für unterdrückte und rückständige Volksgruppen. Außerdem werden jeweils drei Vertreter aus jeder Region, jeweils von Dorf-, Stadt- und Distriktebene, vertreten sein. Während der Pratinidhi Sabha auf fünf Jahre gewählt wird, soll der Rastriya Sabha ein permanentes Organ sein, von dem jeweils ein Drittel der Mitglieder alle zwei Jahre neu zu bestimmen ist. Die gesetzgebenden Prozeduren werden gegenüber früher wesentlich vereinfacht.

6. Exekutive

Die exekutive Macht liegt in den Händen des Königs und des Ministerrats. Der König übt die exekutive Macht auf Rat und mit Zustimmung des Ministerrats aus.

7. Judikative

Anstatt wie bisher vier wird das Justizwesen nur noch drei Stufen umfassen. Hierdurch soll eine Vereinfachung und Verbilligung erreicht werden.

8. Weitere Organe

Organe wie Auditor General, Public Service Commission und Election Commission sollen als unabhängige Einheiten bestehen. Hinzu kommt eine Public Investigation Commission, welche die derzeitige Prevention of Abuse of Authority Commission ablöst.

9. Notstand

Der König kann den Notstand auf Empfehlung des Ministerrats erklären. Diese Entscheidung muß aber innerhalb eines Monats vom Parlament bestätigt werden.

10. Verteidigung

Die Sicherheitsorgane des Landes werden einem National Defence Committee unterstellt.

11. Verträge

Die Exekutive darf keine Verträge oder Vereinbarungen abschließen, die der territorialen Integrität des Landes abträglich sind.

12. Hindu-Königtum

Nepal nennt sich in Zukunft "Hindu Constitutional Kingdom" (Eine Erläuterung dieses widersprüchlichen Begriffs konnte ich auch nicht von Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey erhalten. Ein Hindu-König-

reich ist immer ein absolutes Königreich. Politische Experten haben die bisherige nepalische Staatsform schon immer als konstitutionelles Königreich bezeichnet, weil das absolute Königtum in den Deckmantel einer schein-demokratischen Verfassung gehüllt war.)

13. Politische Parteien

Die Exekutive hat kein Recht zur Verbannung politischer Parteien.

14. Friedenszone

Der Begriff "Zone of Peace" wird in der Verfassung nicht erwähnt. Jedoch wird die Errichtung des Friedens als Richtlinie festgeschrieben. (zitiert nach The Rising Nepal und Gorkhapatra, 11.09.1990)

HAUPTMERKMALE DES ALTERNATIVEN VERFASSUNGSENTWURFS, DER AM 21. OKTOBER 1990 VOM KÖNIGSPALAST VORGELEGT WURDE:

Dieser sogenannte Verfassungsentwurf des Palastes sollte in erster Linie dazu dienen, die Interessen der Palastkreise zu wahren. Er erschütterte das Vertrauen des Volkes auf den König, da man hierin die von den Linken so lange schon vorgebrachten Vorwürfe einer Verschwörung seitens des Palastes bestätigt sah. Fünf Personen zeichneten für diesen Entwurf in erster Linie verantwortlich: Rewati Raman Khanal (Erster Palastsekretär), Chiran Shamsher Thapa (Palastsekretär), Anirudra Prasad Singh (Vorsitzender des Raj Sabha), Ganesh Raj Sharma und Krishna Prasad Pant.

Die Präambel der Palastverfassung enthielt folgenden Satz, ohne irgendwie Bezug zu nehmen auf ein parlamentarisches System:

"...with the objective of maintaining coordination and checks and balances among the Executive, the Legislature, and the Judiciary in accordance with the universally-accepted principles of multiparty democracy under constitutional monarchy."

Folgende Passagen des ursprünglichen Verfassungsentwurfs, in denen insbesondere der durch die Volksbewegung zum Ausdruck gebrachte Wille des Volkes hervorgehoben werden sollte, wurden gestrichen:

"...in accordance with the desire expressed by the people of Nepal through the historic people's movement for constitutional change",

"...framed through the broad participation of the Nepali people in accordance with their desires".

Stattdessen hieß es nun folgendermaßen:

"...whereas the happiness and prosperity of Nepal and the Nepali people have always been our sole objective, and we are determined to achieve that objective, and whereas it is desirable to frame and promulgate a Constitution for the sovereign Kingdom of Nepal".

Die Worte "on the advice and with the approval of the Council of Ministers" wurden abgeändert in "(We hereby proclaim and promulgate this constitution) in accordance with the constitutional laws, customs and usages, and traditions of Nepal".

Die Passage "...whereas we have expressed the determination from time to time to run the polity in accordance with the popular will" wurden abgeändert in "...whereas our revered forefathers and ourselves have been running a polity based on the public will".

Der Palastentwurf erklärte ferner, die Souveränität Nepals werde im Volke ruhen, einschließlich Seiner Majestät. Die Nationalhymne wurde in unveränderter Form beibehalten und die Krone als das Symbol der Souveränität, nationalen Integrität und Einheit Nepals hervorgehoben.

Ferner hieß es zur Macht und den Vorrechten des Königs und seiner Familie: "All royal powers vested in His Majesty, other than those provided for in this Constitution or other current law for the time being in force shall remain vested in His Majesty. The duties and privileges of the royal family shall be as provided for by His Majesty in the law relating to the royal succession."

Die unveränderte Machtstellung des Königs kam z.B. auch in der Passage zum Staatsrat (Raja Parishad) zum Ausdruck, wo es hieß: "His Majesty shall form a Council of State (Raja Parishad) in accordance with this Constitution, whose functions shall be as mentioned in this Constitution. In order to discharge other functions of the Council of State under

the Constitution, His Majesty shall form a Standing Committee consisting of not more than fifteen members, including the Prime Minister, the Chief Justice, the Chairman of the National Assembly, the Speaker of the House of Representatives, the Bada Guraju, and the Commander-in-Chief. The Standing Committee shall offer advice to His Majesty in matters desired by him. Every year, it shall submit an analytical report to His Majesty on the national and international situation." Wo ist da ein Unterschied zur Machtverteilung im Panchayat-System?

Aber auch die exekutive, legislative und judikative Macht des Staates sollten wie zu Panchayat-Zeiten in den Händen des Königs liegen: "The executive powers of the kingdom of Nepal, vested in His Majesty, shall be exercised in accordance with the Constitution and current law. In order to exercise the legislative power, vested in His Majesty, there shall be a legislature comprising two houses, namely, the House of Representatives and the National Assembly, including His Majesty, which shall be known as the Parliament. The judicial powers of the Kingdom of Nepal, vested in His Majesty, shall be exercised in accordance with the constitution by the judiciary and other judicial bodies."

Schließlich sollte auch das Recht, den Notstand auszurufen, unverändert in Händen des Königs liegen: "In case any serious crisis emerges before the sovereignty, integrity or the security of any part of the Kingdom of Nepal because of war, external aggression, armed insurrection, extreme economic disarray, or failure of the constitutional machinery, His Majesty may issue an order or proclamation of an emergency throughout the Kingdom of Nepal or any specified area. Such order or proclamation shall be presented before a session of the House of Representatives for endorsement within a period of three months."

Der Verfassungsentwurf des Palastes, von dem ich hier nur einige Auszüge wiedergeben kann, hatte kaum noch Ähnlichkeit mit jenem Entwurf, welcher dem König vom Ministerrat nach eingehender Diskussion am 11. Oktober vorgelegt worden war. Vielmehr trat allenthalben die Ausdrucksweise und Machtkonstellation der Panchayat-Verfassung unverhohlen zutage. So waren denn auch die Reaktionen der demokratischen Parteien und des Volkes übereinstimmend von großer Empörung gekennzeichnet. Der Palast versuchte darüber hinaus sogar noch, Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in ein schlechtes Licht zu rücken, indem man erklärte, der Palastentwurf sei in Übereinstimmung und Absprache mit dem Premierminister zustande gekommen. Premierminister Krishna Prasad Bhattarai erklärte daraufhin am 20. Oktober gegenüber dem Ersten Palastsekretär, Rewati Raman Khanal, seinen Rücktritt, was jedoch seitens des Palastes wieder bestritten wurde. Die United Left Front rief derweil das Volk zum offenen Protest auf. So kam es insbesondere im Kathmandu wieder zu Protestdemonstrationen. In Patan blieben am 28. Oktober fast alle Geschäfte und Büros geschlossen; die Stadt wirkte verlassen. Nach langen Gesprächen mit den Parteiführern und insbesondere mit Premierminister Krishna Prasad Bhattarai gab König Birendra am 25. Oktober nach und kündigte die offizielle Promulgierung der neuen Verfassung für den 9. November an. (ausgearbeitet auf der Grundlage diverser nepalischer Zeitungen von K.H.Krämer)

ABRIß DER NEUEN VERFASSUNG, DIE AM 9. NOVEMBER VON KÖNIG BIRENDRA OFFIZIELL PROMULGIERT WURDE:

Es handelt sich im folgenden um eine Kopie der Übersetzung eines ausführlichen Artikels des Gorkhapatra vom 10. November 1990, die im Nepal Press Digest (Vol.34, No.46, pp.458-462) vom 12.11.1990 abgedruckt wurde:

The New Constitution : Preamble

The Preamble to the new Constitution was as follows : "Whereas we have affirmed our determination from time to time to run a

polity consistent with the public consent by keeping in mind the truth that the people are the source of the state power of an independent and sovereign Nepal. Whereas the Nepali people have expressed their desire for a constitutional change through the recent people's movement, And whereas it is desirable to promulgate and enforce this Constitution, which has been framed through the broad-based participation of the Nepali people with the objective of consolidating adult franchise, the parliamentary system, constitutional monarchy, and multi-party democracy, and materialising the concept of a rule of law by providing for an independent and competent judicial system by safeguarding the basic human rights of each Nepali citizen and maintaining fraternity and unity among the Nepali people on the basis of freedom and equality, inspired by the objective that the Nepali people may accordingly obtain social, political and economic justice on a lasting basis,

"Now therefore, in accordance with the will of the people, and in exercise of the state power being exercised by us, we, His Majesty King Birendra Bir Bikram Shah Dev, hereby promulgate and enforce this Constitution of the Kingdom of Nepal, so that the state power and sovereignty of the Kingdom of Nepal are exercised in accordance with this Constitution after it is enforced."

Main Features of the New Constitution

(1) Kingdom of Nepal and the His Majesty:

"Nepal is a multi-racial, multi-lingual, democratic, independent, indivisible, sovereign and Hindu constitutional monarchical kingdom. The sovereignty of Nepal is vested in the Nepali people, and shall be exercised in the manner provided for in this Constitution.

"In this Constitution, the term "His Majesty" means His Majesty the King reigning at the time, being a descendant of the Great King His Majesty King Prithvi Narayan Shah, follower of the Aryan culture and the Hindu religion. His Majesty is the symbol of the nationalism of Nepal and the unity of the Nepali people. His Majesty shall comply with and protect this Constitution for the supreme welfare and prosperity of the Nepali people. No tax, fee, or any other similar charge shall be levied on the income or personal property of His Majesty. Such property shall be inviolable.

- (2) The Council of State : "His Majesty shall form a Council of State (Raj Parishad) according to this Constitution, which shall consist of members of the royal family designated by His Majesty, the Prime Minister and other ex-officio members, and such other persons as may be designated by His Majesty from among those who have distinguished themselves in different fields of national life, or who have rendered special services. The main functions of the Council of State shall be to designate a regent in case His Majesty is mentally or physically disabled. His Majesty shall form a Standing Committee of the Council of State consisting of not more than 15 members, including the Prime Minister, to advise His Majesty on such matters as he may desire, and discharge functions relating to the royal family as prescribed by His Majesty."

- (3) The Executive : "Subject to this Constitution, and other laws, the executive authority of the Kingdom of Nepal shall be vested in His Majesty and the Council of Ministers. All functions to be discharged by His Majesty under this Constitution, other than those prescribed to be discharged by His Majesty at his discretion or on the advice of any organ or office-bearer, shall be discharged on the advice and with the consent of the Council of Ministers. Such advice and consent shall be represented to His Majesty through the Prime Minister. Subject to this Constitution and other laws, responsibility for general control, guidance and operation of the administration of the Kingdom of Nepal shall belong to the Council of Ministers."

"His Majesty shall appoint the leader of the party which wins a majority in the House of Representatives as Prime Minister, and form a Council of Ministers under his chairmanship. In case no party is able to win a clear majority in the House of Representatives, His Majesty shall appoint as Prime Minister any member who can win a majority in the House of Representatives through the support of two or more parties."

- (4) The Legislature : " There shall be a legislature consisting of His Majesty, the House of Representatives, and the National Assembly, which shall alternatively be known as the Parliament. The House of Representatives shall consist of 205 members elected from each district constituency on the basis of population. Its term shall be of five years, unless it is dissolved earlier according to this Constitution. The National Assembly shall consist of 60 members, including ten members nominated by His Majesty from among reputed persons who have rendered distinguished contributions in different fields of the national life, 35 members, including at least three women, elected by the House of Representatives on the basis of proportional representation through a single transferable vote, and fifteen members elected from the five development regions by an electorate college consisting of the Chairmen, Vice-Chairmen, and members of village and town bodies. The National Assembly shall be a permanent body, with one-third of its members retiring every two years.

- (5) The Judiciary : "There shall be a three-tier judiciary, consisting of the Supreme Court, Appellate Courts, and District Courts. Special courts or tribunals may be established according to law to dispose of cases belonging to any specific category, but not for disposing of any particular case. The Supreme Court shall have the power to declare any law ultra vires of the Constitution. His Majesty shall appoint the Chief Justice on the recommendation of the Constitutional Council, and other Justices of the Supreme Court on the recommendation of the Judicial Council. The Judicial Council shall consist of four members headed by the Chief Justice.

- (6) The Constitutional Council : "There shall be a Constitutional Council headed by the Prime Minister to recommend appointments of office-bearers of Constitutional bodies. The Council shall comprise the Chief Justice, the Speaker of the House of Representatives, the Chairman of the National Assembly, and the

leader of the opposition in the House of Representatives as members. The Minister of Justice and a Justice of the Supreme Court shall also be members of the Constitutional Council while making recommendations for the appointment of the Chief Justice."

- (7) Other Constitutional Bodies : "There shall be an Abuse of Authority Investigation Commission, whose Chairman and members shall be appointed by His Majesty on the recommendation of the Constitutional Council. The main functions of this Commission shall be to conduct investigations into abuse of authority by any person holding a public office through any improper action or corruption.

"His Majesty shall appoint the following office-bearers on the recommendation of the Constitutional Council: The Auditor-General, the Chairman of the Public Service Commission, the Chief Election Commissioner and other Election Commissioners, and the Attorney-General."

- (8) Political Parties : "No law shall be enacted which imposes a ban on any political organisation or party, or which prescribes that only one political organisation or party, or individuals following any particular political ideology, have the exclusive right to participate in elections or the political system of the country. The Election Commission shall not grant recognition to any political organisation or party which has been formed with such an exclusive right or on the basis of religion, community, caste, or region.

"Every political organisation or party must be registered with the Election Commission, and the Election Commission shall recognise it if its constitution and regulations are democratic, if its executive office-bearers are elected at least once every five years, and if it has secured at least three percent of the votes cast in elections for the House of Representatives. However, the last provision shall not be applicable in the case of elections to the House of Representatives held for the first time under this Constitution. In case any member of any political party which has failed to secure at least three percent of the votes is elected to the House of Representatives, he shall be recognised as an independent member.

"At least five percent of candidates representing each political organisation or party in elections to the House of Representatives must be women."

- (9) Emergencies : "In the event of any grave crisis facing the sovereignty or territorial integrity of the Kingdom of Nepal, or the security of any part thereof, as a result of war, external aggression, armed insurrection, or acute economic disarray, His Majesty may proclaim or order the imposition of an emergency throughout the Kingdom of Nepal or in any particular region. Such proclamation or order shall be presented to the House of Representatives for its endorsement within three months, and it shall remain valid for a period of six months in case two-thirds of the members present at the meeting of the House of Representatives endorse it."
- (10) Amendments : "A bill seeking to amend or repeal any provision of this Constitution may be tabled in either House of the

Parliament, provided that it does not contravene the spirit of the Preamble. In case two-thirds of the members of the appropriate House are present, and two-thirds of them support such bill, it shall be submitted for approval by His Majesty. His Majesty may approve such bill within 30 days, or else send it back to the appropriate House along with a message for reconsideration. In case the House again submits the bill to His Majesty in the original form or with amendments, His Majesty shall grant assent to it within 30 days."

- (11) The Royal Nepali Army : "His Majesty shall be the Supreme Commander-in-Chief of the Royal Nepali Army. His Majesty shall appoint the Commander-in-Chief of the Royal Nepali Army on the recommendation of the Prime Minister.

"There shall be a National Security Council headed by the Prime Minister, with the Defense Minister and the Commander-in-Chief as members, to advise His Majesty on the operation and use of the Royal Nepali Army."

- (12) Fundamental Rights : The new Constitution provided for such fundamental rights as the right to equality, the right to freedom of speech and expression and peaceful assembly, freedom to open organizations and associations, freedom of movement and residence in any part of Nepal, and freedom to engage in any profession, occupation, business or enterprise, subject to any restrictions that may be imposed by law. The death penalty was banned. Freedom of Press and publication was also guaranteed, with a ban on pre-censorship and cancellation of registration. In addition, the Constitution provided for the rights to criminal justice, information, property, education and culture, religion, privacy and constitutional remedies, as well as rights against preventive detention, exploitation and exile. Freedom was granted to everybody to follow and practice his traditional religion with due respect to the current traditions. But no one was allowed to convert others. In addition, the Constitution granted the right to every religious community to manage and protect its religious sites and religious endowments by maintaining its independent identity according to the law.
- (13) Miscellaneous : "His Majesty shall appoint Royal Nepali Ambassadors or special representatives or envoys to represent His Majesty in any special function or for any special purpose.

"His Majesty may remit, suspend, amend or commute any punishment inflicted by any court, special court, military court, or any other judicial, quasi-judicial, or administrative body or office-bearer.

"Treaties or agreements relating to peace and friendship, security and strategic relations, boundaries of the Kingdom of Nepal, natural resources and their sharing, to which the Kingdom of Nepal or HMG is a party, must be endorsed by a two-thirds majority of the members present at a joint meeting of both Houses of the Parliament. However, a simple majority of members present at a meeting of the House of Representatives shall be sufficient to endorse ordinary treaties or agreements which do not have any broad, serious or long-term impact on the nation." (Gorkhapatra, November 10).

NEPAL-CHRONOLOGIE (FORTSETZUNG)

08.06.1990

Sieben linke Intellektuelle (Devendra Lal Shrestha, Dr. Baburam Bhattarai, Bachaspati Devkota, Sindhunath Pyakurel, Shakti Lamsal, Dil Bahadur Shrestha, Megh Raj Gyawali) bilden eine neue Gruppe unter dem Namen "Forum for Unity". Ihr Ziel ist es, vier auf Marxismus, Leninismus und Maoismus ausgerichteten Gruppen der Nepal Communist Party, nämlich Mashal-Gruppe, Masal-Gruppe, Fourth Convention und Proletarian Workers' Organization, zu vereinigen.

Ähnliche Einigungsbestrebungen deuten sich auf einem Treffen der Varma-Gruppe der Nepal Communist Party in Butwal an. Krishna Raj Varma, der Generalsekretär dieser Organisation spricht von guten Fortschritten bei entsprechenden Verhandlungen mit den Man Mohan-, Tulsi Lal-, Manandhar- und Rohit-Gruppen der Nepal Communist Party. Tulsi Lal Amatya, der Ehrenpräsident der United Left Front, erklärt bei dieser Gelegenheit, weder Sozialismus noch Kapitalismus seien für das heutige Nepal von Nutzen; man müsse sich vielmehr um einen nationalen, demokratischen Weg bemühen.

(The Rising Nepal, 12.06.1990; Pristhabhumi, 14.06.1990)

08.-10.06.1990

Staatsbesuch Premierminister Krishna Prasad Bhattarais in New Delhi auf Einladung des indischen Premierministers: Bereits im Vorfeld des Besuchs deutet sich ein Entgegenkommen beider Seiten in Hinsicht auf die noch immer ungelöste Handels- und Transitproblematik der beiden Länder ab. Man einigt sich auf eine Rückkehr zum Status, wie er vor dem 01.04.1987 bestanden hat. Diese neue Vereinbarung soll ab 01.07.1990 in Kraft treten. Für beide Länder wird ein Maßnahmenkatalog festgelegt, den es in den nächsten Wochen und Monaten zu realisieren gilt. Der Rückgriff auf das Datum 01.04.1987 bedeutet, daß Nepal in Zukunft 22 statt der am 23.03.1989 gestatteten 15 Grenzübergänge zur Verfügung stehen.

Die Vereinbarungen finden allgemein Zustimmung in Nepal. Mohan Chandra Adhikari, einer der Führer des marxistisch-leninistischen Flügels der Nepal Communist Party fordert jedoch, alle Einzelheiten der geheimen Vereinbarungen müßten offengelegt werden, da Nepal nun eine demokratische Regierung habe und die Macht beim Volk liege.

Kritik kommt allerdings aus den Reihen der United National People's Movement (UNPM). Nepal sei durch die Vereinbarungen zu einem geschützten indischen Markt geworden; der Handel mit Drittländern sei beschränkt. Der Bevölkerungsdruck werde noch mehr zunehmen, da Inder nun wieder keine Arbeitserlaubnis benötigten. Darüber hinaus sei Nepals bündnisfreie Außenpolitik gefährdet. Auch Lokendra Bahadur Chand, Vorsitzender einer der beiden National Democratic Party-Gruppen kritisierte die Vereinbarungen, insbesondere die die Sicherheitsfrage betreffenden Punkte.

(The Rising Nepal, 12.u.14.06.1990; Nepali Patra, 12.u.13.06.1990; Gorkhapatra, 13., 14.u.15.06.1990; Navaras, 13.06.1990; Nepali, 13.06.1990)

09.06.1990

In Melamchi, im Sindhupalchok-Distrikt, und in Lamosangu kommt es zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der National Democratic Party, der neuen Partei des Panchayat-Lagers, und ihren Gegnern, wobei es einige Verletzte gibt. Während Pashupati Shumshere J.B.Rana die Schuld anti-sozialen und gesetzlosen Neo-Mandale-Elementen in die Schuhe schiebt und die Regierung zum Einschreiten auffordert, erklärt der Sindhupalchok-Kendra (= Sindhupalchok Union Center), Pashupati Shumshere sei mit 35 bewaffneten Hooligans in drei Minibussen angerückt und habe den Konflikt heraufbeschworen. Die Verletzten kämen alle aus dem Kreis der Panchayat-Gegner.

(Gorkhapatra, 10.06.1990; Samaj, 12.06.1990)

09.06.1990

Die Human Rights Organization of Nepal (HURON) befürwortet auf einem Treffen in Kathmandu die legitimen Maßnahmen der Regierung zur Kontrolle der antisozialen Aktivitäten reaktionärer Kräfte. Gleichzeitig fordert man aber, eine klare Trennungslinie zwischen derartigen Aktivitäten und legitimen demokratischen Aktivitäten politischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen zu ziehen. Die jüngsten Polizei- und Armeekaktionen in Rukum und Baglung seien eine unerwünschte Anwendung von Gewalt gegen legitime demokratische Aktivitäten gewesen. Daher fordert man die Regierung zu einer Untersuchung der Vorfälle und der Bestrafung der Verantwortlichen auf.

(Gorkhapatra, 10.06.1990)

09.06.1990

Auf der Abschlußveranstaltung einer vedischen Religionszeremonie der Shri Krishna Pranam Vishva Yuva Samanvaya Samiti in Kathmandu droht Achyut Raj Regmi, einer der beiden Vertrauten des Königs in der Übergangsregierung, mit einem Hungerstreik, falls die neue Verfassung keine Vorkehrungen für die Beibehaltung Nepals als Hindu-Königreich enthalte.

(The Rising Nepal, 10.06.1990)

09.06.1990

Die Nepal Communist Party (Fourth Convention) begründet in einer Presseerklärung, warum sie sich jetzt an der Verfassungskommission beteiligt, obgleich sie zuvor eine verfassungsgebende Versammlung gefordert hat: Mit der Teilnahme an der Verfassungskommission solle ein aktiver Kampf für die Einführung eines Übergangsgesetzes begonnen werden. Auch der Nepali Congress verfolge diese Linie, jedoch nicht ernsthaft genug. Man befürworte und unterstütze daher den Kampf der United Left Front für die Einführung eines Übergangsgesetzes. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, wolle man den Kampf in geeigneterer Form fortsetzen.

(Gorkhapatra, 10.06.1990)

09.06.1990

Auf einer Veranstaltung der All Nepal National Independent Students' Union (ANNISU) in Kathmandu fordert Mohan Chandra Adhikari, ein Führer des marxistisch-leninistischen Flügels der Nepal Communist Party, die neue Verfassung solle die Rechte und Interessen aller Bevölkerungsklassen schützen. Die Demokratiebewegung habe bewiesen, daß Souveränität und Nationalismus beim Volk lägen. Radha Krishna Mainali, ein anderer Führer dieser Partei erklärte auf derselben Veranstaltung, seine Partei sehe es unter den gegebenen Umständen nicht als praktikabel an, die durchaus demokratische Forderung einer verfassungsgebenden Versammlung durchzusetzen.

(Gorkhapatra, 10.06.1990)

10.06.1990

Govind Prasad Pradhan, Herausgeber des "Nayan Nepal", wird zum Vorsitzenden und Generalmanager der nepalischen Nachrichtenagentur "Rashtriya Samachar Samiti (RSS)" ernannt. Er hatte diesen Posten bereits in den siebziger Jahren für 6 Jahre inne.

(Gorkhapatra, 11.06.1990)

10.06.1990

Auf einem Symposium im Elite Club in Biratnagar erklärt Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär des marxistischen Flügels der Nepal Communist Party, bloße Reformen der Panchayat-Verfassung würden nicht akzeptiert. Man wolle eine völlig neue Verfassung, unter welcher die Souveränität beim Volk liege und der König keine Quelle der Macht mehr darstelle. Selbst wenn der König noch eine Restmacht behalte, dürfe er diese nur mit Zustimmung des Parlamentes ausüben. Das Panchayat-System habe immer mit der einen Hand etwas Macht abgegeben und mit der anderen dieselbe wieder zurückgenommen.

(Gorkhapatra, 12.06.1990)

10.06.1990

Auf einer Konferenz der Sanatana Dharma Seva Samiti wird einstimmig die Resolution beschlossen, Nepal müsse auch unter der neuen Verfassung ein Hindu-Staat bleiben.

(Gorkhapatra, 11.06.1990)

11.06.1990

Auf Vorschlag des Premierministers hebt König Birendra die wegen religiöser Vergehen ausgesprochenen Gefängnisstrafen auf und ordnet an, die laufenden Verfahren einzustellen. Nach Angaben des Innenministeriums werden am 15.Juni 12 Personen, 11 Christen und ein Moslem, aus Gefängnissen in Kathmandu, Dhankuta, Morang und Okhaldhunga entlassen. 20 der laufenden Verfahren werden eingestellt; weitere Einstellungen sollen folgen.

Die World Hindu Federation protestiert massiv gegen diese Amnestie, weil sie das Recht unterwandere und die Gefühle von 95% der nepalischen Bevölkerung sowie von Millionen von Hindus in der ganzen Welt verletze. Man fordert daher die Regierung auf, ihre Entscheidung zurückzunehmen.

(Gorkhapatra, 12.u.16.06.1990; Nepali Patra, 13.06.1990; The Rising Nepal, 16.06.1990)

12.06.1990

Die Verfassungskommission entsendet einige ihrer Mitglieder in die verschiedenen Zonen und Distrikte des Landes, um Vorschläge von Personen, Gruppen und Institutionen einzuholen: Laxman Aryal (Bheri-Zone), Mukund Regmi (Seti- und Mahakali-Zonen), Nirmal Lama (Sagarmatha- und Janakpur-Zonen), Madhav Kumar Nepal (Narayani- und Lumbini-Zonen), Bharat Mohan Adhikari (Mechi- und Koshi-Zonen) und Pradyumna Rajbhandari (Gandaki- und Dhawalagiri-Zonen).

(Gorkhapatra, 13.06.1990)

12.06.1990

Massenveranstaltung der United Left Front in Kathmandu: Minister Jhal Nath Khanal, Siddhi Lal Singh, das Verfassungskommissionsmitglied Nirmal Lama, Narayan Man Bijukchhe und andere Führer fordern in ihren Reden die sofortige Abschaffung der Panchayat-Verfassung und die Einführung eines Übergangsgesetzes zur Sicherung der durch die Demokratiebewegung errungenen Rechte des Volkes. Nirmal Lama erinnert daran, daß sowohl der Nepali

Congress als auch die United Left Front sich für ein Übergangsgesetz ausgesprochen haben. Jhal Nath Khanal macht seine Unzufriedenheit mit der Arbeitsweise der Übergangsregierung deutlich. Um eine neue Verfassung zu entwerfen, müsse man alle Verbindungen zur reaktionären alten Verfassung abbrechen. Da der Ministerrat nun auch mit legislativen Vollmachten ausgestattet sei, liege die Schuld für das Versagen hinsichtlich der Promulgierung eines Übergangsgesetzes nicht allein beim König, sondern auch bei der Übergangsregierung selbst. (Gorkhapatra, 13.06.1990; Nepali Patra, 13.06.1990)

12.-13.06.1990

Auf einem Konvent der National Suppressed People in Lalitpur werden besondere Möglichkeiten für eine weitreichende politische Beteiligung der rückständigen und unterdrückten Klassen sowie eine Reservierung von Ausbildungsplätzen und Stellen im öffentlichen Dienst, in der Armee und der Polizei gefordert. Außerdem verlangt man Religionsfreiheit und die Erklärung Nepals zum säkularen Staat.

(Gorkhapatra, 14.06.1990)

13.06.1990

Die in Nepal akkreditierten Botschafter Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Bundesrepublik begrüßen die indisch-nepalischen Vereinbarungen und beglückwünschen Premierminister K.P.Bhattarai für seinen erfolgreichen Staatsbesuch in Indien.

(Gorkhapatra, 14.06.1990)

13.06.1990

Ganesh Man Singh erklärt auf einer Veranstaltung des Nepali Congress, reaktionäre Elemente versuchten, mit Hilfe extremistischer Slogans die Abhaltung von Wahlen innerhalb eines Jahres zu verhindern. Das Volk müsse sich vor solchen Personen in acht nehmen. Die Verfassungskommission werde den König in die konstitutionellen Schranken verweisen. Hierzu brauche man keine verfassungsgebende Versammlung.

(Gorkhapatra, 14.06.1990)

14.06.1990

Der Hauptsprecher der Nepal Communist Party (Marxist-Leninist), Madan Bhandari, verlangt auf einem Symposium in Kathmandu die Abschaffung der Panchayat-Verfassung und die Promulgierung eines Übergangsgesetzes zur Sicherung der Interessen aller Kasten, Bevölkerungsgruppen und Sprachen.

(Gorkhapatra, 15.06.1990)

14.06.1990

Auf einem Symposium in Kathmandu fordert Gesundheitsminister Prof.Dr.Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende des Forum for Protection of Human Rights, die neue Verfassung dürfe keiner Religion oder Sprache einen besonderen Status einräumen. Der Staat habe keine Religion.

(The Rising Nepal, 15.06.1990)

14.06.1990

Die Nepal Christian Fellowship bedankt sich bei Premierminister Krishna Prasad Bhattarai und anderen Mitgliedern des Ministerrats für die allen religiösen Gefangenen gewährte Amnestie und die Einstellung der laufenden Verfahren wegen religiöser Aktivitäten. Außerdem fordert man, Nepal zum säkularen Staat zu erklären.

(The Rising Nepal, 15.06.1990)

14.06.1990

In Kathmandu wird die Women's Democratic Party unter dem Vorsitz von Frau Kishori Acharya gegründet. Ihre Ziele sind der Erhalt der Vielparteiendemokratie sowie die Förderung der Rechte, Interessen und Freiheit der nepalischen Frauen.

(Gorkhapatra, 15.06.1990)

14.06.1990

Mit sofortiger Wirkung werden die zusätzlichen Einfuhrzölle für indische Waren aufgehoben. Zollfreiheit gilt auch für den Import unverarbeiteter landwirtschaftlicher und tierischer Produkte aus Indien, für Mineralien, Reis, Hülsenfrüchte, Mehl, Wolle, Milchprodukte, pflanzliche Medikamente, Haustiere u.a.

(Gorkhapatra, 14.06.1990)

14.06.1990

Ratna Shumshere J.B.Rana, der bisherige Additional Chief of Police, löst Hem Bahadur Singh im Amte des Polizeichefs ab.

(The Rising Nepal, 16.06.1990)

14.06.1990

Der amerikanische Kongress verabschiedet eine Resolution, in welcher die Unterstützung Premierminister Krishna Prasad Bhattarais bei seinem Bemühen um eine Sicherung der Vielparteiendemokratie in Nepal zum Ausdruck gebracht wird. Die Resolution fordert alle Individuen und Gruppen in Nepal auf, friedlich auf ein politisches System hinzuwirken, welches die international anerkannten Menschenrechte, einschließlich der Rechte auf Meinungsfreiheit und zur Bildung von Vereinigungen und Organisationen, garantiere. Man begrüße auch die allen religiösen Gefangenen gewährte Amnestie und die Einstellung aller diesbezüglichen Verfahren.

Die Zeitschriften Samaj und Arati verurteilen diese Stellungnahme des US-Kongresses mit scharfen Worten als Einmischung in Nepals religiöse Angelegenheiten im Namen der Menschenrechte. Die Forderung des Kongresses, die Missionierung in Nepal zu gestatten, zielt auf die Ausrottung Nepals und des nepalischen Volkes ab. An anderen Orten der Erde und selbst in ihrem eigenen Land würden die Amerikaner nicht die Menschenrechte respektieren. Die Resolution müsse daher sofort zurückgenommen werden. Andererseits dankt Prem Krishna Pathak, der Vorsitzende des Janvadi Morcha dem amerikanischen Kongress für seine Unterstützung des nepalischen Volkes und seiner derzeitigen Regierung. (The Rising Nepal, 15.u.27.06.1990; Samaj, 18.06.1990; Arati, 21.06.1990)

15.06.1990

Nirmal Lama erklärt in einem Interview der Wochenzeitung Vimarsha, er sei nicht als einer der Führer der NCP (Fourth Convention) sondern als Vertreter der United Left Front Mitglied der Verfassungskommission. Er betont die Notwendigkeit eines Übergangsgesetzes. Der Entwurf der neuen Verfassung solle dem gesamten Volk zur nationalen Diskussion präsentiert werden und danach erst einer Vertreterversammlung, die nach einem Jahr gewählt werden sollte und sowohl als Parlament als auch als verfassungsgebende Versammlung fungieren sollte.

(Vimarsha, 15.06.1990)

15.06.1990

Tulsilal Amatya, der Ehrenvorsitzende der United Left Front, erklärt auf einer öffentlichen Veranstaltung in Biratnagar, die Forderung einer verfassungsgebenden Versammlung helfe nur den reaktionären Elementen. Ähnlich äußert sich Ganesh Man Singh auf einer Reihe von Ansprachen in Ostnepal.

(Gorkhapatra, 17.u.19.06.1990; The Rising Nepal, 21.06.1990)

15.06.1990

Auf einer öffentlichen Veranstaltung des New People's Democratic Forum (Nayan Janvadi Manch), einer neuen, erst nach der Demokratiebewegung entstandenen Organisation, beschuldigen Chandra Prakash Gajurel, ein Führer der NCP (Mashal-Gruppe), Khagendra Sangraula, ein progressiver Schriftsteller, u.a. das Regierungsbündnis von Nepali Congress und United Left Front, ein Abkommen mit dem König geschlossen zu haben und das Volk zu betrügen. Doch diese Elemente, die mit der Zukunft des nepalischen Volkes und der Unabhängigkeit der Nation spielten, würden genauso zusammenbrechen wie die Panchayat-Regierung.

(Samalochana, 14.06.1990; Hindu Daily, 17.06.1990)

15.06.1990

41 frühere Pancha-Führer, darunter Shailendra Kumar Upadhyaya, besprechen in Kathmandu den Zusammenschluß der beiden Gruppen der National Democratic Party. Zu diesem Zweck wird ein Panchayat Democratic Unity Forum gebildet.

(Arati, 21.06.1990)

16.06.1990

Vishwa Nath Upadhyaya, der Vorsitzende der Constitution Recommendation Commission erklärt auf einem Symposium in Kathmandu, die neue Verfassung werde vollkommen demokratisch sein und dem Volk die Grundrechte garantieren. Sie werde eine Regierung vorsehen, welche den gewählten Vertretern des Volkes gegenüber verantwortlich sei, und eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Fragen der Religion, der Kaste oder der Region müßten außenvorbleiben. Man müsse derartigen Bestrebungen rechtzeitig begegnen, um die Bemühungen um ein demokratisches Verfassungssystem nicht zu behindern.

(Gorkhapatra u. The Rising Nepal, 17.06.1990)

16.06.1990

In Bhairahawa wird unter Vorsitz von Dinesh Chandra Mani Tripathi das Nepal Tarai Unity Forum gebildet, welches sich gegen kommunalistische und separatistische Tendenzen zwischen Gebirgs- und Tarai-Bevölkerung sowie gegen kommunalistische Politik im allgemeinen wendet.

(Samaj, 17.06.1990)

16.06.1990

Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär der NCP (Marxist) fordert in Biratnagar abermals die Schaffung eines Übergangsgesetzes. Er droht, seine Partei werde sich an das Volk wenden, wenn ein solches Gesetz nicht bald promulgiert werde.

Ähnlich äußert sich auch die Industrie- und Handelsministerin, Sahana Pradhan, in ihrer Funktion als Vorsitzende der United Left Front. Der Tote könne nicht die Lebenden leiten; folglich müsse die Panchayat-Verfassung sofort abgeschafft und durch ein Übergangsgesetz ersetzt werden.

(The Rising Nepal, 17.06.1990; Gorkhapatra, 22.06.1990)

16.06.1990

Die Kathmandu-Gruppe von Amnesty International, deren Vorsitzender Chitra Niraula ist, veranstaltet ein Symposium zum Thema "Konzept und Entwicklung der Menschenrechte". Dabei werden folgende Resolutionen beschlossen:

1. Die neue Verfassung muß Vorkehrungen für die Abschaffung der Todesstrafe und der Praxis der Folter von Gefangenen enthalten. Es müssen wirksame Bestimmungen für eine unvoreingenommene und sofortige Anhörung zur Sache bezüglich jener, die unter Anwendung des Gesetzes verhaftet werden, erlassen werden. Unter Anwendung des bestehenden Rechts ausgesprochene Todesstrafen dürfen nicht vollstreckt werden.
2. Die Regierung soll sofort die internationalen Verträge und Vereinbarungen zu den Menschenrechten unterzeichnen und in die Praxis umsetzen, um die Menschenrechte in Nepal zu schützen und zu fördern und Nepals Image hinsichtlich der Menschenrechte zu verbessern.

(Nepali Avaj, 22.06.1990)

17.06.1990

Daman Dhungana, ein Mitglied der Verfassungskommission, begibt sich für eine Woche nach Großbritannien, um Verfassungsprobleme zu studieren, insbesondere das Verhältnis zwischen gewählter Regierung und Königshaus.

(Gorkhapatra, 19.06.1990)

17.06.1990

Das Politbüro der NCP (Marxist-Leninist) begrüßt grundsätzlich die Normalisierung des indisch-nepalischen Verhältnisses durch die Übergangsregierung. Gleichzeitig fordert man aber eine völlige Überarbeitung des indisch-nepalischen Verhältnisses und kritisiert einige der getroffenen Vereinbarungen: Durch die Hervorhebung des indischen Sicherheitsinteresses werde die Unabhängigkeit Nepals in Frage gestellt. Die Abschaffung der Arbeitserlaubnis werde negative Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Beschäftigung in Nepal haben. Indien habe sicherlich in mancher Hinsicht einen guten Willen gezeigt, doch entscheidend sei, daß indische Güter nun wieder den nepalischen Markt dominieren würden. Es sei ein besorgniserregendes Zeichen von Schwäche, daß diesen Problemen keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das Politbüro fordert daher eine öffentliche Debatte über diese Fragen.

(Gorkhapatra, 18.06.1990)

18.06.1990

Einige der seit 23.03.1989 geschlossenen Grenzübergänge werden wieder geöffnet. Gleichzeitig verkündet das Department of Labour, daß indische Bürger in Zukunft keine Arbeitserlaubnis mehr bedürfen, wie dies in den drei Distrikten des Kathmandutals seit dem 13.04.1987 erforderlich war. Madhav Kumar Pokharel, der Vorsitzende der Nepal Democratic Independent Workers Association sieht als Folge dieser Maßnahme, daß hunderttausende Nepali gezwungen werden, auf Arbeitssuche ins Ausland zu gehen. Die Entscheidung sei daher ein Rückschlag für das nepalische Selbstwertgefühl.

(Gorkhapatra, 19.u.23.06.1990; The Rising Nepal, 21.06.1990; Samaj, 17.06.1990)

19.06.1990

13 Organisationen aus dem Kreis der Buddhisten, Moslems, Frauen und der rückständigen Klassen fordern in einer gemeinsamen Erklärung, Nepal zu einem säkularen Staat zu erklären und alle Sprachen des Landes gleich zu behandeln. Eine ähnliche Forderung erhebt das Forum for Rights of All Nationalities.

(Hindu, 20.06.1990; The Rising Nepal, 23.06.1990)

Mitte Juni 1990

Gore Bahadur Kapongge, der Generalsekretär der Nepal National People's Liberation Front, legt der Verfassungskommission ein 21-Punkte-Memorandum vor. Darin heißt es, Nepal solle eine föderative Regierung mit autonomen Distrikten, deren Grenzen nicht durch die Topographie des Landes sondern durch die ethnischen Siedlungsgebiete zu bestimmen seien, erhalten. Die ethnischen Gruppen sollten proportional ihrer personellen Stärke in der föderativen Regierung und den Distriktregierungen vertreten sein. Nepal solle zum säkularen Staat ernannt werden, und die Kuh dürfe nicht das Nationaltier Nepals sein. Nur das Parlament dürfe die Macht haben, den Notstand auszurufen. Die Verfassung müsse Vorkehrungen enthalten, welche die Ächtung einer politischen Partei unmöglich machten. Jeder nepalische Bürger müsse das Recht haben, bezüglich von Verträgen und Vereinbarungen mit auswärtigen Nationen oder hinsichtlich den nationalen Interessen widersprechender interner Maßnahmen den Obersten Gerichtshof anzurufen. Die Entscheidungen dieses Obersten Gerichtshofes müßten endgültig sein. Das stehende Heer sollte abgeschafft werden und es sollte nur eine geringe Anzahl paramilitärischer Truppen geben. Es müsse in der Verfassung klar zum Ausdruck gebracht werden, daß Nepal nicht ein militärischer Stützpunkt für irgendeine auswärtige Nation sein dürfe. Das Nepali dürfe nicht zur Nationalsprache erklärt werden; vielmehr müßten die Sprachen, Religionen und Kulturen aller ethnischen und kommunalen Gruppen gleichbehandelt werden. Ferner müsse es eine eindeutige Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative geben.

(Jana Jagriti, 25.06.1990)

20.06.1990

Auf der Jahrestagung des Nepal Council of World Affairs in Kathmandu erklärt Premierminister K.P.Bhattacharai, er habe mit Indien keine geheimen Verträge abgeschlossen. Der Vorschlag, Nepal zu einer internationalen Friedenszone zu erklären, solle auf die gesamte Welt ausgedehnt werden. Hinsichtlich des Grundbedürfnisprogramms wolle man noch über die Bestrebungen der abgelösten Panchayat-Regierung hinausgehen.

(Gorkhapatra, 21.06.1990)

20.06.1990

Die NCP (Mashal-Group), die NCP (Fourth Convention) und die Proletarian Workers' Organization teilen die Bildung eines Komitees mit, welches die baldige Vereinigung dieser drei kommunistischen Gruppierungen vorbereiten soll, obgleich man in manchen Dingen einen unterschiedlichen Standpunkt vertrete.

Es soll nun mindestens 15 kommunistische Gruppen in Nepal geben, darunter 11 Splittergruppen der Nepal Communist Party, nämlich die Manandhar-, Amatya-, Varma-, Marxist-, Shambhuram-, Harihar Jung Shah-, Marxist-Leninist-, Masal-, Mashal-, Fourth Convention- und Sixth Convention Groups der der NCP sowie die Nepal Peasants and Workers Organization, die Nepal Marxist-Leninist Party, die Proletarian Workers' Organization und die People's Communist Party.

(Gorkhapatra, 21.06.1990; Arati, 21.06.1990)

20.06.1990

Bildungs- und Kulturminister Keshar Jung Rayamajhi, einer der beiden Vertrauten des Königs in der Übergangsregierung, gründet eine neue politische Partei unter dem Namen Janata Dal (Democratic Socialist Party). Sprecher der neuen Partei wird Shankar Bahadur Rajbhandari. K.J.Rayamajhi erklärt, er habe seine alte kommunistische Überzeugung völlig aufgegeben. Ziel seiner Partei sei die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und die Schaffung eines Zustands, unter dem fundamentale Rechte ausgeübt werden könnten. Außenpolitisch verfolge er das Prinzip der Bündnislosigkeit und des friedlichen Miteinanders. Er glaube an ein gemischtes Wirtschaftssystem und werde seine Partei in Zukunft im Ministerrat vertreten. Bezüglich des von der ULF geforderten Übergangsgesetzes sehe er wie der Nepali Congress keine Notwendigkeit, da die Übergangsregierung volle legislative und exekutive Macht besitze.

(Gorkhapatra, 21.06.u.03.07.1990)

20.06.1990

Gopal Gurung, der Vorsitzende der Mongol National Organization fordert in einem Manifest, Nepal zu einem säkularen Staat zu erklären. Die Limbu sollten jene Macht zurückerhalten, die ihnen aufgrund des vor über 200 Jahren zwischen Prithvi Narayan Shah und dem damaligen Limbu-König geschlossenen Vertrages zustehe. In gleicher Weise verlange man die Wiederherstellung des Limbuwan-Gebietes in der Form von 1909 sowie die Gleichstellung aller Sprachen, ohne Millionen von Rupien für die Sanskriterziehung zu vergeuden.

(Hindu, 21.06.1990)

21.-23.06.1990

Premierminister K.P.Bhattacharai eröffnet in Kathmandu eine nationale Konferenz der Nepal Bar Association (NEBA) zur neuen Verfassung. Er betont, die neue Verfassung müsse die Entwicklung demokratischer politischer Parteien, die Souveränität und Vormachtstellung des Volkes, Religionsfreiheit und die grundlegenden Menschenrechte garantieren. Es werde eine strikte Machtteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative geben.

Die Konferenz beschließt die Forderung, die Souveränität müsse beim Volk liegen, und der König als Symbol der nationalen Einheit dürfe seine formellen Funktionen nur auf Rat und mit Zustimmung des Ministerrats ausüben. Änderungen der Verfassung sollten in Zukunft nur mit Zweidrittelmehrheit des Parlaments möglich sein, Änderungen bezüglich der Grundrechte und des Vielparteiensystems sogar nur durch ein nationales Referendum. Man kann jedoch keine Einigung hinsichtlich der Frage, ob die neue Verfassung durch die Verfassungskommission oder durch eine verfassunggebende Versammlung entworfen werden sollte, erzielen.

(Gorkhapatra, 22.u.30.06.1990)

21.06.1990

Eine Gruppe von Leute entfernt gewaltsam die Akten von 13 Regierungsstellen, darunter des District Administration Office, des District Land Revenue Office und des District Education Office, von Manthali, dem neuen Hauptquartier des Ramechhap-Distrikts, nach Ramechhap, dem alten Hauptquartier. Eine von Kathmandu entsandte Polizeieinheit stellt noch am gleichen Tag Recht und Ordnung wieder her, wobei sie Tränengas einsetzt und in die Luft schießt. Acht Personen werden verletzt und vier verhaftet. Die Akten werden nach Manthali zurückgeschafft.

(Gorkhapatra, 25.06.1990; Samaj, 25.06.1990)

21.-26.06.1990

Verschiedene nepalische Amnesty International-Gruppen organisieren ein sechstägiges Trainingsprogramm im Hotel Woodland in Kathmandu.

Nach einer Meldung des Rising Nepal gibt es zur Zeit 18 derartige Menschenrechtsgruppen in Nepal. Premierminister K.P.Bhattacharya erklärt auf der Abschlußveranstaltung am 26.Juni, Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen könnten nun offen in Nepal arbeiten. Er verspricht auch, sich im Kabinett dafür einzusetzen, die internationale Konvention von Amnesty International zu ratifizieren. Der Premierminister erklärt, es gebe zur Zeit keine politischen Gefangenen in Nepal und nach noch vermißten politischen Gefangenen werde geforscht. Nach Angaben des Samaj werden noch folgende Personen vermißt:

1. Dr. Laxmi Narayan Jha und sein Assistent, Satya Narayan Shah, die am 13.06.1985 in Zusammenhang mit den Bombenanschlägen in Janakpur verhaftet wurden,
2. Ishwar Lama und Padma Lama, zwei Mitarbeiter des Nepali Congress, die unter Anwendung des Public Security Act im Jaleshwar-Gefängnis inhaftiert waren,
3. Saket Chandra Mishra und Dilip Chaudhary aus Saptari,
4. Maheshwar Chaulagain aus Sankhuwa-Sabha

Zur Untersuchung des Verbleibs dieser Personen wird ein Allparteienkomitee gebildet.

K.P.Bhattacharya bedankt sich bei AI insbesondere auch für die Zusammenarbeit in jener Zeit, als er selbst im Gefängnis saß. Ihm lägen außerdem Informationen vor, daß sein Amtsvorgänger drei Säcke voller Briefe bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Nepal von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen in der Schweiz, der Bundesrepublik, Lateinamerika und anderen Ländern erhalten habe.

Die Erklärung K.P.Bhattacharyas zur Situation der politischen Gefangenen löst zahlreiche Proteste im Land aus. FOPHUR legt eine Liste von 52 Personen vor, die noch aus politischen Gründen inhaftiert seien. Die Zeitung Dristi vergleicht die Erklärung des Premierministers mit ähnlich lautenden der Panchayat-Regierung.

(Matribhumi, 26.06.1990; Gorkhapatra, 27.06.1990; The Rising Nepal, 27.06.1990; Samaj, 27.u.28.06.1990; FOPHUR, Newsletter, 15.07.1990; Dristi, 11.07.1990)

22.06.1990

Ganesh Man Singh erklärt in Biratnagar, die Forderung nach einem Übergangsgesetz habe keine Berechtigung, da der Ministerrat im Besitz aller exekutiven und legislativen Macht sei. Sollte ein derartiges Gesetz wirklich notwendig sein, solle man das Problem auf der Grundlage von Beratungen und gegenseigem Verständnis lösen. Er versprach einen Dialog zu diesem Problem mit der United Left Front aufzunehmen.

(Gorkhapatra, 23.06.1990)

22.06.1990

Frau Sahana Pradhan erklärt in Narayangadh, es habe keinen Geheimvertrag mit der indischen Regierung gegeben. Die derzeitigen Vereinbarungen basierten auf dem Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1950. Es sei Aufgabe einer gewählten Regierung einen neuen Vertrag zu schließen, welcher den Interessen des Volkes gerecht würde.

(The Rising Nepal, 24.06.1990)

22.06.1990

Vertreter von 32 Gruppen der Buddhisten, Tamang, Sherpa, Tharu, Sunuwar, Kirat und anderer ethnischer Gruppen marschieren in einer Prozession zum Büro der Verfassungskommission, wo sie ein von 10.780 Personen unterzeichnetes Memorandum vorlegen, in welchem gefordert wird, Nepal zu einem säkularen Staat zu erklären.

(The Rising Nepal, 23.06.1990)

23.06.1990

Ein Sprecher des Local Development Ministry erklärt zur Verteidigung der Maßnahme der Einführung lokaler Verwaltungskomitees, diese seien bereits angewiesen, in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Vertretern der diversen politischen Parteien, der Sozialarbeiter und der Intellektuellen zu arbeiten.

(Gorkhapatra, 24.06.1990)

23.06.1990

In Kreisen der Royal Nepali Army wird ein Rundschreiben des militärischen Hauptquartiers verbreitet, in welchem die Armeeeinheiten aufgefordert werden, folgende Empfehlungen an die Verfassungskommission zu richten: "Seine Majestät soll Supreme Commander-in-Chief Feldmarschall der Royal Nepali Army bleiben. Die Souveränität muß in den Händen Seiner Majestät liegen, dem auch die Kontrolle der Armee obliegen soll. Das Amt des Commander-in-Chief soll wie bisher verfassungsmäßig verankert sein, und Ernennungen zu diesem Amt sollten durch Seine Majestät erfolgen. Die Royal Nepali Army verehrt traditionell die Gottheiten Mahadeva und Kali, und in allen Kasernen werden Hindu-Zeremonien durchgeführt. Daher muß Nepal ein Hindu-Staat bleiben."

Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der Verfassungskommission, erklärt später in einem Interview des Samaloshana (9.Juli), die Kommission habe weder die Armee noch sonst jemandem um Vorschläge gebeten, sondern lediglich jene Anregungen entgegengenommen, die man an sie herangetragen habe. Seiner Meinung nach sollten Armee und Polizei

nicht einer Einzelperson gegenüber verantwortlich sein, sondern der Nation und dem System.

(Vimarsha, 06.07.1990; Manch, 12.07.1990; Samaloshana, 09.07.1990)

24.06.1990

Die indische Regierung gibt bekannt, daß die Importbeschränkungen für nepalische Güter mit sofortiger Wirkung aufgehoben sind. In den nepalischen Zeitungen erscheinen in den folgenden Tagen Anzeigen, in welchen für die Aufnahme von Geschäftsverbindungen geworben wird.

(Gorkhapatra, 25.u.28.06.1990)

25.06.1990

Chitra Bahadur K.C., der Hauptsprecher der Nepal Communist Party (Mashal Group), erklärt auf einer Pressekonferenz in Kathmandu, seine Partei unterstütze trotz bedeutender Meinungsunterschiede das Regierungsbündnis, um die Demokratie zu festigen und erneute Verschwörungen zu unterbinden.

(Gorkhapatra, 26.06.1990)

25.06.1990

Mehr als 1.000 Pancha-Mitarbeiter des Parsa-Distrikts, darunter die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von 40 lokalen Panchayats treten formell in den Nepali Congress ein. In ähnlicher Weise tritt Arjun Nar Singh K.C., ein früherer Staatsminister, gemeinsam mit 500 anderen Panchas des Nuvakot-Distrikts in den Nepali Congress ein.

(Gorkhapatra, 27.06.1990)

25.-27.06.1990

Auf einer dreitägigen nationalen Konferenz in Kathmandu bildet die NCP (Hikmat Singh Bhandary Group) ein siebenköpfiges Politbüro und ein 24-köpfiges Zentralkomitee. Es gibt keinen Generalsekretär, jedoch drei Parteisprecher: Phanindra Nirmal, Kamal Rai und Bandhu Shrestha.

(The Rising Nepal, 28.06.1990)

26.06.1990

Unter Leitung des Sekretärs der Ministeriums für allgemeine Verwaltung wird ein Komitee gebildet, welches innerhalb von vier Monaten Vorschläge zur Schaffung von Organisationen der Staatsbediensteten vorlegen soll. So lange soll es den öffentlich Bediensteten nicht gestattet sein, sich in irgendeiner Organisation zu betätigen.

Die Civil Servants Organization und die Inter-Corporation Employees Organization protestieren am folgenden Tag gegen diese Entscheidung des Ministerrats und drohen mit Kampfmaßnahmen, falls die Entscheidung nicht innerhalb von drei Tagen zurückgenommen werde.

Am 28.Juni protestieren einige Beamte bei K.P.Bhattacharya gegen die Entscheidung und fordern, es solle eine gerichtliche Untersuchung wegen der Korruption und sonstiger Unregelmäßigkeiten im Staatsdienst eingeleitet werden. Der entsprechenden Untersuchungskommission sollten auch Vertreter der Staatsbediensteten angehören. Bei dem jetzt angestrebten Verfahren könnten korrupte Beamte weitere vier Monate ungehindert ihren Praktiken nachgehen. Gauri Bahadur Karki protestiert außerdem dagegen, daß auch die 772 Bediensteten des Königspalastes als öffentlich Bedienstete eingestuft würden.

Am 1.Juli gibt der Ministerrat dem Druck nach und verkürzt die Arbeitsdauer des Komitees auf zwei Monate. In dieser Zeit können die Beschäftigten ihre Anliegen über das Central Ad Hoc Committee der Nepal Civil Servants' Organization und der Inter-Corporation Independent Employees' Association an die Regierung herantragen. Außerdem sind alle konstruktiven Aktivitäten erlaubt; lediglich Streiks, Arbeitsniederlegungen u.ä. sind verboten. Gleichzeitig tritt man Berichten entgegen, die Beschäftigten des Palastes würden in den öffentlichen Dienst eingegliedert. Aufgrund dieser Regierungsentscheidung sagt das Central Employees' Coordination Council die für den 3.Juli angekündigten Kampfmaßnahmen ab.

(Gorkhapatra, 27.u.29.06.1990; Pristhabhumi, 28.06.1990)

26.06.1990

Man Mohan Adhikari fordert in einer Rede in Tulsipur abermals die Promulgierung einer Übergangsverfassung. Gleichzeitig fordert er aber auch die Regierungsparteien angesichts von Verschwörungen gegen die noch junge Demokratie zu größerer Einheit auf.

(The Rising Nepal, 27.06.1990)

27.06.1990

In der indischen Stadt Patna wird die Bank Road in B.P.Koirala Marg umbenannt. Gleichzeitig kündigt man an, auf einem öffentlichen Platz der Stadt eine lebensgroße Statue des verstorbenen Nepali Congress-Führers zu errichten.

(The Rising Nepal, 28.06.1990)

27.06.1990

Eine Gruppe von Personen, die im Verlauf der Demokratiebewegung Verletzungen erlitten hatten und sich jetzt im Teaching Hospital in Kathmandu einer medizinischen Behandlung unterziehen, fordern in einer Pressekonferenz die Übergangsregierung auf, den bedürftigen Opfern der Bewegung sofortige Hilfeleistungen zukommen zu lassen. Bereits zuvor hatten sich Familien der Opfer der Demokratiebewegung zusammengeschlossen und ein 15-köpfiges Komitee gebildet, welches die

Regierung, die politischen Parteien und andere verantwortliche Organisationen aufgefordert hatte, die für die Opfer gesammelten Gelder umgehend zweckgebunden zu verwenden.

Ganesh Man Singh bezeichnet die diesbezügliche Kritik als Teil jener Verschwörung, die darauf abziele, die zeitgerechte Durchführung der Wahlen zu verhindern. Das von ihm geleitete National People's Movement Relief Assistance Ad Hoc Committee beschließt, über Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front, für die Verletzten der Demokratiebewegung, die sich einer medizinischen Behandlung unterzögen, eine Million Rupien zur Verfügung zu stellen. Außerdem beschließt man, alle zu diesem Zweck begründeten privaten Fonds in den Zentralfond zu übernehmen, der dann als Hilfsfond des Premierministers nur für Wohlfahrtszwecke der Opfer der Demokratiebewegung genutzt werden solle.

Zur Zeit befänden sich 1,4 Millionen Rupien im National People's Movement Central Fund. Davon sei bisher noch nichts ausgezahlt worden, weil man mit dem Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) und dem Human Rights Violations and Fact-Finding Committee vereinbart habe, daß sofortige Hilfsmittel von diesen zur Verfügung gestellt werden sollten. FOPHUR verfüge über 490.759 Rupien, wovon bisher 116.025 ausgezahlt worden wären. FOPHUR habe außerdem 135.000 Rupien für die längerfristige Ausbildung der Kinder der Märtyrer aus dem Fonds abgezweigt. FOPHUR habe bisher 83 Märtyrer namentlich identifiziert und ihren Familien jeweils 1.500 Rupien zur Verfügung gestellt. Das Human Rights Violations and Fact-Finding Committee habe 350.000 Rupien gesammelt, wovon bisher 150.000 Rupien verteilt worden seien.

(Gorkhapatra, 27.06.1990; The Rising Nepal, 26.u.28.06.1990)

27.06.1990

Ein Komitee diverser buddhistischer Organisationen und ethnischer Gruppen hält unter Vorsitz des Verfassungskommissionsmitglieds Nirmal Kumar Lama in Kathmandu ein Symposium ab, um die Frage des Säkularismus in der neuen Verfassung zu diskutieren. Die meisten Redner sprechen sich für einen säkularen Staat aus. Minister Jhala Nath Khanal erklärt als Ehrengast, der Staat dürfe nicht irgendeine Religion hervorheben und die anderen mißachten. Nur ein Feudalsystem, nicht aber ein demokratisches, würde eine bestimmte Religion zur Staatsreligion erheben. Die Forderung eines säkularen Staates spiegele das volle Bekenntnis zur Demokratie wider. Basudev Chandra Malla, der Vizekanzler der Tribhuvan-Universität erklärt, Nepal sei zwar ein religiöser Staat, aber er solle keine Staatsreligion besitzen. Die Verfassung dürfe nicht zur Frage der Religion Stellung nehmen.

(Gorkhapatra, 28.06.1990)

28.06.1990

Die Zeitschrift Arati erhebt die Beschuldigung, es finde eine gefährliche Verschwörung statt, die darauf abziele, Nepal zum säkularen Staat zu erklären. Hinter dieser Verschwörung ständen jene 57 oder 58 christliche Missionsorganisationen, die zur Zeit in Nepal arbeiteten. Zu diesen zählten die United Mission to Nepal, Red Barna, Action Aid, Lutheran World Service, SAP und Care/Nepal, welche von Kirchen und Religionsorganisationen in Europa, den USA und Kanada finanziert würden und die direkt oder indirekt ind missionarische Aktivitäten in Nepal verwickelt seien. Vertreter dieser christlichen Organisationen hätten kürzlich ein geheimes Treffen in Kathmandu abgehalten, auf welchem man beschlossen habe, die Säkularismuspropaganda zu finanzieren. Es seien bereits 1,8 Millionen Rupien zu diesem Zweck gezahlt worden. Die Christen hätten auch buddhistische Führer für ihre Sache gewonnen. Auch die buddhistische Prozession zur Verfassungskommission vom 22.Juni sei Teil dieser Kampagne gewesen. Ferner hätten die Christen 1,2 Millionen Rupien an kommunistische Rechtsanwälte gezahlt, damit sich diese auf der jüngsten nationalen Konferenz der Nepal Bar Association (NEBA) für den Säkularismus einsetzten.

(Arati, 28.06.1990)

28.06.1990

Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der Verfassungskommission, fordert in einem Interview der nationalen Nachrichtenagentur RSS die politischen Parteien auf, die Menschen in Nepal besser über die grundlegenden Probleme der Verfassung wie die Macht des Ministerrats, das Parlament, die Gerichtsbarkeit, die Wahlkreise und die Wahlvorgänge zu unterrichten. Nach seiner Meinung würden sich zu viele Verfassungsvorschläge mit Randproblemen wie denen der Volksgruppe, Sprache und Religion beschäftigen. B. Upadhyaya wiederholt diese Ansicht am folgenden Tag noch einmal auf einem Seminar der Nepal Political Science Association in Kirtipur. Es sei durch manche Äußerungen ein kommunales Denken und ein religiöser Konflikt geschaffen worden, was nicht als demokratisch angesehen werden könne.

(Gorkhapatra, 29.06.1990; The Rising Nepal, 30.06.1990)

28.06.1990

Ganesh Man Singh erklärt in einem Interview des Gorkhapatra, er sehe keine Notwendigkeit für ein Übergangsgesetz, da alle exekutive und legislative Macht auf den Ministerrat übertragen worden sei. Die alte Ver-

fassung liege bereits jetzt im Abfalleimer. Wer unter diesen Umständen noch ein Übergangsgesetz fordere, versuche, ob gewollt oder nicht, die allgemeinen Wahlen zu verzögern. Es sei unmoralisch, eine Agitation über dieses Problem anzuzetteln, wenn man noch in der Übergangsregierung sitze, da man dadurch deren Aufmerksamkeit von den entscheidenden Aufgaben der politischen Stabilität und der Vorbereitung allgemeiner Wahlen ablenke. Der Regierungspartner, die United Left Front, hätte besser daran getan, das Problem im Ministerrat ausdiskutieren.

Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front, weist darauf hin, sie habe bereits ausgiebig ihren Standpunkt dargelegt. Nun sei die andere Seite zu fragen, warum eine Übergangsverfassung nicht notwendig sei. Es gebe keinen ernsthaften Disput zwischen Nepali Congress und United Left Front; dennoch sollten beide Seiten eine Einigung in diesem Problem anstreben.

(Gorkhapatra, 28.06.1990)

28.06.1990

Eine Delegation von 39 Organisation, die unter dem Hindu Dharma Sewa Samanwaya Samiti (Hindu Religion Service Coordination Committee) zusammengeschlossen sind, angeführt von Prof. Shiva Gopal Risal, fordert die Verfassungskommission auf, Nepal als Hindu-Staat zu belassen. Man spricht sich zwar für völlige Religionsfreiheit aus, lehnt aber das Recht zur Konversion ab.

(Gorkhapatra, 29.06.1990)

28.06.1990

Die Mitarbeiter von RONAST (Royal Nepalese Academy for Science and Technology) streiken, nachdem ihre wiederholten Forderungen nach einer Rekonstituierung von RONAST entsprechend demokratischer Richtlinien, dem Schutz der Rechte und Interessen der Beschäftigten und der Beseitigung der ineffizienten Verwaltung, einschließlich des Rücktritts aller nominierten Amtsträger, kein Gehör gefunden haben. Man kehrt erst am 5.Juli nach Vermittlungsgesprächen mit Premierminister K.P.Bhattarai an den Arbeitsplatz zurück.

(Deshantar, 01.07.1990; The Rising Nepal, 06.07.1990)

28.06.1990

Beginn eines zweitägigen Seminars zum Schutz der Rechte der Kinder in der angestrebten Verfassung, organisiert vom Nepal Centre for Women and Children Affairs (ACWCA) mit Unterstützung von UNICEF. Es nehmen Vertreter diverser Organisationen, Schulen und internationaler Agenturen teil. Premierminister K.P.Bhattarai spricht sich in seiner Eröffnungsrede dafür aus, daß Kinder nicht länger ausgebeutet werden dürften. Man diskutiert Möglichkeiten, den Status der Kinder zu verbessern.

(The Rising Nepal, 29.06.1990)

28.-30.06.1990

FOPHUR hält gemeinsam mit dem Forum for Legal Research and Development (FREEDeAL) in Kathmandu ein Symposium zum Thema "Consultations on Constitutionalism" ab, an welchem Verfassungsexperten diverser asiatischer Länder teilnehmen. Allgemein wird der Mut des nepalischen Volkes im Verlauf der Demokratiebewegung hervorgehoben. Schwerpunkte des Gedankenaustauschs sind die Souveränität, die Menschenrechte, aber auch konstitutionelle Wirtschaftsfragen.

(The Rising Nepal, 29.07.1990; FOPHUR, Newsletter, 15.07.1990; FOPHUR/FREEDAEAL, Skript des Symposiums)

29.06.1990

In Janakpurdharm beginnt die erste nationale Konferenz der Nepal Goodwill Party. Gajendra Narayan Singh, der im Verlauf der Konferenz einstimmig zum Parteivorsitzenden gewählt wird, hatte bereits zuvor auf einer Pressekonferenz in Kathmandu beklagt, daß in der Verfassungskommission kein Tarai-Bewohner vertreten sei. Wenn die Forderungen der Tarai-Bewohner nicht berücksichtigt würden, werde die gesamte Tarai-Bevölkerung solange dafür kämpfen, bis ihre legitimen Rechte anerkannt würden. Die Bewohner des Tarai würden als Menschen zweiter Klasse betrachtet. So dürften sie beispielsweise nicht in der Armee dienen. Es sei eine Verschwörung angezettelt worden, um die ursprüngliche Bevölkerung des Tarai zu einer Minderheit in ihrer eigenen Region zu machen, indem Leute aus dem Hügelland im Tarai angesiedelt worden wären. Seine Partei fordere daher eine gesetzliche Garantie, daß die Gebirgsbevölkerung in ihre Herkunftsgebiete zurückgeschickt werde. Die Tarai-Bevölkerung mache 50% der nepalischen Gesamtbevölkerung aus und habe einen Anteil von 60% an der Wirtschaft des Landes. Aber ihre eigenständige kulturelle und soziale Identität werde unterwandert. So dürfe man nicht in der traditionellen Kleidung von dhoti und kurta an den offiziellen Veranstaltungen teilnehmen. G.N.Singh verlangt ferner eine Anerkennung der Tarai-Sprachen als weitere nationale Sprachen sowie eine Reservierung von Parlamentssitzen für die Tarai-Bewohner zumindest für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre.

(Gorkhapatra, 30.06.1990; Manch, 28.06.1990)

29.06.1990

Unter Vorsitz von Finanzminister Devendra Raj Pandey treffen sich in Kathmandu Vertreter lokaler Förderorganisationen aus Österreich, Dä-

nemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Schweiz, USA sowie von World Bank, Asian Development Bank, IMF, UNDP, UNICEF und World Food Program zur Besprechung der augenblicklichen Wirtschaftslage Nepals. Der Finanzminister betont die katastrophale Wirtschaftslage, welche die Panchayat-Regierung hinterlassen habe. Davon seien alle Wirtschaftssektoren betroffen. Über allem liege der enorme Druck auf Umwelt und ökologisches Gleichgewicht. Er hoffe sehr, der zukünftigen gewählten Regierung eine bessere Wirtschaftslage zu hinterlassen. Alle auswärtigen Hilfsleistungen würden in Zukunft nur noch über das Finanzministerium abgewickelt. Man wolle versuchen die Abhängigkeit von auswärtiger Hilfe allmählich durch bessere Nutzung der eigenen Ressourcen und des Kapitals zu reduzieren. Einige der Hilfsprojekte seien besser gar nicht begonnen worden. In Zukunft sollten wirtschaftliche, technische und soziale Erwägungen bei der Auswahl und Gestaltung der Projekte höher angesiedelt werden als kommerzielle Interessen.

(The Rising Nepal, 30.06.1990)

29.06.1990

In Kathmandu wird ein Abkommen mit der US-Regierung unterzeichnet, wonach Nepal über einen Zeitraum von fünf Jahren 20 Millionen US \$ für das Child Survival Family Planning Services Project erhält.

(Gorkhapatra, 30.06.1990)

29.06.1990

In Patan wird unter Vorsitz von Bharat Bahadur Bishural die Conservative Party gegründet. Ziel dieser neuen Partei sei der demokratische Weg in Zusammenarbeit mit Nepali Congress und United Left Front. Besonderes Augenmerk wolle man dem Erhalt von Nepals traditioneller Kunst und Kultur zuwenden.

(The Rising Nepal, 02.07.1990)

30.06.1990

10.000 Buddhisten und Angehörige ethnischer Gruppen demonstrieren in Kathmandu für einen säkularen Staat. 310 Institutionen sollen an dieser Demonstration teilgenommen haben. Zum Abschluß findet eine Kundgebung auf dem Tundikhel statt. Man stellt 17 Forderungen auf, von denen die wichtigste die Einführung eines säkularen Staates ist. Man verlangt außerdem Maßnahmen gegen Minister Achyut Raj Regmi, der sich wiederholt für die Hindu-Religion ausgesprochen hat. Die Geburtsstätte Buddhas können kein Hindu-Staat sein.

(Hindu, 01.07.1990; The Rising Nepal, 01.07.1990)

30.06.1990

Radio Nepal sendet wieder Nachrichten in Hindi und Newari. Bereits von 1951 bis 1965 hatte es derartige Nachrichtensendungen gegeben. Der Akhil Nepal Maithili Sahitya Parishad (= All Nepal Maithili Literature Council) begrüßt diese Maßnahme, fordert aber auch Nachrichten in Maithili.

(The Rising Nepal, 28.06.1990; Gorkhapatra, 30.06.1990)

Anfang Juli 1990

Im Kathmandual breitet sich eine Gastroenteritis-Epidemie aus, die zahlreiche Opfer fordert. Ähnliche Fälle werden auch aus diversen Orten des Syangja-Distrikts und aus Gulmi gemeldet. Hier sind die Opfer meist Frauen und Kinder. Die Untersuchungen zahlreicher Patienten ergeben, daß sie von Cholerabazillen befallen sind. Der Cholera sollen allein im Kathmandual über 300 Personen zum Opfer gefallen sein.

(The Rising Nepal, 07., 12. u. 15.07.1990; Meldungen diverser deutscher Tageszeitungen)

Anfang Juli 1990

Tulsilal Amatya, der Ehrenvorsitzende der United Left Front, erklärt auf einer Veranstaltung in Belbari, Morang-Distrikt, die Kommunisten hätten die Möglichkeit, die künftige Regierung zu bilden, wenn sie geeint die kommenden Wahlen bestritten. Es gehe das Gerücht um, der Nepali Congress verteile 300 Rs. pro Familie, um Stimmen zu kaufen. Falls dies wahr wäre, wäre es die gleiche Praxis, welche die Panchas angewandt hätten. Bereits 1960 habe der verstorbene König Mahendra die USA in ihrem Bemühen unterstützt, die nepalischen Kommunisten mit Hilfe des CIA zu spalten.

(Matribhumi, 03.07.1990)

Anfang Juli

Um die Aufmerksamkeit der Verfassungskommission auf die Kinder zu lenken, die nicht in der Lage sind, der Kommission ihre Vorschläge zu unterbreiten, organisiert Seto Gurans Rastriya Bal Bikar Sewa Kendra, ein Kinderentwicklungszentrum, eine Fahrradrallye, an der sich tausende von Kindern sowie 600 Personen aus schulischen und sozialen Institutionen beteiligen. Es ist dies die erste derartige Veranstaltung für die Rechte der Kinder in Nepal.

(Nepali Avaj, 13.07.1990)

01.07.1990

Der Gorkhapatra ergreift in einem erzkonservativen Kommentar Stellung für das traditionelle Königtum: "Heute ist die Monarchie in Nepal zu einer kontroversen Institution geworden. Politische Führer bezeichnen das Symbol der nationalen Einheit als antidemokratisch. Es heißt,

die Souveränität liege beim Volk, aber diese Theorie wird das Volk nur dem Despotismus einer Einparteienmehrheit aussetzen. Unsere Geschichte und Tradition haben verfügt, daß die Souveränität nur dann gesichert ist, wenn sie bei dem Symbol der nationalen Einheit liegt; gleiches gilt für die Notstandsrechte, wenn die Integrität der Nation in Gefahr ist oder wenn die konstitutionelle Monarchie versagt. Wir dürfen die Nation nicht für Demokratie und Menschenrechte aufs Spiel setzen. Eine konstitutionelle Monarchie bedeutet nicht die Kürzung der Macht, sondern die Garantie der konstitutionellen Machtausübung. Wenn die aktive Führung des Königs überflüssig geworden ist, wird ein inaktiver König sich als Fluch für die Nation erweisen."

(Gorkhapatra, 01.07.1990)

01.07.1990

Die am 29. April unter Vorsitz von Goraksha Bahadur Nuchhe Pradhan gebildete Pay Commission unterbreitet Finanzminister Devendra Raj Pandey ihren Bericht über Möglichkeiten der Verbesserung von Bezahlung und Arbeitsbedingungen der regierungseigenen Unternehmen. Es verlautet lediglich, daß die Vorschläge dieser Kommission eine Mehrbelastung der Unternehmen von etwa 800 Millionen Rupien bewirken würden. Minister Pandey erklärt, eine solche Belastung sei aufgrund der leeren Staatskassen unmöglich, zumal eine ähnliche Anhebung der Gehälter im öffentlichen Dienst unausweichlich wäre.

(Gorkhapatra, 02.07.1990; The Rising Nepal, 06.07.1990)

02.07.1990

Die Zeitung Gandiv berichtet, in den vergangenen Wochen seien in den Distrikten Dhading, Gorkha, Lamjung, Tanahun, Kaski, Palpa, Bara, Parsa und Jhapa mehr als 50.000 Menschen zum Christentum konvertiert worden. Insbesondere christliche Lehrer und Mediziner hätten sich dabei hervorgetan. Nach der Zeitung Janajagriti seien allein in Dhading 48.000 Personen an einem einzigen Tag durch finanzielle Anreize zum Übertritt bewegt worden.

(Gandiv, 02.07.1990; Janajagriti, 02.07.1990)

02.07.1990

Auf einem Treffen von Vertretern des Ministry of Education and Culture and der Nepal Teachers' Association in Kathmandu wird vereinbart, daß die Gehälter und Fortbildungsmöglichkeiten der Lehrer denen des öffentlichen Dienstes angepaßt werden. Gehälter und Zulagen sollen von der Regierung garantiert werden. Ferner wird eine weitreichende Änderung der Bildungsrichtlinien (= 8. Änderung) beschlossen.

(The Rising Nepal, 03.07.1990)

02.07.1990

In Bag Bazar (Kathmandu) eröffnet Madan Bhandari, der zentrale Sprecher der Nepal Communist Party (M-L) in Anwesenheit des chinesischen Botschafters, Li-Ta Pyao, formell das Zentralbüro seiner Partei.

(Nepalbhumi, 03.07.1990; Gorkhapatra, 04.07.1990; Dristi, 04.07.1990)

02.07.1990

Die Nepal Communist Party (Masal), eine der Parteien der United National People's Movement, erklärt ihre Unterstützung der Forderung der ULF nach Abschaffung der Panchayat-Verfassung und Promulgierung einer Übergangsverfassung. Die Übergangsregierung habe versagt in Fragen der politischen Lage des Landes, des Nationalismus, der Machtübertragung auf das Volk und der Übergangsverfassung. Man ruft daher alle linken Gruppen, einschließlich der linken Regierungsparteien zu gemeinsamem Vorgehen auf.

Mohan Bikram Singh, ein im Untergrund befindlicher Führer dieser Partei, erklärt in einem Interview der Zeitschrift Janajagriti, er betrachte das heutige Nepal als halb-koloniale und halb-feudale Nation. Diese Situation könne nur durch eine kapitalistisch-demokratische Revolution unter Führung des Proletariats beendet werden. Ein letzlicher Sieg sei nur durch bewaffneten Kampf möglich. Im Augenblick könne man jedoch besser innerhalb des Vielparteiensystems arbeiten. Das Vielparteiensystem könne nur durch eine verfassungsgebende Versammlung sichergestellt werden. Einen möglichen Sieg reaktionären Kräfte bei Wahlen zu einer solchen Versammlung bezeichnet er als lächerlich. Die Art der Ablehnung einer verfassungsgebenden Versammlung durch Ganesh Man Singh und andere erinnere an die Sprache von Königen, Panchas und Marich Man.

Ferner erklärt M.B. Singh, die indisch-nepalische Vereinbarung werde negative Einflüsse auf Nepals Wirtschaft, Industrie, Handel, Sicherheit und Außenpolitik haben. Indien habe immer versucht, Nepal zu einem zweiten Bhutan zu machen. Der Nepali Congress sei immer indienorientiert gewesen; seine Führer hätten gar gesagt, Nepal sollte sich mit Indien zusammenschließen. Die Übergangsregierung, welche im Interesse der indisch-sowjetischen Allianz arbeite, sei nun dem Anliegen des indischen Expansionismus nachgekommen. Die Panchayat-Diktatur habe den Disput zwischen Indien und China zum eigenen Machterhalt ausgenutzt. Aber selbst dann habe man China in dieselbe Kategorie wie die Sowjetunion eingeordnet. Aus geographischen Gründen müsse Nepal jedoch zu Indien und China auf die gleiche Distanz gehen. Zweifelsohne habe Nepal engere geographische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle

Beziehungen zum indischen Volk. Aber Nepal sähe sich auch einer größeren Gefahr durch den indischen Expansionismus ausgesetzt. (Janajagriti, 02.07.1990; Gorkhapatra, 03.07.1990)

02.07.1990

Die Regierung stellt das Verfahren gegen Krishna Prasad Shivakoti, den Herausgeber der Wochenzeitung Jwala, ein, welches unter Anwendung des Treason Act (1962) im Jahre 1985 wegen eines Artikels unter dem Titel "Nicht alle Nepali können Panchas sein", eingeleitet wurde. (Gorkhapatra, 03.07.1990)

02.07.1990

Vertreter des Bildungs- und Kulturministeriums und der Nepal Teachers' Association (NTA) erzielen eine Übereinkunft in diversen Streitpunkten: Ein besonderes Komitee soll Möglichkeiten der Bezuschussung der Schulen und der kostenlosen Schulausbildung bis zur Sekundarstufe untersuchen. Lehrer, die nach 1960 aus politischen Gründen aus dem Schuldienst entlassen worden sind, sollen innerhalb von drei Monaten wiederingestellt werden. Die NTA will eine Liste der betroffenen Personen zusammenstellen.

(The Rising Nepal, 03.07.1990)

02.-06.07.1990

Auf der Sitzung des Central Executive Committee's des Nepali Congress wird folgende Resolution verabschiedet: "Der derzeitige Ministerrat hat volle exekutive und legislative Vollmachten erhalten und kann ungehindert auf der Grundlage der Prinzipien der Demokratiebewegung agieren. Außerdem wird in naher Zukunft die neue Verfassung verkündet. Daher hält der Nepali Congress ein gesondertes Übergangsgesetz nicht für erforderlich." Auch zur stark diskutierten Religionsproblematik nimmt der Nepali Congress bei dieser Gelegenheit, wenn auch etwas unklar, Stellung: Nepal besitze traditionell eine religiöse Toleranz. Die Anhänger aller Religionen besäßen die gleiche Freiheit, ihren Glauben zu praktizieren. Die Tradition, daß der Königsthron nur einem Hindunachkömmling der Shah-Dynastie zustehe, müsse auch in der neuen konstitutionell-monarchischen Verfassung enthalten sein. Missionierung durch Drohung und Einschüchterung müsse weiterhin genauso verboten sein wie andere Aktivitäten, die darauf abzielten, die traditionelle religiöse Toleranz Nepals zu unterwandern. Schließlich fordert der Nepali Congress, die Minister, auch die ehemaligen des Panchayat-Systems, müßten ihr Vermögen im In- und Ausland erklären und die Mitglieder des aufgelösten Rastriya Panchayats sollten keine Pension erhalten.

(Gorkhapatra, 05.u.06.07.1990)

03.07.1990

Premierminister K.P.Bhattacharai eröffnet die 24. Jahrestagung der Federation of Nepalese Chambers of Commerce and Industry (FNCCI). Der Premierminister kündigt die baldige Formulierung einer neuen Industrie- und Handelspolitik nach Konsultationen mit Industriellen, Geschäftsleuten und Verbrauchern an. Ziel dieser neuen Politik solle eine gesunde Wettbewerbsatmosphäre im Bereich von Industrie und Handel sein.

K.P.Bhattacharai wehrt sich gegen die Vorwürfe, seine Vereinbarungen mit der indischen Regierung machten Nepal zu einem indischen Markt. Eher sei es das Ziel, Indien zu einem nepalischen Markt zu machen. Notfalls werde seine Regierung Schutzmaßnahmen für lokale Industrien einleiten. Gemeinschaftsunternehmen seien notwendig, um den Export nach Indien anzukurbeln. Nun flößen allmählich nepalische Produkte auf den indischen Markt. Als ein erstes Ergebnis könnten die Bauern der westlichen Entwicklungsregion faire Preise für ihre Produkte erzielen. Die Einfuhr indischer Produkte fördere den Wettbewerb auf dem nepalischen Markt. Der Premierminister fordert die nepalischen Unternehmer auf, selbst wettbewerbsfähiger zu werden, anstatt ständig staatliche Schutzmaßnahmen zu fordern. In ähnlicher Weise drückt sich am folgenden Tag auch die Industrie- und Handelsministerin, Frau Sahana Pradhan, aus. Die Entscheidung für industrielle Investitionen müsse vom Privatsektor selbst getroffen werden.

(Gorkhapatra, 04.u.05.07.1990)

03.07.1990

Die Nepal Communist Party (Fourth Convention) fordert die sofortige Abschaffung der Panchayat-Verfassung sowie die Verkündung eines Übergangsgesetzes. Man will Druck auf die Übergangsregierung ausüben, damit diese ihre Programme endlich realisiert. Sehr besorgt äußert man sich zu den indisch-nepalischen Vereinbarungen vom 10.Juni. Damit seien die ungleichen Verträge von 1950 und 1965 wieder zum Leben erweckt worden. Nepal werde zu einem ausschließlichen Markt für indische Güter. Dies werde Nepals Bemühungen um industrielle Entwicklung und Handelsweiterungen behindern. Die Abschaffung der Arbeitsverträge werde einen unkontrollierten Zustrom indischer Bürger nach Nepal bewirken.

(The Rising Nepal, 04.07.1990)

03.07.1990

Die Nepal Communist Party (Manandhar) bezeichnet den Besuch Premierminister K.P.Bhattacharais in Indien als erfolgreich. Er habe dazu

beigetragen, die indisch-nepalischen Beziehungen zu normalisieren. Gleichzeitig fordert man eine größere Einigkeit zwischen Nepali Congress und United Left Front. Kritik äußert man jedoch an der Zusammensetzung der neuen Stadträte und Distriktentwicklungskomitees und fordert deren Umbildung.

(The Rising Nepal, 04.07.1990)

03.07.1990

Die Nepal Journalists Association veranstaltet ein Kolloquium zum Entwurf der neuen Verfassung. Dort ergreifen auch einige Vertreter der Nepal Bar Association (NEBA) das Wort. Deren Vorsitzender, Basudev Dhungana, fordert, die Änderungen der Grundrechte und die Freiheit der Gerichte in einer öffentlichen Debatte zu diskutieren. Kusum Shrestha bezeichnet die Souveränität der Nation als die Grundlage der Verfassung. Die Rechte des Staates müßten in den Händen des Volkes und nicht in denen des Königs liegen. Nur dann könnte das Volk die Grundrechte genießen. Die zukünftige Verfassung müsse die Werte der Demokratie und den Geist der Volksbewegung für die Demokratie zum Ausdruck bringen. Es sei auch sehr bedenklich, daß in Armee- und Polizeikreisen geheime Rundschreiben zirkulierten, in welchen für einen souveränen Monarchen plädiert werde. Den Sicherheitssektor in die Politik zu integrieren, bedeute mit dem Feuer zu spielen.

(The Rising Nepal, 05.07.1990; Rastrapukar, 05.07.1990)

04.07.1990

Anstelle des am 10.Mai aufgelösten National Sports Council bildet König Birendra auf Vorschlag von Premierminister Bhattacharai und Minister K.J.Rayamajhi, dem Vorsitzenden des National Sports Council, ein neues Gremium. Sekretär wird Yuddha Bikram Shah; die weiteren Mitglieder sind Sudhir Lama (Schatzmeister), Madan Man Shrestha, Komal Bikram Shah, Raj Bahadur Singh und Raghu Raj Wanta.

Raj Bahadur Singh lehnt dieses Amt jedoch ab, da er zuvor nicht gefragt worden sei und außerdem kein Vertrauen auf die Nominierungen des Königs habe, die auf Vorschlag des Erziehungsministers (= eines der beiden Vertrauten des Königs im Ministerrat) erfolgt seien.

Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des Nepali Congress kritisiert das zentralisierte System der Nominierung von oben als undemokratisch und fordert, der National Sports Council müsse rekonstituiert werden.

(The Rising Nepal, 05.u.07.07.1990)

04.07.1990

Die von Padma Bahadur Budhathoki geleitete All Nepal Purification Peasants Organization unterbreitet Premierminister Krishna Prasad Bhattacharai einen Forderungskatalog: Die Landbesitzrechte sollten auf die Bearbeiter der Felder übertragen werden, den landlosen Bauern sollte Ackerland zugewiesen werden, die Guthi-Ländereien sollten verstaatlicht und im Namen der Pächter registriert werden, auf die Rückzahlung von Bankkrediten unter 10.000 Rupien sollte verzichtet werden und es sollte eine Düngemittelfabrik in Nepal errichtet werden.

(The Rising Nepal, 05.07.1990)

04.07.1990

Der Nepali Congress lehnt ein Übergangsgesetz endgültig als überflüssig ab. Wenn die linken Gruppen weiterhin auf einem derartigen Gesetz beharren, können ein Auseinanderbrechen der Regierungskoalition nicht ausgeschlossen werden.

Zur Frage der Religion erklärt der Nepali Congress, man stehe zur freien Religionsausübung in Übereinstimmung mit religiöser Toleranz, Geschichte und Kultur des Landes. Auch in der neuen Verfassung müsse jedoch festgelegt werden, daß nur ein Nachkomme der Shah-Dynastie und Anhänger des Hinduismus Anrecht auf den nepalischen Königsthron haben dürfe.

(Nepalipatra, 05.07.1990; The Rising Nepal, 05.07.1990)

05.07.1990

Der Nepal Sadhbhabana Parishad (= Nepal Good-will Party) erklärt auf einer Pressekonferenz im Hotel Panorama in Kathmandu, die Partei sei bereits 1983 gegründet worden, nachdem die Bevölkerungskommission unter Leitung von Dr. Harka Gurung der Regierung vorgeschlagen habe, der Tarai-Bevölkerung die Bürgerschaftsrechte zu verwehren und die offene Grenze zwischen Indien und Nepal zu schließen. Gajendra Narayan Singh, ein Abgeordneter des aufgelösten National-Panchayats, habe daher damals die Partei gegründet. Man habe jedoch nicht öffentlich arbeiten können. Selbst jetzt zeigten Nepali Congress und United Left Front Vorurteile gegenüber der Tarai-Bevölkerung. Daher sei der Parishad jetzt in eine Partei umgewandelt worden. Hauptanliegen sei die Autonomie des Tarai. Man fordere eine föderative Regierung in Nepal und eine autonome Tarai-Provinz.

(Nepali Avaj, 05.07.1990)

05.07.1990

Krishna Raj Varma, der Generalsekretär der Nepal Communist Party (Varma), erklärt, seine Partei fordere kein Übergangsgesetz. Die Übergangsregierung sei mit ausreichender Macht ausgestattet und die Constitution Recommendation Commission habe bereits vor einem Monat die Arbeit aufgenommen. Er begrüßt auch die jüngsten indisch-nepalischen Vereinbarungen, da diese den Problemen des Volkes ein Ende bereitet

hätten. Den Nepali Congress und die Parteien der ULF fordert er auf, ihre Streitigkeiten zu beenden.

(The Rising Nepal, 06.07.1990)

05.07.1990

Unter Führung von Gopal Jha bildet sich in Janakpur die Nepal Tarai Communist Party. Man lehnt die Diktatur des Proletariats ab und bekennt sich eindeutig zum Vielparteiensystem. Nepal müsse in vier regionale autonome Einheiten oder Provinzen geteilt werden, zwei im Tarai und zwei im Gebirge. Außen- und Verteidigungspolitik sollten in Händen der Zentralregierung liegen. Mit separatistischen Bewegungen sollten keine Kompromisse eingegangen werden. Die Madhise-Bevölkerung müsse laut Verfassung in jeder Hinsicht gleichberechtigt werden. Menschen aus niedriger Kaste sollte besonderer Schutz gewährt werden. Das Nepali sollte Nationalsprache bleiben, Hindi sollte jedoch zu einer Verbindungssprache gemacht werden. Außerdem müsse den anderen Sprachen konstitutionelle Anerkennung zukommen.

(Samiksha, 06.07.1990)

05.07.1990

In der British Council Assembly Hall findet die erste Generalversammlung von PEN Nepal statt. Nachdem diese Organisation unter dem Panchayat-System verboten war, hat die Übergangsregierung ihr nun offizielle rechtliche Anerkennung zukommen lassen.

(The Rising Nepal, 09.07.1990)

06.07.1990

Im Nirmal Niwas, der Residenz des jüngeren Bruders von König Birendra, Gyanendra, findet ein geheimes Treffen von Mitgliedern der Königsfamilie und Elementen des Palastes statt, die aufgrund des öffentlichen Bekenntnisses des Königs zur konstitutionellen Monarchie beunruhigt sind. Das Vielparteiensystem bedeute eine Gefahr für sie, den König, das Land und die königliche Familie. Prinz Gyanendra soll wörtlich gesagt haben: "Don't worry, things will be all right soon!"

(Vimarsha, 13.07.1990)

08.07.1990

Auf Vorschlag des Chief Justice verlängert König Birendra die Amtsdauer von fünf weiteren Richtern des Obersten Gerichtshofs und neun Richtern der regionalen Gerichtshöfe um weitere drei Jahre. Diese Maßnahme wird von einigen Mitgliedern der Verfassungskommission, nämlich Bharat Mohan Adhikari, Nirmal Lama und Madhav Kumar Nepal, scharf kritisiert. Der König habe damit die Vormachtstellung der neuen Verfassung mißachtet. Es lägen eine ganze Reihe wertvoller Vorschläge für den judikativen Bereich der Verfassung vor.

(Gorkhapatra, 08.07.1990; Vimarsha, 13.07.1990)

09.07.1990

Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der Verfassungskommission, erklärt in einem Interview der Zeitung Samalochana, das Volk und die politischen Parteien forderten, die Souveränität müsse beim Volk liegen. Es gebe in dieser Hinsicht jedoch technische Legalitäten, die kaum zu lösen seien. Wer solle die Quelle der Verfassung sein? Würde die Verfassung von einer verfassunggebenden Versammlung verabschiedet, läge die Souveränität beim Volk; aber für diesen Weg habe man sich ja nicht entschieden. Werde die Verfassung vom König verliehen, in welcher Kapazität geschehe dies dann? Die Situation werde jeden Tag komplizierter, so daß selbst die jetzt erreichten Bedingungen zusammenbrechen könnten, wenn man bis nach der Wahl eines Parlamentes warte.

(Samalochana, 09.07.1990)

10.07.1990

Auf Vorschlag des Ministerrats setzt König Birendra eine Reihe von Artikeln der Panchayat-Verfassung außer Kraft. Es handelt sich um die Artikel 18-19, 20A, 30-33, 34-54, 55, 56 (Abs.1-3), 57, 62-65, 78B (Abs.1-3), 86A und 92-95. Es hatte sich nämlich ergeben, daß die Übergangsregierung nicht einmal den Etat präsentieren konnte, weil immer noch alle Macht in Händen des Königs lag. Jene Artikel der Verfassung, welche König Birendra jedoch die absolute Macht und Souveränität zuerkennen, bleiben nach wie vor in Kraft.

(Gorkhapatra, 11.07.1990; Vimarsha, 13.07.1990)

11.07.1990

Die Constitution Recommendations Commission teilt mit, daß 6000 Vorschläge für die neue Verfassung eingegangen seien. Die endgültige Zahl könne sich jedoch noch auf 8000 erhöhen.

(The Rising Nepal, 12.07.1990)

12.07.1990

Amnesty International bittet Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in einem Memorandum, eine langfristige Initiative zur Garantierung der Menschenrechte in Nepal zu starten. Nepal sei zwar eines der ersten Länder, welches die UN-Vereinbarung zu den Rechten der Kinder realisiere, doch habe es noch nicht die wichtigsten Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte in Angriff genommen. Nepal solle sich auch dem UN-Abkommen gegen Folter anschließen, den zweiten alternativen Vertrag zur zweiten Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnen und die 12 im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen von 1985 noch inhaft-

tierten Personen freilassen. AI beklagt außerdem, das nepalische Recht ermögliche es den Opfern nicht, gerichtlich gegen Foltermaßnahmen vorzugehen. Die Gefängnisse sollten von einer unabhängigen Institution überwacht werden, und die Familien der Inhaftierten sollten umgehend über die Umstände der Verhaftungen informiert werden.

(Samaj, 13.07.1990)

12.07.1990

Die United Left Front betont auf einem Treffen in Kathmandu noch einmal die Notwendigkeit einer Übergangsverfassung. Die bloße Suspendierung ohnehin schon nicht mehr aktiver Artikel der Panchayat-Verfassung trüge nicht zu einer Stärkung der Übergangsregierung bei. Solange es kein Übergangsgesetz gebe, werde die Regierung durch Dekret in Nepal fortgesetzt.

(The Rising Nepal, 13.07.1990)

12.07.1990

Die National Democratic Party (Thapa) beklagt, daß die angekündigte Preisreduzierung für Bedarfsgüter ein purer Slogan gewesen sei. Die Regierung habe sich als unfähig erwiesen, die Preise zu kontrollieren. Die Nachfolgeorganisation des Panchayat-Lagers wirft der Regierung all das vor, was man selber 30 Jahre lang praktiziert hat: Warenmangel, Preissteigerung, Korruption und Sicherheitsgefährdung aufgrund der Aufruhr im Justiz und Bildungsbereich.

(Nepali Avaj, 13.07.1990)

12.07.1990

Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey präsentiert einen Ergänzungshaushalt für das fiskalische Jahr 1989-90 über ca. 500 Millionen Rs. reguläre Ausgaben und ca. 200 Millionen Rs. für Entwicklungsmaßnahmen. Trotz einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist dieser Nachtrag notwendig, da sich das Bevölkerungswachstum und der Handelskonflikt mit Indien besonders nachteilig auswirkten.

(Gorkhapatra, 13.07.1990)

12.-13.07.1990

Die Lawyers' Association of Women (LAW) und der Nepal Centre for Women and Children Affairs (NCWCA) veranstaltet gemeinsam ein zweitägiges Seminar zum Schutz der Frauenrechte in der neuen Verfassung. Die Ministerin für Industrie und Handel, Frau Sahana Pradhan, beklagt in ihrer Eröffnungsansprache das trostlose Schicksal der nepalischen Frauen in den vergangenen 30 Jahren und betont die Rolle, welche die Frauen in der Demokratiebewegung gespielt haben. Sie fordert die Frauen auf, gemeinsam mit den Männern die Sozialstruktur zu verändern, welche die Frauen diskriminiere, und ihren Beitrag zur Entwicklung der Nation zu leisten.

(The Rising Nepal, 13.07.1990)

13.07.1990

Über Rundfunk und Fernsehen verkündet Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey den neuen Haushalt für das Jahr 1990-91. Dieser Etat sieht eine Steigerung von ca. 1,7 Milliarden Rs. gegenüber dem Vorjahreshaushalt auf insgesamt 19,791 Milliarden Rs. vor. Hiervon sind rund 10 Milliarden durch das Steueraufkommen und weitere 2,5 Milliarden durch auswärtige Hilfsleistungen gedeckt. Das verbleibende Haushaltsdefizit von 7,1 Milliarden Rs. soll durch ausländische und inländische Anleihen gedeckt werden.

Der Etat sieht eine Erhöhung des Steueraufkommens um ca. 500 Millionen Rs. durch Änderungen des Steuerrechts vor. So soll ab 25 Millionen Rs. eine Vermögensteuer erhoben werden. Die untere Einkommensteuergrenze wird für Ledige von 15.000 Rs. auf 20.000 Rs. und für Verheiratete von 20.000 Rs. auf 30.000 Rs. erhöht. Danach erhöht sich der Steuersatz progressiv bis zur Höchstgrenze von 50%. Die Lizenzgebühren des Casinos werden von 3 auf 6 Millionen Rs. angehoben, die Flughafengebühr für internationale Flüge von 300 Rs. auf 450 Rs. Die Mehrwertsteuer für Zigaretten wird um 10% erhöht, die Verkaufssteuer für Branntwein auf 40%. Gleichzeitig werden die Steuern für Zucker und Bier gesenkt.

Um eine Preisreduzierung auf dem Markt herbeizuführen, werden die Einfuhrzölle für Kohle und Linsen abgeschafft und für andere Güter wie Gewürze, Babynahrung, Baumwollkleidung, Medizin und Aluminiumwaren um 33-50% sowie für Eisenstangen und -matten, Metallbehälter, Zement und Ziegel um 10-50% gesenkt. Unter Vorsitz des CDO in Kathmandu wird ein Komitee zur Überwachung der Preise für Bedarfsgüter gebildet, welches sich aus Vertretern des Nepali Congress, der United Left Front und anderer NGO wie der Federation of Nepalese Chambers of Commerce and Industries, der Nepal Chamber of Commerce und der Nepal Housewives Association zusammensetzt.

(Gorkhapatra, 14.07.1990; The Rising Nepal, 14.07.1990)

14.07.1990

Auf einer Massenveranstaltung zum Thema "Nepals nationale Identität und das indisch-nepalischen Verhältnis", organisiert von der Nepal Communist Party (Masal) erklären fast alle Redner, Indien habe immer die nationale Identität Nepals bedroht. Die Übergangsregierung sei in dieser Frage nicht sensibel genug. Der Partisprecher Chitra Bahadur K.C. beschuldigt die Regierung, sie könne die Rechte und die Sicherheit

des Volkes nicht schützen und sei daher kein rechtmäßiger Vertreter. Es seien zwar hunderte von Schmugglern, Kriminellen und Verrätern freigelassen worden, doch säßen immer noch politische Gefangene in Haft. Die Regierung habe die Schießereien in Dang, Rukum und Baglung veranlaßt und könne die andauernde Zerstörung der Wälder nicht stoppen, das Verwaltungssystem nicht ändern und Frieden und Sicherheit nicht garantieren.

(Samaj, 15.07.1990)

14.07.1990

Der indische Botschafter in Nepal, S.N. Sinha, erklärt, Nepal könne keine gleichen Beziehungen zu Indien und China unterhalten. Indien habe mit Sicherheit in jedem Bereich ein besonderes Verhältnis zu Nepal. Die gleiche Art Beziehung könne Nepal nicht zu China haben. Die derzeitige Beziehung Nepals zu China paßt Indien nicht.

(Deshantar, 15.07.1990)

14.07.1990

Kronprinz Dipendra kehrt nach Abschluß seiner Studien am Eton College in Großbritannien nach Nepal zurück.

(The Commoner, 16.07.1990)

15.07.1990

Eine Delegation des Refugee Camp Cooperation Committee's in Bhutwal wird bei Premierminister K.P.Bhattacharya vorgestellt. In diesem Lager in Bhutwal leben allein 14.000 der etwa 60.000 seit Juli 1987 gewaltsam aus dem indischen Meghalaya vertriebenen Nepali. Die Delegation fordert die Wiederbeschaffung des geplünderten Eigentums oder Schadensersatz, Arbeitsstellen und nepalische Staatsbürgerschaftsbescheinigungen.

(Gorkhapatra, 16.07.1990)

16.07.1990

Die Palastabteilung, welche für besondere Petitionen zuständig ist, wird auf Antrag des Premierministers geschlossen, da ihr keine Funktion mehr zukommt.

(The Rising Nepal, 16.07.1990)

16.07.1990

Alle Büros der Zonal Commissioners werden aufgelöst. Das Inventar wird den jeweiligen Distriktverwaltungen übergeben. Die offiziellen Dokumente werden an die betroffenen Ministerien geschickt.

(The Rising Nepal, 12.07.1990)

17.07.1990

Die Wochenzeitung Matribhumi wendet sich in dem Artikel "Nepal: A Man Selling Nation" mit dem Problem des Menschenverkaufs nach Indien an die Öffentlichkeit. Diese Praxis sei durch die bewußte Mißachtung des Schmuggels seitens der abgesetzten korrupten Regierung gefördert worden. Selbst soziale Organisationen seien in den Menschenhandel verwickelt gewesen. Auch die neue Regierung könne sich nicht von der Verantwortung freisprechen, da die korrupten Beamten der alten Regierung immer noch im Amt seien. Betroffen vom Menschenhandel sind vor allem Mädchen, Jugendliche und Kinder. Diese werden unter dem Vorwand der Arbeitsvermittlung an Bordells in Indien verkauft. Besonders schmerzlich sei, daß man immer noch keine Maßnahmen gegen diese Praxis eingeleitet habe. Erst kürzlich hatte Rajaram Singh Thapa einen privaten Untersuchungsbericht vorgelegt, den er seit 1979 erstellt hatte. Demnach sind mehr als 86.000 nepalische Mädchen an 200 Bordelle in diversen indischen Städten verkauft worden. Die Untersuchungen in 71 nepalischen Distrikten hätten ergeben, daß besonders viele Mädchen aus dem Nuwakot-Distrikt stammten. R.S. Thapa hat die Namen aller 86.000 Frauen sowie die ihrer Entführer in einem 6.100 Seiten umfassenden Bericht gesammelt und diesen bereits 1986 der damaligen Panchayat-Regierung vorgelegt, die allerdings kein Interesse gezeigt habe.

(Matribhumi, 17.07.1990; Deshantar, 01.07.1990; Jwala, 09.07.1990)

18.07.1990

Die All Nepal Peasant's Organization legt Premierminister Krishna Prasad Bhattarai einen Katalog mit 13 Forderungen zu agrarischen Problemen vor. Darin wird u.a. die Bildung einer Kommission zum Zwecke der Rück siedelung illegaler Siedler in diversen Gegenden des Landes sowie die Aufstellung von Statistiken über zu Zwecken der Verteilung zur Verfügung stehendes Land für landlose und arme Bauern. Es sollten Mindestlöhne für Landarbeiter festgesetzt werden, und landwirtschaftliche Kredite sollten zu einer Zinsrate von 5% zur Verfügung gestellt werden. Das Landwirtschaftsministerium weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß illegale Siedler in Anbetracht des dezimierten Waldbestandes keinerlei Land zugewiesen bekommen sollen. Das Ministry of Housing and Physical Planning werde sich um Unterkünfte für landlose Menschen bemühen.

(The Rising Nepal, 19.07.1990; Gorkhapatra, 18.07.1990)

Mitte Juli 1990

Die Nepal Law Society veranstaltet in Kathmandu in Zusammenarbeit mit der Danish International Development Agency (DANIDA) ein dreitägiges Seminar zur Rolle der politischen Parteien bei der Weiterent-

wicklung der Demokratie in Nepal, an welchem namhafte Parteiführer und auch Premierminister K.P.Bhattacharya teilnehmen.

(The Rising Nepal, 18.07.1990; Gorkhapatra, 20.07.1990)

24.07.1990

Das Jaleswor Committee des Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) legt seinen Bericht über eine Untersuchung im Jaleswor-Gefängnis vor. Demnach sind dort noch 14 Personen aufgrund falscher Beschuldigungen des Panchayat-Regimes inhaftiert. Diese Personen würden nach wie vor mißhandelt, gefoltert, erhielten nicht ausreichende medizinische Betreuung und dürften keine Zeitungen lesen.

Samaj, 25.07.1990

24.07.1990

Verletzte Opfer der Demokratiebewegung, die zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Unterstützung in einen Hungerstreik getreten waren, beenden den Hungerstreik, nachdem sich Vertreter des Innen- und des Gesundheitsministeriums sowie der Menschenrechtsorganisationen eingeschaltet haben und Premierminister K.P.Bhattacharya eine Überprüfung und mögliche Erfüllung der Forderungen in Aussicht gestellt hat.

(The Rising Nepal, 28.07.1990)

24.07.1990

Unter Führung von Dhanapati Poudyal wird die Liberal Democratic Party of Nepal gegründet. Weitere führende Mitglieder sind Diwaker Sharma, Yagya Hari Poudyal, Baburam Gautam, Tolanath Sapkota, Prem Prasad Sapkota und Moti Prasad Sharma.

(The Rising Nepal, 25.07.1990)

26.07.1990

Die Tageszeitung Samalochana berichtet unter Berufung auf höchste Quellen, das Verhältnis zwischen König und Ministerrat sei instabil und wenig herzlich. Wiederholt sei der Ministerrat vom König übergangen worden. Manchmal treffe der König entgegen seinen Zugeständnissen Personalentscheidungen ohne vorherige Konsultation des Ministerrats. Das Vertrauen des Volkes in den König schwinde dahin, weil der König wieder seinem alten politischen Pfad folge, während das Blut des Volkes noch nicht getrocknet sei. Im politischen Bereich sei zu spüren, daß der Palast in dieser kritischen Situation der Uneinigkeit zwischen Nepali Congress und United Left Front wieder nach der Macht greife.

(Samalochana, 26.07.1990)

26.07.1990

Auf einem Treffen von Lehrern, Ingenieuren, Künstlern, Industriellen, Geschäftsleuten, Medizinern und Journalisten wird ein siebenköpfiges Komitee zur Bildung einer Nicht-Regierungsorganisation unter dem Namen "Campaign to Protect Environment - Nepal" gewählt. Ziele dieser Organisation sind die Förderung von Entwicklungsarbeit, Bildung und Alphabetisierung, Basisgesundheits- und Umweltschutz. Koordinator des Komitees ist Badri Khatiwada. Die weiteren Mitglieder sind Dr. Sundarmani Dixit, Bhairab Risal, Iswor Pant, Dipak Dhungel, Rajan Shrestha und Hem Bahadur Bista.

(Samaj, 29.07.1990)

27.07.1990

Auf einer öffentlichen Veranstaltung in Bhaktapur teilt Nirmal Lama, der Führer der Nepal Communist Party (Fourth Convention), mit, er sei aus der Verfassungskommission zurückgetreten. Da Frau Shana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front, diesen Rücktritt nicht akzeptiert habe, werde er ihn direkt bei der Verfassungskommission einreichen. Er glaube zwar daran, daß der Verfassungsentwurf völlig demokratisch sein werde, aber er zweifle daran, daß der König ihn in dieser Form akzeptieren werde.

(Samalochana, 29.07.1990; Nepali Avaj, 03.08.1990)

27.07.1990

Eine Delegation unter Leitung von Radha Krishna Mainali wird bei Premierminister K.P.Bhattacharya vorgestellt und verlangt die Suche nach allen vermißten Personen sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen. Der Premierminister sagt die Bildung einer entsprechenden Kommission zu.

(Gorkhapatra, 28.07.1990)

27.07.1990

Zur Überwachung der Verbraucherpreise und der Versorgungslage wird ein 14köpfiges Preiskontrollkomitee gebildet.

(The Rising Nepal, 26.07.1990)

27.07.1990

Mit der Unterschrift des Königs wird die Änderung bzw. Abschaffung einiger Gesetze rechtskräftig: So wird u.a. Artikel 13 (a) des Civil Code's abgeschafft, wonach Mord oder Beihilfe zum Mord mit dem Tode bestraft wird. Das Press and Publications Act - 2037 B.S. und das Organization Control Act - 2019 B.S. werden gänzlich abgeschafft.

(The Rising Nepal, 30.07.1990)

27.07.1990

Prof. K.P. Malla, eine der renommiertesten Persönlichkeiten der Tribhuvan University erklärt in einem Interview des Nepali Avaj, er betrachte Girija Prasad Koirala, den Generalsekretär des Nepali Congress als

hauptverantwortlich für den politischen Konflikt und die Meinungsverschiedenheiten im Regierungslager, weil er sich selbst linken Kräften innerhalb des Nepali Congress widersetze. Die Linksfrente sei in mehrere politische Fraktionen gespalten. Unter dem Vorwand ideologischer Differenzen beschäftige man sich mit trivialen Dingen. Die Linksparteien täten besser daran, die kommenden Wahlen gemeinsam zu bestreiten. Der Nepali Congress wiederum dürfte im Falle eines Alleinganges bei den Wahlen besser dastehen. Auf jeden Fall würde sich eine Zusammenarbeit mit den ehemaligen Panchas günstiger auswirken als ein Bündnis mit den Linken.

(Nepali Avaj, 27.07.1990)

27.07.1990

Die Mitte der fünfziger Jahre von K.I.Singh gegründete United Democratic Party bildet zwecks Reorganisation der Partei und Vorbereitung einer baldigen Konferenz ein vierköpfiges Sonderkomitee unter Vorsitz von K.B.Shahi; die weiteren Mitglieder sind Kesab Chandra Gautam, Prem Bahadur Shakya und Triveni Kurmi.

(Gorkhapatra, 28.07.1990)

28.07.1990

Die Gorkhali Rubber Udyog Ltd. plant den Bau der ersten nepalischen Reifenfabrik, welche in 10 Monaten die Produktion aufnehmen soll. Die Fabrik soll jährlich 88.000 Reifen produzieren.

(Sunday Despatch, 29.07.1990)

28.07.1990

Premierminister Krishna Prasad Bhattarai erklärt, der Entwurf der neuen Verfassung werde innerhalb eines Monats vorliegen. Die Verfassungskommission ist jedoch weiterhin nicht in der Lage, sich auf einen Termin festzulegen. Das nepalische Volk weiß allerdings weiterhin nicht, auf welche Weise die Verfassung entworfen wird und wo sie zur Zustimmung vorgelegt wird.

(Desahantar, 29.07.1990)

29.07.1990

Nach der Rücktrittserklärung Nirmal Lamas, des Generalsekretärs der Nepal Communist Party (4th General Assembly), als Mitglied der United Left Front und deren Vertreter in der Verfassungskommission bringt die United Left Front auf einer Krisensitzung ihren Unmut über den abermaligen Entscheidungsalteingang König Birendras zum Ausdruck. Man wolle auf die Straße gehen, um gegen die mögliche Übernahme der Verfassung durch den König zu protestieren. Der Rücktritt Nirmal Lamas wird nicht angenommen; alle linken Führer bitten Nirmal Lama, seinen Rücktritt zurückzunehmen. Hauptkritikpunkt Nirmal Lamas ist die Weigerung des Regierungspartners, des Nepali Congress, ein Übergangsgesetz zu schaffen.

Bei einem Treffen mit Premierminister Krishna Prasad Bhattarai können Vertreter der United Left Front Übereinstimmung darin erzielen, den König aufzufordern, alle ihm noch verbliebenen Vollmachten auf den Ministerrat zu übertragen und alle seine Verpflichtungen nur nach Beratung durch den Ministerrat auszuüben.

Aufgrund dieser Vereinbarungen stellt Nirmal Lama sein Rücktrittsuchen zurück.

(Samalochana, 30.07.1990; Daily Diary, 30.07.1990; Dristi, 01.08.1990; Nepali Avaj, 03.08.1990)

29.07.1990

Die Bewohner von Bidurtar, im Nuwakot-Distrikt, haben entdeckt, daß nach dem Massaker vom 6. April eine Lastwagenladung menschlicher Leichen in den Trisuli-Fluß gekippt wurde. Augenzeugen berichten, der Lastwagen sei bei Nacht zurückgekehrt.

(Daily Diary, 30.07.1990)

29.07.1990

Die Human Rights Organization of Nepal (HURON) fordert die sofortige Bestrafung jener Krimineller, die aktiv bei der Unterdrückung der Demokratiebewegung mitgewirkt haben. In gleicher Weise fordert man eine Generalamnestie bzw. die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich Ram Raja Prasad Singhs und anderer Personen, die im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen von 1985 inhaftiert sind. Andererseits verurteilt man die Freilassung notorischer Krimineller und Schmuggler ohne vorherige juristische Überprüfung. HURON fügt dieser Erklärung noch einen Aufruf an die Regierungen von Sri Lanka und Israel an, die Menschenrechte zu beachten.

(Gorkhapatra, 29.07.1990)

29.07.1990

Zur Reduzierung der Staatsausgaben werden Überstunden sowie der übermäßige Gebrauch von Elektrizität, Heizgeräten, Ventilatoren, Telefonen und Fotokopiergeräten untersucht.

(The Rising Nepal, 30.07.1990)

29.07.1990

Unter Vorsitz des früheren Staatsministers Jaya Prakash wird eine neue Partei unter dem Namen Rastriya Janata Party gegründet. Die neue Partei bekennt sich zu Frieden, Wahrheit, Gewaltlosigkeit, dem Hindu-Staat, den Menschenrechten, dem Sozialismus, der Vielparteiendemokratie und der konstitutionellen Monarchie. Jaya Prakash erklärt, er

habe keine andere Wahl gehabt, diese neue Partei zu gründen, da seine Bemühungen, die beiden National Democratic Parties zu einigen ohne Erfolg gewesen seien. Lokendra Bahadur Chand sei zur Vereinigung bereit gewesen, Surya Bahadur Thapa jedoch nicht.

(Gorkhapatra, 30.07.1990; The Commoner, 01.08.1990; Samiksa, 03.08.1990)

Ende Juli 1990

Chetri, Kumai und Brahmanen bilden eine kommunale Organisation unter dem Namen "All Nepal CHHEKUBRA Committee". Vorsitzender ist Gyan Nath Silwal. Man strebe gute Beziehungen zu anderen kommunalen Organisationen und die Mitgliedschaft in der Federation of Ethnic Communities an.

(Samaj, 29.07.1990)

Ende Juli 1990

Der bekannte amerikanische Politikwissenschaftler Leo E. Rose erklärt auf einer Veranstaltung der amerikanischen Botschaft in Kathmandu, er betrachte vier Parteien, nämlich Nepali Congress, die National Democratic Party (Chand- und Thapa-Gruppen gemeinsam), die Nepal Communist Party (ML) und die Nepal Communist Party (Mas(h)al) als Favoriten der kommenden Wahlen.

(Sunday Despatch, 29.07.1990)

Ende Juli 1990

Die Nepal Environmental Journalists' Association veranstaltet in Kathmandu ein zweitägiges Seminar zum Thema "Environmental News and Feature Writing". Schwerpunkt des Seminars ist die Wasserverschmutzung, die gerade im laufenden Jahr zu einer besonders hohen Zahl von Opfern infolge von Magen- und Darmerkrankungen geführt hat (bis Ende Juli 331 Tote).

(Samaj, 31.07.1990; The Commoner, 02.08.1990)

30.07.1990

Die drei Vertreter der United Left Front im Ministerrat protestieren bei Premierminister Krishna Prasad Bhattarai gegen die Haftentlassung von Schmugglern. Obgleich sie über diese Freilassungen nicht informiert worden seien, habe Innenminister Yog Prasad Upadhyaya erklärt, die Schmuggler seien aufgrund eines Ministerratsbeschlusses aus der Haft entlassen worden.

(Manch, 31.07.1990)

30.07.1990

Die Authority Abuse Control Commission (AACC) beschließt, einige hochrangige Persönlichkeiten der Panchayat-Ära wegen Bestechlichkeit und ungesetzlichen Verhaltens zu belangen. Zu diesen Personen gehören auch 12 ehemalige Parlamentsabgeordnete, darunter Marich Man Singh Shrestha, zuletzt Premierminister, Niranjan Thapa, zuletzt Innenminister, Dipak Bohara, Prakash Bahadur Singh, Jit Singh Khadka, Padam Bahadur Sapkota und Krishna Prasad Upreti. Marich Man Singh Shrestha und Niranjan Thapa sind zwischenzeitlich untergetaucht. Die AACC betont, es lägen jedoch ausreichende Beweise gegen sie vor.

(Matribhumi, 31.07.1990)

30.07.1990

In politisch bewußten Kreisen der nepalischen Bevölkerung wächst die Sorge über die zunehmende Uneinigkeit im Regierungslager. Nepal brauche zumindest noch für einige Jahre das Bündnis von Nepali Congress und Linksparteien.

(Samalochana, 31.07.1990)

31.07.1990

Die Wochenzeitung Matribhumi macht auf die Umtriebe einiger anti-sozialer Elemente aufmerksam, die nepalische Jugendliche unter dem Vorwand der Arbeitsvermittlung ins Ausland locken. Zwischenstation auf dem vorgeblichen Weg nach Malaysia und Südkorea ist Bangkok, von wo sie dann zu härtester Arbeit in entlegene Urwaldgebiete verschleppt werden. Nur wenigen ist es bisher gelungen, von dort zu fliehen. Diese beschuldigten die beiden Nepali Krishna B. und G.B.Karki sowie Abraham Josh aus dem südindischen Unionsstaat Kerala, nepalische Jugendliche auf diese Weise um Millionen von Rupien betrogen zu haben. Weder die nepalische Botschaft in Bangkok, noch die nepalische Polizei noch die indische Botschaft in Kathmandu waren bereit, sich der Sache anzunehmen. Die Beschuldigten sind zwischenzeitlich untergetaucht.

(Matribhumi, 31.07.1990)

31.07.1990

Die Tageszeitung Nepalpost kommentiert zur Diskussion über die Abschaffung der Todesstrafe in Nepal: Einige Gesetze und Paragraphen, auf deren Grundlage die Todesstrafe ausgesprochen werden konnte, sind für null und nichtig erklärt worden. Damit sind aber Staatsverbrechen nicht ausgeschlossen. In Nepal ist die Zahl derer, die auf illegale Weise getötet werden, wesentlich höher als die Zahl der auf gesetzlicher Grundlage Getöteten. In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, daß insbesondere in Lalitpur, Ilam, Dhanusha und Mahottari Menschen getötet worden sind, von denen es dann hinterher hieß, sie hätten während des Transportes von einem Gefängnis zum anderen versucht zu fliehen. Es muß den Menschenrechts-

organisationen garantiert werden, daß derartige Dinge nicht mehr vorkommen.

(Nepalpost, 31.07.1990)

31.07.1990

Die Nepal Sarvodaya Samajvadi Prajatantrik Party veröffentlicht ihr Parteimanifest. Man bekennt sich zur konstitutionellen Monarchie auf der Grundlage sozialistischer Prinzipien, einer Verfassung aus der Verantwortung des Volkes, der Souveränität des Volkes, nationaler Identität, wirtschaftlicher Unabhängigkeit, sozialer Gleichheit und einer bündnisfreien Außenpolitik. Ferner lehnt man Säkularismus ab, unterstützt jedoch die Religionsfreiheit. Der Vorsitzende, Pitambar Gautam, betont, daß man die Verwendung kontroverser Begriffe wie "gemeinsamer Flüsse und Berge", die sich in den jüngsten indisch-nepalischen Vereinbarungen finden, ablehne.

(The Rising Nepal, 01.08.1990)

31.07.1990

Bei einer Untersuchung des Gesundheitsministeriums werden im Trinkwasser des Kathmandutals 9000 Keime pro 100 ml Wasser festgestellt. Es klinge wie Ironie, daß zum Abschluß der Dekade für sauberes Trinkwasser und Sanitation 40-80% des Trinkwassers verschmutzt seien, schreibt der Rising Nepal.

(The Rising Nepal, 01.08.1990)

31.07.1990

Die All Nepal National Independent Students Union (Fifth) veranstaltet in Kathmandu eine Demonstration gegen den Militäreinsatz der sri-lankischen Regierung zur Lösung der kommunalen Probleme. Am Haus des sri-lankischen Ehrenkonsuls überreicht man ein entsprechendes Memorandum, welches an den Präsidenten von Sri Lanka adressiert ist.

(The Rising Nepal, 01.08.1990)

01.08.1990

Die beiden Nachfolgeparteien des Panchayat-Lagers, die beide unter dem Namen National Democratic Party laufen, beschuldigen einander, vom Palast aus gelenkt zu werden. Die Chand-Gruppe präsentiert 65 Tage nach ihrer Gründung ein 16seitiges, aussagearmes Manifest. Lokendra Bahadur Chand erklärt bei dieser Gelegenheit, seine Partei sei für keine Dinge verantwortlich, die sich vor ihrer Gründung ereignet hätten.

(Vimarsha, 03.08.1990; Samaj, 02.08.1990)

01.08.1990

Die Wochenzeitung Dristi macht auf die sich häufenden Menschenrechtsverletzungen der bhutanischen Regierung gegenüber der starken nepalischen Minderheit des Landes aufmerksam. Die betroffene Bevölkerung habe zwischenzeitlich eine Menschenrechtsbewegung gegen die, wie es heißt, tyrannische Herrschaft des bhutanischen Königs, Jigme Singe Wangchuk, gestartet. Zur Unterstützung dieser Bewegung sei in Kathmandu auf Veranlassung des Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) eine Bhutan Support Group gegründet worden, die sich um internationale Unterstützung der bhutanischen Bewegung bemühe. Im vergangenen Jahr habe die bhutanische Regierung zwei ihrer Bürger in Ostnepal gekidnappt und nach Bhutan verschleppt. Eine dieser beiden Personen, Ratna Gajmer, sei in der Haft gestorben, die andere Person, Tek Nath Rijal, sei immer noch inhaftiert. Hunderte nepalstämmiger Bhutanesen hätten in bhutanischen Gefängnissen schwerste Folterungen zu ertragen.

(Dristi, 01.08.1990)

01.08.1990

Premierminister K.P.Bhattarai kündigt eine baldige Auslandsreise an, die ihn in die USA und zuvor einige europäische Länder, wie die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Österreich führen wird. Ziel der Reise soll der weitere Ausbau der Beziehungen zu diesen Ländern nach dem politischen Wandel in Nepal sein.

(Rastrapukar, 02.08.1990)

01.08.1990

Die Nepal Janahit Party bildet einen 85köpfigen Zentralvorstand. Vorsitzender ist Dhan Bahadur Basyal.

(Gorkhapatra, 02.08.1990)

02.08.1990

Die Mitglieder der Verfassungskommission sollen den Verfassungsentwurf im Marko Guest House, in der Nähe der Chanmon-Kaserne in Kulekhani (Makwanpur-Distrikt), unter völliger militärischer Abschirmung ausarbeiten. Nur der Premierminister soll ungehinderten Zugang haben. Hierdurch sollen alle Arten äußerer Einmischung ausgeschlossen werden. Das Marko Guest House, ein Relikt der Rana-Zeit, diene bereits in der Panchayat-Ära häufig Geheimtreffen.

(Vimarsha, 03.08.1990)

02.08.1990

Die United Left Front veröffentlicht folgende Erklärung: "Obgleich im Prinzip die gegenwärtige Übergangsregierung eine Koalition von Nepali Congress und United Left Front ist, sind falsche Arbeitsschritte und Aktionen unternommen worden, die dem Prinzip einer Koalition entgegenstehen. Führer des Nepali Congress haben negative Erklärungen abgege-

ben, welche im Gegensatz zu jenem Verständnis stehen, welches von beiden Seiten im Verlauf der Demokratiebewegung geschaffen worden ist. Es scheint manchmal, daß organisierte Anschläge gegen das, was im Verlauf der Bewegung erreicht wurde, unternommen werden. Beispielsweise sind die gegen das Volk gerichteten Vorkehrungen der Verfassung von 1962 immer noch in Kraft. Selbst nach der Erklärung, daß alle legislative und exekutive Macht auf den Ministerrat übertragen worden sei, handelt der König immer noch in Absprache mit dem Staatsrat (Raj Sabha). Außerdem hat es wirtschaftliche Unregelmäßigkeiten gegeben, und hochrangige Beamte, die sich durch die Unterdrückung der Demokratiebewegung hervorgetan haben, sind immer noch im Amt und es gibt Beweise, daß sie vom Palast gedeckt werden. All dies kann sogar den Übertragungsprozeß der Souveränität auf das Volk blockieren. Dies unterstreicht auch die Berechtigung der Forderung der United Left Front nach einem Übergangsgesetz."

Eine vierköpfige Delegation habe diese Probleme sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität der Übergangsregierung am 30.Juli mit Premierminister Krishna Prasad Bhattarai besprochen. Die United Left Front betrachte die Situation mit Sorge.

(Gorkhapatra, 03.08.1990)

02.08.1990

Infolge des nun schon wochenlangen Arbeitskampfes der Industriearbeiter wegen der unzureichenden Gehaltserhöhungen haben hunderte von Industriebetrieben im Tarai die Produktion einstellen müssen, darunter auch solche, die Reis, Linsen und Öl produzieren. Die ohnehin niedrigen Gehälter der Industriearbeiter waren um 23% erhöht worden, die der niedrigen Beamten im Staatsdienst jedoch um 39%.

(Nepali Avaj, 03.08.1990)

02.08.1990

Es ist eine zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung über den anhaltenden Preisanstieg festzustellen. Die von offizieller Seite nach dem Abkommen mit Indien angekündigte Besserung der Lage ist bisher ausgeblieben. Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Linsen, Gemüse, Salz, Zucker und Tee sind sogar noch deutlich in die Höhe gegangen. Einige politische Parteien haben daher bereits zu Demonstrationen aufgerufen. So veranstaltet u.a. auch der Morang-Zweig der United Left Front am 4.August eine große Demonstration gegen die Preissteigerungen.

(The Commoner, 03.u.06.08.1990)

02.08.1990

Nach Angaben der Wahlkommission sollen die Parlamentswahlen Mitte April 1991 stattfinden, falls die neue Verfassung zeitgerecht verabschiedet werde. Zur Zeit sind landesweit 10.000 Beamte damit beschäftigt, die Namen der Wahlberechtigten zu sammeln und in Computerlisten zu erfassen. Die Listen der über 21jährigen sind bereits abgeschlossen, die der 18-21jährigen werden zur Zeit erstellt. Man geht davon aus, daß etwa 11 Millionen Bürger stimmberechtigt sein werden. Ein Novum für Nepal wird die Erwähnung der Namen der Kandidaten auf den Stimmzetteln sein. In der Panchayat-Zeit war es den Kandidaten offiziell erlaubt, bis zu 50.000 Rs. für den Wahlkampf auszugeben. Diese Summe wird vermutlich auf 100.000 Rs. erhöht werden. Die Kandidaten werden sich voraussichtlich um 225 Unterhausitze bewerben. Parteien die in allen Wahlkreisen antreten dürften demnach 22,5 Millionen Rs. ausgeben.

(Vimarsha, 03.08.1990)

02.08.1990

Es wird eine neue politische Partei unter dem Namen "Rastriya Prajatantrik Yekata Panchayat Party" gebildet. Generalsekretär dieser Partei ist Karna Bahadur Singh, ein früherer Assistenzminister des Panchayat-Systems. Dieser erklärt die Prinzipien des früheren Panchayat-Systems für gut, es sei jedoch an der Kurzsichtigkeit und dem Machtmißbrauch einiger Personen gescheitert, welche den König über die wirkliche Lage im Dunkeln gelassen hätten. Die neue Partei bekennt sich zur konstitutionellen Monarchie mit angemessener Macht für den König, dem Hindu-Staat und einem geeigneten Respekt anderer Religionen.

(Gorkhapatra, 03.08.1990; The Rising Nepal, 04.08.1990)

02.08.1990

Die nepalische Regierung verurteilt die irakische Invasion Kuwaits. Man erinnert an die guten Beziehungen Nepals zu beiden Ländern und die gemeinsame Zugehörigkeit zur Gruppe der blockfreien Staaten und fordert den sofortigen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait. Die ca. 1.000 in Kuwait arbeitenden Nepali befänden sich in Sicherheit.

(Gorkhapatra, 03.08.1990; The Rising Nepal, 03.u.04.08.1990)

03.08.1990

Ganesh Man Singh, der oberste Führer des Nepali Congress, erklärt, König Birendra habe sich zur konstitutionellen Monarchie bereiterklärt. Daher sollte so wenig wie möglich unternommen werden, was seine Gefühle verletzen könnte. Man solle vielmehr abwarten, wie der Verfassungsentwurf aussehen werde und ob der König sofort seine Unterschrift darunter setzen werde, nachdem die Verfassung vom Ministerrat diskutiert und verabschiedet worden sei.

(Gorkhapatra, 04.08.1990)

03.08.1990

Auf einer von der Nepal-China Friendship Association aus Anlaß des 35. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern organisierten Veranstaltung spricht Premierminister K.P.Bhattarai von einer stetigen Verbesserung der gemeinsamen Beziehungen auf den Gebieten der Industrie, des Tourismus und der Wirtschaft und der Kultur.

(The Rising Nepal, 04.08.1990)

03.08.1990

27 Gefangene des Gulmi-Gefängnisses sind in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um ihren Forderungen nach besseren Haftbedingungen Nachdruck zu verleihen.

(The Rising Nepal, 04.08.1990)

03.08.1990

Studenten des Prithvinarayan Campus in Pokhara besetzen das Büro der Kommission zur Untersuchung der Fälle des Verlusts von Leben und Eigentum im Verlauf der Demokratiebewegung, weil diese Kommission auf Anweisung des Innenministers nicht jene gravierenden Vorfälle untersuchen darf, die sich nach dem 04.02. in Pokhara ereignet hatten, da diese in die Zeit vor dem eigentlichen Beginn der Demokratiebewegung (18.02.) fallen.

(Paribesh, 10.08.1990; Nepalipatra, 10.08.1990)

04.08.1990

Jhala Nath Khanal, der Minister für Forsten und Bodenkonservierung, eröffnet nahe dem Setidevi Mai-Tempel bei Pharping Sokhel ein Aufforstungsprogramm. Bei dieser Gelegenheit sagt er jenen Elementen, die durch weitere mutwillige Abholzungen die Vertrauenswürdigkeit der Übergangsregierung aufs Spiel setzen, den Kampf an.

(The Rising Nepal, 05.08.1990)

05.08.1990

Die Regierung bildet ein Komitee unter Leitung von Hiranyeshwor Man Pradhan, eines Richters des Obersten Gerichtshofs, um jene Fälle zu untersuchen, in denen seit 1960 Menschen aufgrund diverser Aktionen verschwunden sind. Dem Komitee gehören außerdem Surya B. Shakya (Human Rights Organization of Nepal), Prakash Kafle (Forum for Protection of Human Rights), Basu Dev Dhungana (Vorsitzender der Nepal Bar Association) und Dr. Sachhe Kumar Pahari (Vorsitzender der Nepal Medical Association) an. Das Komitee soll seinen Bericht innerhalb von zwei Monaten vorlegen.

The Rising Nepal, 06.08.1990)

05.08.1990

Mit Gewehren bewaffnete Randalierer dringen in ein Dorf in Malangwa, im Sarlahi-Distrikt, ein und brennen 82 Häuser von Moslems nieder, die gerade ihr Muharram-Fest feiern. Dabei werden 12 Personen verletzt, zwei von ihnen schwer; eine Frau wird noch vermißt. Der Zwischenfall soll ein Racheakt von Anhängern der National Democratic Party (Thapa) gewesen sein, die kurz zuvor in diesem Dorf vergeblich versucht hatten, neue Anhänger für die Nachfolgeorganisation des Panchayat-Systems zu gewinnen. Sie hätten daraufhin das Gerücht verbreitet, die Moslems würden während des Muharram-Festes nicht Büffel- sondern Kuhfleisch essen.

(Navaras, 09.08.1990; Vimarsha, 10.08.1990)

05-07.08.1990

Der indische Außenminister, I.K.Gujral, kommt zu einem offiziellen dreitägigen Besuch nach Nepal. Im Verlauf dieses Besuchs wird vereinbart, daß zu den bereits bestehenden drei Grenzübergängen in Sunauli, Birganj und Kakarvitta noch die drei Grenzübergänge in Banbasa, Gauriphanta und Nepalganj für den Grenzübertritt ausländischer Touristen freigegeben werden sollen. Außerdem werden Vereinbarungen über die Errichtung von Eisenbahnverbindungen zwischen Gorakhpur und Sunauli, Raxaul und Kathmandu sowie Banepa und Dalkewar getroffen. Zur Unterstützung der Opfer der Demokratiebewegung und ihrer Familien überreicht der indische Außenminister Premierminister K.P.Bhattarai einen Scheck über 1,68 Millionen Rs.

Auf einer Veranstaltung des Nepal Council of World Affairs am 6.August betont der indische Außenminister die enorme Bedeutung der Nutzbarmachung der gemeinsamen Flüsse und spricht von positiven Auswirkungen in noch nie dagewesenen Dimensionen.

(The Rising Nepal, 05.,06.u.07.08.1990; Dristi, 08.08.1990)

06.08.1990

Nirmal Lama, Führer der Nepal Communist Party (Fourth General Assembly), betont noch einmal, daß er die Verfassungskommission sofort verlassen werde, falls der Verfassungsentwurf dem König und nicht dem Volk vorgelegt werde.

(Matribhumi, 07.08.1990)

07.08.1990

In der Hauptstadt mehren sich diverse Gerüchte, die für Unruhe im Volk sorgen. So wird z.B. behauptet, eine Person aus dem Umfeld des Palastes plane einen parallelen Verfassungsentwurf, um das alte System wiederherzustellen. Auch die Verfassungskommission wird mit abartigen Behauptungen in Verruf gebracht.

(Dristi, 08.08.1990)

07.08.1990

Sieben Gefangene des Kanchanpur-Gefängnisses beenden ihren am 26.07. begonnenen Hungerstreik, nachdem die Behandlung ihrer Rechtsfälle in Angriff genommen worden ist.

(The Rising Nepal, 08.08.1990)

08.08.1990

Die Wochenzeitung Dristi fordert in einem Kommentar die Auflösung des Raj Sabha, damit der König erst gar nicht mehr in die Versuchung käme, ohne Konsultierung der Übergangsregierung Funktionsträger zu ernennen.

(Dristi, 08.08.1990)

08.08.1990

Dilli Rahman Regmi, Vorsitzender des Nepali National Congress, erklärt, Nepal müsse aus der jüngsten Entwicklung in Pakistan, wo die gewählte Regierung von Frau Bhutto abgesetzt worden ist, seine Lehren ziehen. Regierung und Opposition müßten gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, daß die Demokratie in Nepal geschützt werde. Ähnlich äußern sich auch Nepali Congress und United Left Front.

(Hindu, 09.08.1990; Sunday Despatch, 12.08.1990)

09.08.1990

Es dringen einige Beratungsergebnisse der Verfassungskommission an die Öffentlichkeit: Einstimmigkeit soll darin bestehen, daß die Souveränität in Zukunft beim Volk liegt. Der König soll als Symbol der nationalen Einheit gelten, ansonsten aber eine passive Rolle spielen. Fünf der sieben Kommissionsmitglieder sollen für die Beibehaltung der Bezeichnung "His Majesty's Government" gestimmt haben; nur die beiden Vertreter der ULF hätten sich für "Nepal Government" ausgesprochen. Auch weiterhin solle der König außerhalb jeder parlamentarischen Kritik stehen. Auch zur Religion werde die Verfassung Stellung nehmen. Das Wort Hindu werde darin vorkommen, doch solle Religionsfreiheit, jedoch nicht Missionierung gewährt werden.

(Vimarsha, 10.08.1990; Deshantar, 12.08.1990)

09.08.1990

Die Unternehmer drohen mit Aussperrungen, falls die Streiks im Industriebereich andauern. Die industrielle Produktion sei in den vergangenen drei Monaten um 40% zurückgegangen.

(The Rising Nepal, 10.08.1990)

09.08.1990

Die 12 Mitglieder der People's Front (Janvadi Morcha), die wegen der Bombenanschläge von 1985 in Haft sitzen, beginnen einen Hungerstreik, um ihre eigene Freilassung und die anderer politischer Gefangener durchzusetzen. Premier- und Innenminister ließen ihren verbalen Ankündigungen keine Taten folgen. Eine Woche später ist der Gesundheitszustand dieser Personen bereits als ernst zu bezeichnen.

(Samaj, 17.08.1990)

10.08.1990

In einem Interview der Wochenzeitung Nepali Avaj erklärt Rishikesh Shaha, Vorsitzender der Human Rights Organization of Nepal, zur Forderung der Armee, der König solle Oberkommandierender der Streitkräfte bleiben: "Ich bin von einem derartigen Vorschlag schockiert. Ich glaube nicht, daß der König hinter dieser Initiative steht. Dies ist ein geplanter Versuch, die Demokratie zu diffamieren. In einer Demokratie müssen die Streitkräfte der gewählten Regierung unterstehen. Die Armee sollte zur Disziplin aufgefordert werden. Der König sollte sich besser auf das Volk als auf die Armee stützen."

(Nepali Avaj, 10.08.1990)

10.08.1990

Die Tageszeitung Paribesh macht darauf aufmerksam, daß durch die Ereignisse in Kuwait und Irak tausende dort lebender Nepali in Schwierigkeiten geraten sind. Aus Mangel an korrekten Statistiken könne man keine Aussage über die tatsächliche Anzahl der Personen machen. Auch wirke sich hier der Umstand aus, daß Menschenhändler aus reiner Profitgier unwissende nepalische Jugendliche immer wieder in Länder Süd-, Südost- und Ostasiens sowie des Mittleren Ostens lockte und dort verkaufte.

(Paribesh, 10.08.1990)

10.08.1990

Von heute an erhalten nepalische Staatsbürger Reisepässe, die für alle Länder gültig sind. Gleichzeitig wird die Gebühr für die Ausstellung eines Reisepasses von 500 auf 1.000 Rs. angehoben. Begründungen für die Ausstellung eines Passes gegenüber dem CDO sind nicht mehr erforderlich.

(The Rising Nepal, 25.08.1990)

11.08.1990

In einem Interview des Gorkhapatra erklärt Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front, sie betrachte den Umstand, daß die ULF sich mit ihrer Forderung nach einer Übergangsverfassung nicht habe durchsetzen können, nicht als Niederlage. Es gebe unterschiedliche Auffassungen selbst innerhalb ein und derselben Partei. Anfangs habe auch der Nepali Congress eine Übergangsverfassung gefordert, doch sei er später davon abgerückt. Die ULF stehe nach wie vor zu ihrer Forde-

rung. Es habe einige Entscheidungen ohne Beteiligung der Übergangsregierung gegeben; diese wären unter einer Übergangsverfassung nicht möglich gewesen. Frau Pradhan erklärt, sie gehe davon aus, daß die kommende Verfassung eine Übergangsverfassung sein werde, bis sie vom Parlament endgültig verabschiedet werde.
(Gorkhapatra, 11.08.1990)

11.08.1990

Peace Movement Nepal und Health Personnel for Social Responsibilities in Nepal organisieren unter der Schirmherrschaft von Prof. Mathura Prasad Shrestha eine Fahrradrally zum Gedenken an den Atombombenabwurf in Hiroshima.
(The Rising Nepal, 12.08.1990)

11.08.1990

Ärzte und andere Bedienstete des Patan Hospital's beklagen die nach wie vor diktatorische Situation an ihrem Krankenhaus und stellen eine 19-Punkte-Forderungskatalog auf. Für den 17.08. werden weitere Kampfmaßnahmen angekündigt.
(Samaj, 12.08.1990)

12.08.1990

Premierminister K.P.Bhattarai erregt in weiten Kreisen der Bevölkerung Verwunderung und Kritik, weil er den Vorsitz über das Zelebrationskomitee aus Anlaß des 63.Geburtstags der Königinmutter übernommen hat.
(Paribesh, 12.08.1990)

12.08.1990

Ein hochrangiges Komitee unter Vorsitz des Ministers for Home and Communication, Yog Prasad Upadhyaya, beschließt die Einrichtung eines People's Movement Welfare Fund zur Unterstützung der Verletzten und der Familien der Opfer der Demokratiebewegung.
(The Rising Nepal, 13.08.1990)

12.08.1990

Die Democratic Women's Association und die All Nepal Women's Association organisieren eine gemeinsame Demonstration, um gegen die Preissteigerungen im Bereich grundlegender Güter wie Salz, Speiseöl, Linsen, Zucker und Reis zu protestieren.
(The Rising Nepal, 13.08.1990)

12.08.1990

Die Nepal Journalists' Association (Shakya), deren Mitglieder die Demokratiebewegung im Frühjahr durch falsche Berichte diffamiert hatten, beendet einen zwölfstündigen Hungerstreik, nachdem Premierminister K.P.Bhattarai angekündigt hat, er wolle sich darum bemühen, ihre 18 Forderungen zu erfüllen. Diese Vermittlung des Premierministers stößt bei der eigentlichen Nepal Journalists' Association und der Reporters Union of Nepal auf Unverständnis.
(The Rising Nepal, 13.08.1990; Dristi, 15.08.1990; Gorkhapatra, 15.08.1990; Deshantar, 18.08.1990)

14.08.1990

In den Distrikten Parsa und Bara bleiben 150 Industrieunternehmen geschlossen, um die Ausschließungsmaßnahmen in diversen Unternehmen der Kosi-Zone zu unterstützen. Auf einer Pressekonferenz in Birganj begründet die Industry and Commerce Association diese Maßnahmen mit der Verunsicherung der Unternehmer. Man wolle die Regierung auf die Probleme der Industriellen aufmerksam machen. Die Wirtschaftskrise spitzt sich immer mehr zu. So kündigt die Nepal Chamber of Commerce an, alle Fabriken des Landes würden ab 26.08. geschlossen.
(Samaj, 16.08.1990; Hindu, 17.08.1990)

15.08.1990

Die Situation im Mittleren Osten wirkt sich nun auch nachhaltig auf die Versorgungslage in Nepal aus. An Tankstellen und Ölverkaufsstellen bilden sich lange Schlangen. Viele Leute kaufen aus Furcht vor einer weiteren Verschlechterung auch auf Vorrat; so sind in den vergangenen drei Tagen in Kathmandu dreimal so viele Ölprodukte verkauft worden wie sonst. Die Lage wird noch verschärft durch einen Streik der Bediensteten der Nepal Oil Corporation.
(Samaj, 16.08.1990; Vimarsha, 17.08.1990)

Mitte August 1990

An einigen Orten, so in Kathmandu, Dhading, Nuwakot und Nepalganj hinterfragt die Polizei, angeblich auf höhere Weisung hin, die persönlichen Daten und die politischen Aktivitäten von Mitgliedern der Free Student's Union, der Nepal Communist Party (M-L) und insbesondere der Mashal-Group. Das Innenministerium seinerseits erklärt, es lägen keine derartigen Anweisungen an die Polizei vor.
(Dristi, 15.08.1990)

16.08.1990

Die Bhutan People's Party und das Bhutan People's Forum for Human Rights kündigen für den 26.08. den Beginn einer Massenbewegung gegen die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan und die Unterdrückungspolitik der bhutanischen Regierung gegenüber den Menschen nepalischer Herkunft an. Man kritisiert in diesem Zusammenhang auch, daß insbesondere Indien immer noch zu den Vorgängen in Bhutan schweige.

Auch der nepalische Premierminister habe bisher nur einmal auf die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan aufmerksam gemacht.
(Nepalipatra, 17.08.1990)

16.08.1990

Abschluß der Spendensammlung für die Opfer der Demokratiebewegung. Bis heute befinden sich 12.523.000 Rs. in diesem People's Movement Relief Fund.

(The Rising Nepal, 17.08.1990)

16.08.1990

Die Tageszeitung Hindu berichtet, etwa 6.000 Gelegenheitsarbeiter in Regierungs- oder Halbtagesdienstleistungen sollten Mitte September entlassen werden. Die Temporary Employees Association habe bereits gegen eine derartige Politik protestiert.
(Hindu, 16.08.1990)

16.08.1990

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Premierminister K.P.Bhattarai nicht zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung nach Amerika reist. Ebenso wird die Reise Ganesh Man Singhs zur medizinischen Behandlung nach Deutschland vertagt.
(Nepalipatra, 17.08.1990)

17.08.1990

Die Nepal Medical Association (NMA) berichtet, das Trinkwasser des Kathmandutals sei hochgradig verschmutzt und zum menschlichen Verzehr ungeeignet. Die Drinking Water Corporation weist diese Untersuchungsergebnisse jedoch zurück; das von ihr gelieferte Wasser sei sauber. Es werde erst durch die unsachgemäße Behandlung durch die Öffentlichkeit und unreine Wasserbehälter verschmutzt.
(The Rising Nepal, 18.08.1990)

17.08.1990

Gesundheitsminister Dr. Mathura Prasad Shrestha erklärt in einem Interview des Nepali Avaj, die jüngste Gastroenteritis-Epidemie habe in Kathmandu 34 und im übrigen Nepal 306 Todesopfer gefordert. Bei einigen Patienten in Kathmandu und in Hetauda habe man auch Cholerabakterien festgestellt. Ferner habe es außerhalb von Kathmandu auch einige Fälle von Lebensmittelvergiftung gegeben. Hauptursache für die Epidemie sei verschmutztes Trinkwasser.

Zu den Opfern der Demokratiebewegung befragt, erklärt der Minister, er schätze die Zahl der Toten auf 500, wenngleich seine Menschenrechtsorganisation, FOPHUR, offiziell bisher lediglich 80 und das Innenministerium 124 Personen, einschließlich der getöteten Polizisten, registriert habe. Mehr als 2.500 Personen seien verletzt worden; von diesen seien heute 18 oder 19 verkrüppelt, 6-7 geistig verwirrt und 35 weitere schwerverletzt.

Die kommende Verfassung bereite ihm Sorgen, zumindest seit sich auch die Armee eingemischt habe. Auf die Frage schließlich, warum korrupte Panchas bisher nicht bestraft worden seien, antwortet der Minister, dies habe man vorgehabt, doch hätten geheimdienstliche Berichte die Befürchtung aufkommen lassen, daß diese Personen dann in den Gefängnissen ermordet worden wären und die Übergangsregierung dadurch in Verfall gebracht worden wäre. Die Bestrafung sei aber nun wieder ins Auge gefaßt.
(Nepali Avaj, 17.08.1990)

17.08.1990

Ganesh Man Singh ruft die nepalischen Bürger zu größerer Verantwortung und nationalem Bewußtsein auf. Insbesondere die Streiks und Ausschließungen der letzten Zeit hätten zu einer Stärkung reaktionärer Elemente beigetragen.
(The Rising Nepal, 18.09.1990)

17.08.1990

Die Wochenzeitung Nepali Avaj beklagt, daß jenes Komitee, welches zur Untersuchung des Verbleibs vermißter politischer Gefangener gebildet worden ist, seine Arbeit immer noch nicht aufgenommen habe. Eltern und Verwandte suchten weiterhin nach ihren vermißten Angehörigen. Das Problem liege darin, daß das Komitee auf die Zusammenarbeit mit der Polizei angewiesen sei und sich dadurch Interessenskonflikte ergäben. Außerdem könnten die Untersuchungen kriminelle Einstellungen namhafter politischer Persönlichkeit ans Licht bringen.
(Nepali Avaj, 17.08.1990)

17.08.1990

Führer des Nepali Congress und der United Left Front treffen sich zu einem Gedankenaustausch über die kommende Verfassung. Man ist sich einig, daß man sehr wachsam vorgehen müsse.
(Hindu, 21.08.1990)

19.08.1990

Radha Krishna Mainali, einer der Führer der an der Regierung beteiligten Nepal Communist Party (Marxist-Leninist), äußert sich zuversichtlich über die laufenden Bemühungen, die Parteien der United National People's Movement in die United Left Front zu integrieren und somit dieselbe zu stärken.
(The Rising Nepal, 24.08.1990)

19.08.1990

Nach einem Bericht der Organisation "Child Workers in Nepal" (CWIN) gehen in Nepal 4,8 Millionen, d.h. 60%, der Kinder einer Arbeit nach. In städtischen Gebieten arbeiten diese Kinder in Industrieunternehmen, Ziegelbrennereien, Steinbrüchen, Hotels und Restaurants. Allein im Kathmandutal gebe es schätzungsweise 48.000 Kinderarbeiter. In einem Bericht des Social Services National Coordination Council heißt es darüber hinaus, 60% aller nepalischen Kinder seien unterernährt und unzureichend gekleidet.

(The Rising Nepal, 20.08.1990; Manch, 21.08.1990)

19.08.1990

Das Kommunikationsministerium billigt nach eingehender Diskussion alle Gesetzesentwürfe zur Verbesserung des Presserechts und leitet sie an das Justizministerium weiter. Pressekreise versprechen sich von diesen Gesetzen eine wesentliche Verbesserung des Journalismus in Nepal. (Matribhumi, 21.08.1990)

20.08.1990

Aus Anlaß des nationalen Kindertages erklärt Premierminister Krishna Prasad Bhattarai, Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen müßten ihre besondere Aufmerksamkeit auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung der Kinder in den ländlichen Gegenden richten. Reformen hinsichtlich der Lage der Kinder seien dringend erforderlich.

(The Rising Nepal, 20.08.1990)

20.08.1990

Auf einem Seminar der Linguistic Society of Nepal machen Dr. Harka Bahadur Gurung und andere Wissenschaftler deutlich, daß die Zensusberichte in Hinsicht auf die Anteile der nepalischen Sprachen unkorrekt sind. Die starke Zunahme des Nepali und der gleichzeitige Rückgang der anderen Sprachen sei eine Folge der Nepalisierungsbemühungen der Regierung gewesen.

(Gorkhapatra, 21.08.1990)

20.08.1990

Nach einer Meldung des Gorkhapatra hat die Gefängnisadministration mitgeteilt, daß alle politischen Gefangenen freigelassen worden sind. Demgegenüber erklärt der Prisoner's Information Centre am folgenden Tag, es befänden sich immer noch mindestens 55 politische Gefangene in Haft. Dies seien Personen, die wegen ihrer politischen Aktivitäten von der Panchayat-Regierung unter dem Vorwurf von Mord, Aufstand, Anschlägen und ähnlichem inhaftiert worden sind. Namentlich genannt werden Mitarbeiter der People's Front (Janvadi Morcha), von denen einige seit fünf Jahren im Gefängnis säßen, andere seien zwischenzeitlich ermordet worden, wieder andere würden noch vermißt. Die Regierung weigere sich nach wie vor, diese Personen als politische Gefangene anzuerkennen.

(Dristi, 22.08.1990)

21.05.1990

Die Regierung warnt vor einer Ausweitung der illegalen und undemokratischen Aktivitäten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im industriellen Bereich. Die Freiheiten, die von der demokratischen Übergangsregierung gewährt worden wären, würden auf rücksichtslose Weise ausgenutzt. Die verantwortlichen Regierungssektoren seien bereits zu durchgreifenden Maßnahmen aufgefordert worden.

(The Rising Nepal, 22.08.1990)

21.08.1990

Die Situation am Persischen Golf hat kriminelle Elemente insbesondere in Ostnepal dazu veranlaßt, Kerosin, Petroleum und Diesel in größerem Umfang über die Grenze nach Indien zu schmuggeln. An Vertreter von Erdölprodukten wiederum sind dazu übergegangen, ihre Waren zu verfälschen.

(Hindu, 22.08.1990)

21.08.1990

Die Hochschulklehrer und sonstigen Bediensteten der Tribhuvan University, die im Jahre 2032 B.S. (= 1975) entlassen worden sind, werden wieder eingestellt.

(The Rising Nepal, 22.08.1990)

21.08.1990

Der oberste Gerichtshof ordnet die Freilassung von Dr. Laxman Bahadur Hamal an. Dieser war am 22. März 1990 als damaliger Generalmanager der National Commercial Bank inhaftiert worden, weil ihm seitens der Prevention of Abuse of Authority Commission Unterschlagungen vorgeworfen wurden. Diese Vorwürfe werden nun als haltlos dargestellt.

(Gorkhapatra, 18.09.1990)

22.08.1990

Prof. Yadu Nath Khanal, 77, wird zum außenpolitischen Berater von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai ernannt. Prof. Khanal war bereits früher Sekretär im Außenministerium und Botschafter in diversen Ländern.

(Gandiv, 23.08.1990)

22.08.1990

Die Bhutan Support Group Nepal fordert die nepalische Regierung auf, bhutanische Politiker, die im nepalischen Exil leben als politische Flüchtlinge zu behandeln. Etwa 500 politische Aktivisten aus Bhutan lebten zur Zeit im indischen oder nepalischen Exil.

(The Rising Nepal, 23.08.1990)

22.08.1990

Die Ärzte und das Pflegepersonal des Narayani Zonal Hospital's beenden ihren Streik, mit dem sie gegen die Verprügelung von Dr. Bishnu Prasad Pandit protestiert hatten. In ähnlicher Weise beenden in diesen Tagen auch die Bediensteten des National Computer Centre und der Nepal Bank ihre Streiks.

(The Rising Nepal, 22.u.23.08.1990)

22.-24.08.1990

Die Berichte diverser Zeitungen über die kommende Verfassung geben einen Eindruck von den zahlreichen Gerüchten und halbamtlichen Informationen. So sickert z.B. durch, daß der Entwurf zunächst dem König vorgelegt, dann an den Ministerrat weitergereicht, besprochen und verabschiedet und schließlich vom König unterzeichnet werde. Heiß diskutiert ist vor allem die Machtbefugnis des Königs im Sicherheitsbereich, ohne daß sich diesbezüglich eine klare Linie abzeichnet. B.P. Upadhyaya, der Vorsitzende der Constitution Recommendations Commission, ist deutlich bemüht, das Volk zu beruhigen; alle Belange des Volkes würden von der Verfassung reflektiert. Als Datum für die Vorlage des Verfassungsentwurfs werden der 02.09. oder aber der 30.08. gehandelt.

(Hindu, 22.08.1990; Dristi, 22.08.1990; Nepali Avaj, 24.08.1990; Nepalipatra, 24.08.1990; Vimarsha, 24.08.1990)

23.08.1990

Die Tageszeitung Hindu berichtet, Niranjana Thapa, Innenminister unter der Manich Man Singh Shrestha-Regierung, habe vor der Authority Abuse Control Commission für die von ihm veranlaßten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Demokratiebewegung den Königspalast verantwortlich gemacht. Er sei lediglich ein Werkzeug gewesen, welches Befehle entgegengenommen habe.

(Hindu, 23.08.1990)

23.08.1990

Anschlag auf den Wagenkonvoi, in dem Königin Aishwarya, der Kronprinz und andere Mitglieder der königlichen Familie von Zeremonien anläßlich des Tij-Festes in Pashupatinath zurückkehren. Die Scheiben mehrerer Begleitfahrzeuge gehen zu Bruch. Sicherheitspersonal feuert einige Salven in die Luft. Dieser Zwischenfall wird von allen Parteien als Akt krimineller Elemente verurteilt. Insbesondere rechte Oppositionsparteien fordern den Rücktritt des Innenministers.

(Gorkhapatra, 24.u.25.08.1990; The Rising Nepal, 24.08.1990; The Commoner, 26.08.1990)

23.08.1990

Die Bhutan Support Group Nepal veranstaltet einen Schweigemarsch von Basantapur zum SAARC-Sekretariat, um auf die an diesem Tag in Bhutan beginnende Demokratiebewegung aufmerksam zu machen. Dort weigert man sich jedoch aus Zuständigkeitsgründen, einen Protestbrief an den bhutanischen König in Empfang zu nehmen. Die Bewegung in Bhutan wird von der Bhutan People's Party (BPP) organisiert. Für den heutigen Tag ist ein Treffen von 3.000 politischen Aktivisten, die derzeit in Indien und Nepal im Exil leben, in Phuntsoing geplant. Ziel der Demokratiebewegung ist die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie, ein Vielparteiensystem sowie Religions- und Kleidungsfreiheit.

(Matribhumi, 21.08.1990; The Rising Nepal, 27.08.1990)

24.08.1990

Japan verzichtet auf Schuldentrückzahlungen in Höhe von umgerechnet 42,2 Millionen Rs. für den Zeitraum Oktober 1989 - März 1990. Die somit gewährte Geldsumme soll im gegenseitigen Einvernehmen zum Kauf von Entwicklungsgütern wie Konstruktionsmaterial, Dünger, Medizin, Erdölprodukten, Bewässerungs-, Transport- und Kommunikationsausrüstungen verwendet werden.

(The Rising Nepal, 25.08.1990)

24.08.1990

Die Wochenzeitung Nepali Avaj berichtet über die anhaltende Bespitzelung politischer Aktivisten. Insbesondere betroffen seien die Nepal Communist Party (Mashal), NCP (M-L) und NCP (4th General Assembly). Diese Spionagetätigkeit werde von rund 5.000 Spitzeln ausgeübt, die noch von der Panchayat-Regierung eingesetzt worden seien. Die Koordinierung erfolge durch das Innenministerium, insbesondere durch den dortigen Sekretär, Bhakta B. Koirala, und Innenminister Yog Prasad Upadhyaya. Man müsse sich fragen, womit diese Bespitzelungen nach der Wiedezulassung der politischen Parteien zu begründen seien. Außerdem sei in demokratischen Ländern die Bespitzelung von Politikern verboten.

(Nepali Avaj, 24.08.1990)

25.08.1990

Auf einer Wiedervereinigungsveranstaltung der alten und neuen Mitglieder des Nepali National Congress fordert dessen Vorsitzender, Dr. Dilli Raman Regmi, zur Zusammenarbeit mit der Übergangsregierung auf. Es

sei leicht von Demokratie zu sprechen, aber sehr schwierig deren Prinzipien in die Praxis umzusetzen. Dies erfordere ein großes Maß an Toleranz und die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung. (The Rising Nepal, 26.08.1990)

26.08.1990

Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front, sagt in einer Pressemitteilung die für den 27.08. angekündigten Demonstrationen und Kundgebungen gegen die undemokratischen Entwicklungen in Pakistan ab.

(The Rising Nepal, 26.08.1990)

26.08.1990

Madan Bhandari, zentraler Sprecher der Nepal Communist Party (M-L), übt in einem Interview des Wochenzeitung "Sunday Despatch" Kritik am Arbeitsstil der Übergangsregierung, der auch seine Partei angehört. Sie habe die Erwartungen des Volkes nicht erfüllt. Da es sich um eine Mehrparteienregierung handele, sollten die einzelnen Parteien zunächst konsultiert werden, ehe Probleme im Kabinett besprochen würden. Die Regierungsmaschinerie dürfe nicht nur von einer Partei, nämlich dem Nepali Congress, genutzt werden, sondern müsse allen Parteien zur Verfügung stehen.

(Sunday Despatch, 26.08.1990)

26.08.1990

Hisila Yami, eine politische Führerin aus dem Bereich der linken Gruppen, die als Universitätsdozentin tätig ist, wird verhaftet. Sie soll mit dem Anschlag auf den Konvoi der Königin in Verbindung gebracht werden.

(Dristi, 27.08.1990)

26.08.1990

Große Teile Nepals werden von heftigen Regenfällen heimgesucht. Insbesondere betroffen sind die Distrikte Rautahat, Makwanpur, Chitwan, Nawalparasi und Rupandehi. Die Regenfälle verursachen Überschwemmungen und Erdbeben größeren Ausmaßes. Viele Menschen und Tiere kommen dabei ums Leben. Große Ackerflächen werden verwüstet.

(The Rising Nepal, 29. u.31.08.1990)

26.08.1990

Die in Bhutan von der Bhutan People's Party angekündigte Volksbewegung die am heutigen Tag mit großen Demonstrationen in Phuntsoling beginnen soll, muß wegen einer von der Regierung verhängten Ausgangssperre verschoben werden. Die Ausgangssperre dauert in den folgenden Tagen an. Ausländern ist der Zutritt nach Bhutan verboten; es sind etwa 10.000 Sicherheitskräfte aufgeboten. Unterdessen werden zahlreiche Bhutanesen nepalischer Herkunft von der bhutanischen Regierung terrorisiert. Mehr als 1.000 von ihnen fliehen über die indische Grenze. Es heißt, die Nepali sprechende Bevölkerung Bhutans würde wie Hunde behandelt und Hindus würden streng bestraft. Bhutanische Sicherheitskräfte hätten bisher mehr als 200 nepalstämmige Bhutanesen getötet und mehr als 4.000 würden brutal in Polizeilagern gefoltert, darunter Frauen, Kinder und ältere Leute. Unterdessen hat die indische Regierung Artikel 144 des indo-bhutanischen Vertrages in Kraft gesetzt, welcher es den bhutanischen Regierungskräften untersagt, indisches Territorium zu benutzen.

(Nepalipatra, 31.08.1990)

28.08.1990

Chandra Prakash Mainali, einer der Führer der Nepal Communist Party (Marxist-Leninist), der seit zwei Jahrzehnten im Untergrund lebt, nimmt gegenüber dem Rising Nepal zu aktuellen politischen Problemen Stellung. Es gebe im Land zur Zeit eine politische Dreiecksbeziehung, gebildet von Palast, Nepali Congress und den Kommunisten. Derzeit gebe es ein Tauziehen mit den palastorientierten Kräften, die versuchten, die absolute Macht zu erlangen, während die beiden anderen Kräfte bemüht seien, die Macht auf das Volk zu übertragen. C.P.Mainali betont, die demokratischen Rechte, die nach dem Erfolg der Massenbewegung für die Wiederherstellung der Demokratie gemeinsam von Nepali Congress und United Left Front erreicht worden seien, seien nur sicherzustellen, wenn eine demokratische Verfassung geschaffen würde, welche die Souveränität auf das Volk übertrüge. Das Volk müsse die Quelle aller Macht sein. Mainali bezeichnet die Kommunisten als patriotische und nationalistische Kraft und unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der kommunistischen Einheit. Auch der Nepali Congress könne in den gemeinsamen Kampf gegen autokratische und tyrannische Elemente einbezogen werden. Demokratie und Souveränität seien nicht zu trennen. Andernfalls käme es wieder zu autokratischer Herrschaft oder das Land werde ein ähnliches Schicksal erleiden wie Sikkim. Einige ausländische Nationen, insbesondere Indien und die USA mischten sich in die nepalische Politik ein. Sie versuchten, bestimmten politischen Parteien zu helfen, um ihre eigenen Interessen durch diese Parteien zu wahren. Sehr kritisch äußert sich Chandra Prakash Mainali zu den Ergebnissen des Besuchs von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in Indien. Er wolle nicht bestreiten, daß auch einige sehr positive Ergebnisse bei diesen Gesprächen herausgekommen seien. Nepal könne nicht mit Indien in Wettstreit treten, und deshalb sei es notwendig, einige

Protektionsmaßnahmen zu treffen, um die weitere Verschlechterung der nationalen Wirtschaft zu verhindern. Aber bei den Gesprächen des nepalischen Premierministers mit den indischen Politikern sei lediglich über das Schicksal und die Probleme der in Nepal lebenden Inder gesprochen worden, nicht jedoch über die in Indien lebenden Nepali. Nepals Außenpolitik müsse neutral gegenüber China und Indien sein. Nur so seien nationale Identität und Souveränität zu wahren.

(The Rising Nepal, 28.08.1990)

28.08.1990

Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Nepal haben zum Ergebnis, daß die BRD Nepal den Betrag von 194 Millionen Rupien als Aufwendungsunterstützung zukommen läßt. Hiermit sollen die Devisenkosten getilgt werden, die durch den Erwerb von Düngemitteln und anderen Gütern und Dienstleistungen entstehen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Ferner sollen dadurch bedingte Transportkosten gedeckt werden.

(The Rising Nepal, 29.08.1990)

28.08.1990

130 Nepali, die bei verschiedenen Unternehmen in Kuwait gearbeitet haben, werden auf Vermittlung der nepalischen Regierung mit einer Maschine der Royal Nepal Airlines aus Jordanien ausgeflogen, wohin sie hatten fliehen können. Noch immer aber halten sich zahlreiche Nepali im Krisengebiet auf.

(The Rising Nepal, 29.08.1990; Samaj, 02.09.1990)

29.08.1990

Tanka Prasad Acharya, der Vorsitzende des Nepal Praja Parishad, fordert, der Verfassungsentwurf müsse zunächst dem Volk vorgelegt werden, bevor er endgültig vom König verabschiedet würde. Ähnlich verlangt auch Lokendra Bahadur Chand, der Vorsitzende einer der beiden National Democratic Parties, daß der Verfassungsentwurf unverzüglich dem Volk vorgelegt werden sollte.

(Samaj, 30.08.1990)

30.08.1990

Die Tageszeitung "Samaj" beklagt die anhaltende Preissteigerung für Verbrauchsgüter. Lediglich einige aus Indien importierte Nahrungsmittel und Brennstoff seien aufgrund von Subventionsmaßnahmen der Regierung billiger geworden. Ansonsten seien die Preise seit Mai dieses Jahres gewaltig angestiegen. So sei beispielsweise 1 Liter Senföl mit nunmehr 49 Rs. um 12 Rs. teurer. Der Preis für Mansuli-Reis sei von 8 Rs. auf 10 Rs. gestiegen, der für Pokhareli-Reis von 12 Rs auf 14,50 Rs.

(Samaj, 30.08.1990)

30.08.1990

Nach Angaben von FOPHUR haben die gewaltigen Regenfälle und die dadurch ausgelösten Überschwemmungen und Erdbeben am 26. und 27. August insgesamt 71 Tote gefordert. Angaben der Regierung hierzu liegen noch nicht vor.

(Nepalipatra, 31.08.1990)

30.08.-03.09.1990

Im Verlauf einer Reise, die ihn durch diverse europäische Länder führt, kommt Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär der NCP (M) auch in die Bundesrepublik Deutschland. Auf Vermittlung des Human Rights Forum Nepal (HURFON) führt er Gespräche mit Vertretern von SPD, Bundesregierung und Friedrich Naumann Stiftung sowie Interviews mit Journalistenbüros und der Deutschen Welle.

(persönliche Angaben)

31.08.1990

In einem Interview mit der Wochenzeitung "Nepalipatra" greift Madan Bhandari, Mitbegründer, Parteisprecher und gleichzeitig auch Generalsekretär der Nepal Communist Party (Marxist-Leninist), den Nepali Congress an. Das Panchayat-System sei noch immer nicht endgültig beendet. Als im April die Ausgangssperre aufgehoben wurde, sei der Nepali Congress sogleich auf eine Linie mit dem Königspalast eingeschwenkt und die United Left Front sei lediglich informiert worden. Man habe diese Angelegenheit nicht innerhalb der ULF ausdiskutieren können. Grund sei, daß der Nepali Congress gefürchtet habe, die Macht könne auf die Linken übergehen.

(Nepalipatra, 31.08.1990)

31.08.1990

Das Ministerium für Erziehung und Kultur gibt bekannt, daß man die Möglichkeit der Schaffung einer unabhängigen Akademie für Kunst, Musik und Drama in Erwägung gezogen habe.

(The Rising Nepal, 01.09.1990)

Ende August 1990

Li Ta Pyao, der chinesische Botschafter in Nepal, wendet sich an Chandra Prakash Mainali, einen der Führer der NCP (M-L). Dies wird als politische Besonderheit gewertet, da bisher China lediglich auf Regierungsebene mit Nepal verkehrt hat. Außerdem ist in den vergangenen Monaten das Verhältnis zwischen Nepal und China deutlich abgekühlt, während auf der anderen Seite eine spürbare Verbesserung des indo-nepalischen Verhältnisses eintrat. Der chinesische Botschafter be-

tont, daß auch China eine Verbesserung des indo-nepalischen Verhältnisses befürworte, daß aber eine einseitige Bindung des Landes an Indien oder China abgelehnt werde.
(Vimarsha, 31.08.1990)

Ende August 1990

Die wiederholte Verschiebung und Zensurierung eines Interviews mit Jhala Nath Khanal, der als Minister die NCP (M-L) im Ministerrat vertritt, durch Nepal TV führt zu einigen Unruhen. Das Interview wird erst nach Einschreiten des Premierministers ohne Zensur ausgestrahlt.
(Nepalipatra, 31.08.1990; Samiksa, 31.08.1990)

Anfang September 1990

Obgleich sich die Anzeichen verstärken, daß der wochenlange Konflikt zwischen Industriearbeitern und ihren Arbeitgebern abflaut, gibt es Anzeichen, daß der Konflikt unter der Oberfläche dennoch weiter-schweilt. Es steht immer noch ein 31-Punkte-Forderungskatalog der Arbeitergewerkschaft im Raum. Man hat bereits angekündigt, daß man weitere Maßnahmen ergreifen will, wenn die Arbeitgeber auf diesen Forderungskatalog nicht bis spätestens zum Tihar-Fest (Mitte Oktober) eingegangen sind.

(Sunday Despatch, 02.09.1990)

Anfang September 1990

Auf einer Veranstaltung in Dhulikhel erklärt der zentrale Sprecher der Nepal Communist Party (M-L), Madan Bhandari, die despotischen Elemente seien nach der Einführung der Demokratie im Jahre 1950 nicht bestraft worden, was wiederum zur Abschaffung der Demokratie Ende 1960 geführt habe. Heute würden abermals die Unterstützer des despotischen Panchayat-Systems nicht ihrer Posten enthoben. Es werde nichts gegen diese Personen unternommen. Wenn man die darin liegende Gefahr nicht bald erkenne, könne dies zu einem erneuten Machtverlust für das Volk führen.

(Daily Diary, 03.09.1990)

Anfang September 1990

Aus Anlaß des Weltkindergipfels in New York findet in Bhaktapur ein dreimonatiges Programm zu Kinderrechten statt. Dieses wird gemeinsam von Bhaktapur Handicraft Industry und UNICEF veranstaltet. In diesem Zusammenhang wird ein Seminar über Kinderrechte abgehalten und eine grundlegende Öffentlichkeitskampagne gestartet. Gleichzeitig wird der Grundstein für eine Tagesstätte im lokalen Kleinindustriezentrum gelegt.

(The Rising Nepal, 09.09.1990)

01.09.1990

Mod Nath Prashrit, einer der Führer der NCP (M-L) erklärt, der Pashupati-Zwischenfall vom 23. August sei eine Intrige des Königspalastes gewesen mit dem Bestreben, die alte Macht wiederherzustellen. Es sei höchste Wachsamkeit geboten, um eine Verschwörung gegen das Volk zu vermeiden. Die Kommunisten wollten Frieden, nicht Terror; aber sie wären auch bereit, einen anderen Weg zu gehen, wenn man ihnen Hindernisse in den Weg legte.

(Hindu, 05.09.1990)

01.09.1990

Der Student Toya Nath Thapaliya wird in der Nähe des Bir-Hospitals von Polizisten in Zivil verhaftet und anschließend gefoltert. Bis zum 6. September ist er noch keinem Gericht vorgeführt worden. Ebenso wird der Arbeiterführer Shambhu Paudel aus Balaju verhaftet und gefoltert, um auf diese Weise Bekenntnisse aus ihm herauszupressen.

(Jwala, 06.09.1990)

02.09.1990

Auf Bitte der Constitution Recommendations Commission (CRC) verlängert König Birendra deren Amtszeit bis zum 6. September.

(The Rising Nepal, 03.09.1990)

02.09.1990

Frau Shailaja Acharya, eine der Führerinnen des Nepali Congress widerspricht der Linie ihrer Partei, als sie die Behauptung aufstellt, der NC könne keine neue Verfassung akzeptieren, die gegen den Volkswillen gerichtet sei. Dies veranlaßt Basu Risal, Parteisprecher und stellvertretender Generalsekretär des NC zu der Stellungnahme, dies sei die persönliche Stellungnahme von Frau Acharya. Er schließe Disziplinarverfahren seiner Partei gegen Frau Acharya nicht aus.

(Samaj, 03.09.1990; Hindu, 04.09.1990)

02.09.1990

Die Nepal National Social Welfare Association veranstaltet ein Treffen, auf dem es vor allem um den Schutz der unterdrückten Klassen, die Garantierung der Berührbarkeit, soziale Gleichheit und religiösen Säkularismus geht. Die dort von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai gehaltene Rede stößt auf Widersprüche, da sie sich gegen die Forderung der Nepal National Social Welfare Association richtet. Es heißt, der Premierminister dränge die Organisation, den Kampf wiederaufzunehmen.

(Diary, 03.09.1990)

03.09.1990

Unter dem Vorsitz des Anwalts Shyam Dhoj Karki wird ein siebenköpfiges Arbeitskomitee zum Schutz der Interessen der Gefangenen gebildet. Seine Aufgabe soll es auch sein, von Zeit zu Zeit die Haftbedingungen zu untersuchen. Die weiteren Mitglieder dieses Komitees sind Dr. Mahendra Prasad Nepal, Punya Prasad Aryal (ein Anwalt), Sushila Sharma Bhusal, Rudramani Bhandari, Chintamani Pokhrel und Dr. Samjhana Koirala.

(The Rising Nepal, 04.09.1990)

03.09.1990

Das Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) macht darauf aufmerksam, daß in einem demokratischen Land Menschen nicht ohne Haftbefehl verhaftet werden sollten. In diesem Zusammenhang verweist FOPHUR auf die Verhaftung von 21 Personen ohne Haftbefehl im Dorf Mithileswar, im Dhanusha-Distrikt, am 26. August. Ähnlich verhalte es sich auch mit den Verhaftungen einiger Personen im Zusammenhang mit dem Zwischenfall vom 23. August im Pashupati-Gebiet. Diese Verhafteten seien der Folter unterworfen.

Ähnlich berichtet die Zeitung Dristi, 13 Personen, die im Zusammenhang mit dem Pashupati-Vorfall verhaftet worden seien, würden im Polizeigewahrsam in Kathmandu schwer gefoltert. Ziel dieser Folterung sei, daß sie sich zum, wie es heißt, "Verbrechen gegen die Nation" bekennen würden. So berichtet eines der freigelassenen Opfer, Shambhu Ram Paudel, er sei mit einem Nylonstrick aufgehängt worden und man habe sich auch nicht um ihn gekümmert, nachdem man ihm die Hände gebrochen habe. Nachts würden die Gefangenen regelmäßig schwer geschlagen. In ähnlicher Weise berichtet Frau Lila Chaulagain, die stellvertretende Vorsitzende der All Nepal Federation of Trade Union, sie sei im Mahendra Police Club geschlagen worden, nachdem man ihr die Augen mit einer schwarzen Binde verbunden habe. Sie sei in Polizeigewahrsam gebracht worden, um einen Zwischenfall aufzuklären, bei dem mehrere Randalierer, die die Frau eines Arbeiters vergewaltigt hatten, befreit worden waren. Nach drei Tagen sei sie wieder freigelassen worden.

(Hindu, 04.09.1990; Dristi, 05.09.1990)

04.09.1990

Es kursieren Gerüchte, daß Geheimtreffen organisiert werden, um Demonstrationen und Umzüge gegen die bevorstehende Verfassung durchzuführen. Hinter diesen Programmen soll eine gemeinsame Initiative einiger Panchayat-Politiker aus dem Umfeld der National Democratic Party und einiger kleinerer Parteien stehen, die sich immer mehr bewußt werden, daß sie nicht die Massen des Volkes auf ihre Seite ziehen können.

(Parivesh, 05.09.1990)

05.09.1990

Die Wochenzeitung Dristi berichtet, ein mächtiges Mitglied der Königsfamilie habe den Himalaya Tea Garden und das Hotel Soalte Oberoi zum Verkauf angeboten. Das Hotel solle von Dugad gekauft werden. 25 Bighas Land seien von einem anderen Mitglied der Königsfamilie bereits in Simara verkauft worden. In gleicher Weise würden Geschäftsanteile der königlichen Familie zur Zeit verkauft. Wer die reichen Personen sind, die in der Lage sind, derartige Besitztümer zu erwerben, was ihre Berufe sind und wie sie an das Geld gekommen sind, sei bisher eine Kuriosität.

(Dristi, 05.09.1990)

06.09.1990

Unter Leitung von Dr. Haribansa Jha wird eine Gruppe gebildet, welche unter der Bevölkerung das Bewußtsein für Umweltschutz erwecken soll. Ihre besondere Aufgabe wird es sein, Umwelterziehung sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten zu verbreiten.

(The Rising Nepal, 07.09.1990)

07.09.1990

Landwirtschaftsminister Jhala Nath Khanal eröffnet einen Workshop zum Thema "Developing a National System for Environmental Impact Assessment (EIA)".

(The Rising Nepal, 08.09.1990)

07.09.1990

Ganesh Man Singh, der Führer des Nepali Congress erklärt gegenüber der Wochenzeitung Vimarsha: "Ich gehe davon aus, daß Druck auf den König ausgeübt wird, um die Vorkehrungen, welche die Privilegien und Vorzüge der übrigen Mitglieder der Königsfamilie reduzieren, zu verändern, ich glaube jedoch, daß der König sich daran nicht stören wird. Wenn die Souveränität wirklich beim Volk liegt, dann sollte das Volk ermächtigt sein, wirklich über alles zu entscheiden. Daher sollten auch alle Teile der Verfassung durch das Volk geändert werden können. Folglich glaube ich auch nicht, daß die diesbezüglichen Teile der neuen Verfassung gegen den Willen des Volkes gerichtet sind."

(Vimarsha, 07.09.1990)

07.09.1990

Dreißig Personen treten vor dem SAARC-Sekretariat in Kathmandu in einen zwölfstündigen Hungerstreik, um auf die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Bhutan aufmerksam zu machen. In einem 13-

Punkte-Katalog fordert man u.a. die Einführung einer konstitutionellen Monarchie, bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, das Recht auf kulturgemäße Kleidung, Sprache und Schrift.
(The Rising Nepal, 07.09.1990)

07.09.1990

Die Wochenzeitung Nepalipatra meldet, der Kampf um demokratische Rechte in Bhutan sei verschärft worden. Die bhutanische Regierung habe zahlreiche Nepali unter falschen Beschuldigungen verhaftet. Viele Mädchen und Frauen seien von den Dukpas vergewaltigt worden.
(Nepalipatra, 07.09.1990)

07.09.1990

Die Wochenzeitung Nepalipatra berichtet, die Nepalesin Lila Devi, die 1988 von ihrem Vater mit Amresh K. Singh, dem Sohn eines BJP-Führers, in Bhattabari, im indischen Pharbisganj, verheiratet worden war, sei aus Gründen der Mitgift ermordet worden. Der indische Botschafter in Nepal, Herr S.K.Sinha, hat eine sorgfältige Untersuchung des Falles zugesichert.
(Nepalipatra, 07.09.1990)

07.09.1990

In einem Interview der Wochenzeitung Nepalipatra erklärt M.S.Thapa, der Vorsitzende der National People's Liberation Front: "Die rückständigen Volksgruppen stellen in Nepal nur die Arbeiter dar, während die Kapitalisten, die hochklassigen ethnischen Gruppen, die Herren sind. Ethnische Gruppen, die politisches Bewußtsein entwickeln, organisieren sich zum Kampf gegen diese Ordnung. Die kommunistischen Parteien haben diese Wirklichkeit nicht verstanden. Sie glauben, daß die rückständigen Gemeinschaften nur als Träger der kommunistischen Flagge oder als Mitläufer dienen sollten; aber sie sollen nicht selbst Politik machen noch sollten sie irgendeine Führungsrolle übernehmen. Daher ist es notwendig geworden, daß die ethnischen Gruppen ihre eigene Partei gründen, um ihre ethnischen Rechte durchzusetzen zu können. Aus diesem Grunde wurde die National People's Liberation Front gegründet. In Nepal dominiert der Hinduismus (Brahmanismus) in religiöser, politischer und sozialer Hinsicht. Die Hindus besitzen einen angesehenen Status als herrschende Klasse in jeder Hinsicht - so unter der Rana-Herrschaft, so unter der Panchayat-Herrschaft und auch in der demokratischen Phase -, während die ethnischen Gruppen immer nur ausgebeutet und unterdrückt wurden. Die Brahmanen haben sie immer kurz gehalten. Daher ist es das Ziel der National People's Liberation Front, die ethnischen Gruppen zu organisieren, die in politischer, sozialer und religiöser Hinsicht rückständig geblieben sind. Die Front steht dabei nicht in Opposition zu irgendeiner ethnischen Gruppe, sondern nur zu deren Unterdrückung. Wir haben uns bereits mit der Nepal-Kirat Mongol Janajati Party verbündet, da diese unsere grundlegenden Prinzipien akzeptiert hat, und wir versuchen auch mit der Limbuwan Liberation Front zusammenzukommen. Aber wir haben beispielsweise keine Verbindung zur Mongol National Front, da diese eine kommunale Organisation ist."
(Nepalipatra, 07.09.1990)

08.09.1990

In Kathmandu wird der Nepal Panchayat Parishad als neue Partei gegründet. Generalsekretär der Partei ist Jivan Lal Shrestha und Parteisprecher ist Shakti Ram Bhandari.
(Gorkhapatra, 09.09.1990)

09.09.1990

Die NCP (M-L) organisiert eine große Demonstration in deren Verlauf die sofortige Promulgierung der neuen Verfassung verlangt wird. Vor tausenden von Menschen erklärt Mohan Chandra Adhikari: "Wir haben uns bis zu einem gewissen Umfang zur Respektierung der Monarchie bereit erklärt. Wenn der Königspalast jedoch eine Verschwörung anstrebt, hat er auch die Folgen zu tragen. Wenn der Palast ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen, die er mit uns getroffen hat, in Verschwörungen verstrickt ist, müssen wir den Kampf aufnehmen. Wir betrachten es als eine Verschwörung, wenn die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs noch weiter hinausgezögert wird." Krishna Gopal Shrestha, ein anderer Führer der NCP (M-L), verweist in diesem Zusammenhang auf das Schicksal der Shah-Familie des Irans und der Marcos-Familie der Philippinen.
(The Rising Nepal, 10.09.1990; Hindu, 10.09.1990)

09.09.1990

Bhim Bahadur Pande, ein früherer Botschafter Nepals in der Bundesrepublik Deutschland, nimmt in einem Interview des Sunday Despatch Stellung zu den Auswirkungen der Normalisierung der indo-nepalischen Beziehungen auf die nepalische Wirtschaft und den Handel. Aus verschiedenen Gründen habe sich die nepalische Wirtschaft nicht so verbessert, wie man angenommen habe. Die Steuern für Verbrauchsgüter, die aus Indien importiert werden, seien nicht in dem Maße gesenkt worden, wie es das Volk gewünscht habe. Insbesondere hätten die Steuersenkungen deswegen keine Auswirkungen auf Preissenkungen gehabt, weil gleichzeitig die Preise für indische Güter gestiegen seien. Die Regierung habe dies jedoch nicht berücksichtigt und habe stattdessen Preissenkun-

gen von bis zu 35% in Aussicht gestellt. Dies aber sei nun nicht eingetreten.

(Sunday Despatch, 09.09.1990)

09.09.1990

Das Zentralkomitee der NCP (Masal) erklärt, es habe zwar gegen die falsche Politik der Übergangsregierung protestiert, man wolle aber dennoch gegen reaktionäre Elemente kämpfen und die Einheit aufrechterhalten, die in bestimmten Punkten zwischen Nepali Congress und United Left Front erreicht worden sei. Das Randalierertum hätte in dem Augenblick zugenommen, als man es Mandale erlaubt habe, in den Nepali Congress einzutreten. Ferner kritisiert man die Regierung hinsichtlich ihrer Unfähigkeit zur Preiskontrolle und daß sie nicht in der Lage sei, Maßnahmen gegen die Randalierer zu unternehmen.
(Daily Diary, 10.09.1990)

09.09.1990

Nach der Einführung des Vielparteiensystems hat die Übergangsregierung zugesichert, daß alle politischen Gefangenen freigelassen würden, aber im Jaleswor-Gefängnis befinden sich immer noch eine Reihe als politische Gefangene angesehener Personen. Diese beginnen nun einen Hungerstreik. Ihre Slogans sind: "Erfüllt unsere Forderungen! Laßt alle politischen Gefangenen frei! Verwerft falsche Beschuldigungen!" In diesem Gefängnis sind etwa 1.000 Gefangene, von denen sich einige in einem sehr schlechten Gesundheitszustand befinden. Dennoch wird ihnen keine Beachtung geschenkt.
(Hindu, 10.09.1990)

09.09.1990

Zum Zwecke einer fundierten Journalistenausbildung wird eine Nepal-Press Institute Alumni Association (NPIAA) gegründet. Sie soll auch dazu dienen, die Bevölkerung verstärkt über Gesundheitsprobleme, Sauberkeit, Umweltschutz, Bevölkerungskontrolle, Beseitigung des Analphabetentums und andere Bereiche von nationaler Bedeutung durch Journalismus und intellektuelle Aktivitäten aufmerksam zu machen.
(The Rising Nepal, 10.09.1990)

09.09.1990

Unter Führung von Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey nimmt auch eine nepalische Delegation an der zweiten UN-Konferenz über die Least Developed Countries in Paris teil. Im Verlauf dieser Europareise trifft der Finanzminister am 19. September auch mit zwei Vertretern des Human Rights Forum Nepal (HURFON) in der nepalischen Botschaft in Bonn zusammen. Bei dieser Gelegenheit werden grundlegende Menschenrechtsfragen in Nepal aufgeworfen und auch die jüngsten Ereignisse einschließlich der Verfassungsentwürfs diskutiert.
(Gorkhapatra, 09.09.1990; The Rising Nepal, 14.09.1990; persönliche Angaben)

10.09.1990

Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der Constitution Recommendations Commission, überreicht König Birendra offiziell den Verfassungsentwurf. Der König fordert den Premierminister auf, auch mit jenen politischen Parteien, die nicht in der Kommission vertreten waren, über den Entwurf zu sprechen und Vorschläge dieser Parteien zu berücksichtigen. Der Premierminister solle dann wieder diesbezüglich Kontakt zur Constitution Recommendations Commission aufnehmen. Der König äußert sich überzeugt, daß die neue Verfassung ohne weitere unnötige Verzögerung promulgiert wird. Er sagt wörtlich: "Da die Verfassung das grundlegende Gesetzeswerk des Landes ist, sollte es als gemeinsames Gut aller Bürger aufrecht erhalten werden. Das nepalische Volk strebt eine demokratische Verfassung an, welche als bedeutende Merkmale die konstitutionelle Monarchie, das Vielparteiensystem und grundlegende Zivil- und Menschenrechte beinhaltet."
(The Rising Nepal, 05.09.1990)

10.09.1990

Die Wochenzeitung Diary berichtet, Nepali hätten in der Golfregion nicht nur als billige Arbeitskräfte sondern auch als Sicherheitskräfte in den Truppen der Emirs und Scheichs gedient. So hätten auch in Kuwait 200 Gorkhali zur Truppe des Emirs von Kuwait gehört. Die Iraker hätten bei ihrem Einmarsch 100 dieser Gorkhali getötet, nachdem sie auf das Schwerste gefoltert worden seien. Dies wurde von Nepali berichtet, die aus Kuwait haben fliehen können und jetzt in Nepal angekommen sind. Es befänden sich dort jedoch weiterhin tausende von Nepali in Lebensgefahr.
(Daily Diary, 10.09.1990)

10.09.1990

Die Wochenzeitung "Daily Diary" macht auf die Umweltverschmutzung durch einige Teppichfabriken in Sundarijal und Jorpati, in Kathmandu, aufmerksam. Diese würden das Schmutzwasser nach dem Waschen der Teppiche einfach in die Landschaft kippen. Von dort würde es ins Grundwasser, insbesondere das der Trinkwasserbrunnen, fließen und auch das Ackerland verseuchen. Dem Wasser werden zum Waschen der Teppiche verschiedene Chemikalien beigemischt.
(Daily Diary, 10.09.1990)

10.09.1990

Unter Führung von Shambhu Ram Shrestha wird die Nepal Communist League gegründet. Erklärtes Ziel dieser neuen Partei ist die Integration der unterschiedlichen kommunistischen Fraktionen.
(Mulyangkan, 11.09.1990)

11.09.1990

König Birendra verlängert auf Empfehlung des Ministerrats die Amtsdauer der Constitution Recommendations Commission bis zur endgültigen Promulgierung der Verfassung. Die Kommission soll unter anderem auch Veränderungsvorschläge für bereits bestehende Gesetze auf der Grundlage der neuen Verfassung unterbreiten.

(The Rising Nepal, 11.09.1990)

12.09.1990

Bala Krishna Khand, der Vorsitzende der Nepal Students' Union, der Studentenvereinigung des Nepali Congress, fordert in einem Interview der Wochenzeitung Dristi die sofortige Promulgierung des Verfassungsentwurfs. Im Falle einer Verschwörung gegen die Verfassung würden die Studenten auf die Straße zurückkehren. Bala Krishna Khand bekennt sich auch zur weiteren Einheit seiner Partei mit der United Left Front. Panchas, Mandale und andere verantwortungslose Personen, die in letzter Zeit in den Nepali Congress aufgenommen worden seien, dürften dort keine Führungsposition einnehmen. Dies werde von Jugend und Studenten mit Sicherheit nicht hingenommen.

(Dristi, 12.09.1990)

13.09.1990

Die Tageszeitung Hindu berichtet, daß Mitglieder der königlichen Familie nun auch das Annapurna-Hotel und einige Reiseagenturen zum Verkauf angeboten hätten. In gleicher Weise sollen auch Anteile an zahlreichen teuren Fabriken, Fünf-Sterne-Hotels und ähnlichem an Privatpersonen verkauft werden.

(Hindu, 13.09.1990)

13.09.1990

Die Polizei übergibt dem Bagmati Zonal Court 12 Personen, die im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Wagenkonvoi der Königin vom 23. August verhaftet worden sind und verlangt gegen sie wegen Anschlags auf den Thron die Todesstrafe gemäß "State Offence Act 2046 B.S."

(Nepalipatra, 14.09.1990)

13.09.1990

In Kathmandu wird unter Vorsitz von Khagendra Jung Gurung die Nepal Rastriya Janajatiya Party gegründet. Man lehnt die neue Verfassung als nicht akzeptierbar ab. Die Partei, zu deren weiteren Führern Kajiman Kandangwa, Narendra Tamang und Bhadra Ghale gehören, entstand aufgrund von Unstimmigkeiten innerhalb der National People's Liberation Front. Eine der Forderungen der neuen Partei ist, daß das Königreich in zwölf republikanische Staaten aufgeteilt wird.

(Nepalipatra, 14.09.1990)

14.09.1990

Der Rising Nepal berichtet, eine 65-köpfige Abordnung der Trans-Himalayan Trade Association habe die "Autonome Region Tibet" der Volksrepublik China besucht. Dabei seien zwei gesonderte Vereinbarungen über Tauschhandel getroffen worden. Aus Nepal sollen u.a. Jute, Biskuits, Reis, Chilli, Ghee, nepalischer Stoff, Mehl, Zucker u.ä. nach Tibet exportiert werden. Als Gegenleistung erhält man Rohwolle, Bettdecken, Handtücher, Thermos, Tassen u.ä. aus Tibet.

(The Rising Nepal, 14.09.1990)

14.09.1990

Die Wochenzeitung Nepalipatra berichtet, es seien mittlerweile 15.000 Menschen aus Bhutan nach Indien und Nepal geflohen. Beim Anbringen von Postern seien in Bhutan drei Personen von der Polizei erschossen worden, 400 seien verhaftet und auf brutale Weise gefoltert worden. Unterdessen erreicht die Volksbewegung in Bhutan ein neues Stadium. Die Bhutan People's Party, die Student's Organization und die Women's Organization haben ein neues Programm gestartet, welches das Schließen von Schulen, College, Transportmitteln, Industrien; Büros und den Boykott der Gerichtshöfe umfaßt.

(Nepalipatra, 14.09.1990; Daily Diary, 17.09.1990)

14.09.1990

Nepal und die USA unterzeichnen ein Abkommen über die Einrichtung eines International Executive Service Corps (IESC) in Nepal.

(The Rising Nepal, 15.09.1990)

14.09.1990

Auf einer Veranstaltung in Bhaktapur wiederholt Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des Nepali Congress, noch einmal jene Aussage, die er bereits einige Tage zuvor aus Anlaß einer Feier zu Ehren des 76. Geburtstags von B.P.Koirala gemacht hat: "Die Kommunisten bezeichnen sich als eine revolutionäre Kraft, aber der Nepali Congress allein hat die wirkliche Revolution mit friedlichen Mitteln bewirkt. Wenn, wie die Kommunisten behaupten, nur Gewehre und Geschosse Revolution bedeuten, dann müßten ja jene, die Gewehre und Geschosse im Verlauf der Demokratiebewegung benutzt haben, als Revolutionäre bezeichnet werden. Heute verschwindet der Kommunismus weltweit von der Bild-

fläche. Es ist eine falsche Behauptung, er sei auf dem Vormarsch. Die Kommunisten sollten sich bewußt werden, welche Kraft sie leitet."

(Gorkhapatra, 10.u.15.09.1990)

14.09.1990

Die Nepal Sarvodaya Samajvadi Prajatantra Party hält eine öffentliches Treffen im Open Air Theater in Kathmandu in Zusammenarbeit mit diversen anderen Parteien unter Vorsitz von Pitambar Gautam ab. Einer der Höhepunkte dieses Treffens ist eine Rede von Tanka Prasad Acharya. Als Uma Bhadra Khanal, ein früheres Mitglied des Rastriya Panchayats, warnt, daß Versuche zur Unterwanderung der Demokratie gemacht würden, entsteht Unruhe in der Zuhörerschaft. Slogans werden laut wie: "Wiederholt nicht, was ihr in den vergangenen 30 Jahren immer wieder gesagt habt!" Viele Zuhörer wandern ab. In einer anderen Rede verlangt Chinta Bahadur Basnet, die neue Verfassung solle erst vom König unterzeichnet werden, nachdem sie von allen politischen Parteien diskutiert worden sei. Im Verlauf seiner Rede kommt es zu Unruhen. Die Polizei geht mit Schlagstöcken gegen die Menge vor. Drei Personen werden ernsthaft verletzt, fünf weitere werden verhaftet. Chinta Bahadur Basnet wird unter Polizeischutz gestellt.

(Gorkhapatra, 15.09.1990; Samalochana, 15.09.1990; Nayan Nepal Post, 20.09.1990)

14.-15.09.1990

In Kathmandu findet die erste nationale Konferenz der Nepal Civil Services Organization statt. Es wird gefordert, diese Organisation offiziell anzuerkennen und Gehälter und Zulagen in gleichem Maße wie für die Beschäftigten der staatseigenen Unternehmen zu erhöhen. Eine Delegation der Organisation trifft später Premierminister K.P.Bhattarai und unterbreitet ihm ihre Forderungen.

(Gorkhapatra, 16.09.1990; Parivesh, 17.09.1990; The Rising Nepal, 17.09.1990)

15.09.1990

Die Peace Run Organization der USA verleiht ihren Preis für das Jahr 1990 an Ganesh Man Singh in Anerkennung seines Beitrags für den Frieden in Nepal und in der Welt.

(Gorkhapatra, 16.09.1990; The Rising Nepal, 16.09.1990)

15.09.1990

Auf einem von National Planning Commission und UNESCO gemeinsam veranstalteten Seminar erklärt Gesundheitsminister Mathura Prasad Shrestha, täglich würden 400 Kinder in Nepal sterben. Insgesamt betrage die Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Nepal 52% der Gesamtbevölkerung. Als Grund für die hohe Sterblichkeitsrate der Kinder nennt der Gesundheitsminister, daß fast 80% der Bevölkerung keine grundlegenden medizinischen Einrichtungen zur Verfügung stünden.

(Samaj, 16.09.1990)

15.09.1990

Die NCP (Marxist) organisiert in Kathmandu ein öffentliches Treffen aus Anlaß ihres 41jährigen Bestehens. Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front warnt bei dieser Gelegenheit vor reaktionären Kräften, die eine Verschwörung anstrebten. Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär der Partei, sagt, es würde tragische Konsequenzen nach sich ziehen, wenn an dem Verfassungsentwurf Veränderungen vorgenommen würden. Er erklärt auch, die Demokratie sei in Gefahr, wenn die Einheit zwischen Nepali Congress und United Left Front zerbrechen würde. In einem Interview erklärt er: "Um es klar zu sagen, der Verfassungsentwurf enthält einige Mängel, welche berichtigt werden müssen. Z.B. sollte eine einfache Mehrheit im Parlament ausreichend sein, um Verträge und Vereinbarungen bezüglich der Souveränität und territorialen Integrität zu treffen. In ähnlicher Weise sollte die Armee nicht im National Security Committee repräsentiert sein und der König sollte Botschafter nur auf Vorschlag des Ministerrats ernennen dürfen. Nepal sollte als ein Staat mit einem Hindu-König und nicht als Hindu-Staat bezeichnet werden. Aber solche Mängel sollten nicht als Vorwand benutzt werden, um die Promulgierung der Verfassung hinauszuzögern. Laßt das Volk ebenso wie das gewählte Parlament die Verfassung diskutieren. Das königliche Siegel sollte erst daruntergesetzt werden, wenn das Parlament die Verfassung gebilligt hat. Die gegenwärtige Regierung muß dem Entwurf seine endgültige Form geben und dann Wahlen durchführen. Der Entwurf ist durch die dreiseitige Vereinbarung zwischen Nepali Congress, United Left Front und König zustande gekommen, aber nun scheint er dem Palast und den reaktionären Kräften nicht zu passen. Die derzeitige Verzögerung scheint darauf abzuzielen, solche Kräfte wieder durch die Hintertür hereinschleüpfen zu lassen. Der König erhebt unnötige Fragen, nur um seine Interessen mit Hilfe der reaktionären Kräfte zu erfüllen. Ich habe keine Einwände, wenn die Vorkehrungen bezüglich des Vielparteiensystems und der konstitutionellen Monarchie unveränderbar gemacht werden, aber auch der König sollte bereit sein, in einem demokratischen Geist zu arbeiten."

(Gorkhapatra, 16.09.1990; Vimarsha, 21.09.1990)

Mitte September 1990

RSS, die nationale Nachrichtenagentur, berichtet, daß 55 Aktivisten der Nepal Labourers'/Farmers' Organization (NLFO) dem Nepali Congress beigetreten seien. Diese Meldung wird auch über Radio Nepal verbreitet. Die NLFO widerspricht jedoch dieser Meldung. (Matribhumi, 18.09.1990)

Mitte September 1990

Infolge des Arbeitskampfes müssen wieder diverse Industrieunternehmen schließen, so die Nepalganj Match Factory mangels Rohmaterial. Die Juddha Match Factory in Birganj schließt am 18. September auf Anordnung des Arbeitsministeriums. Sie hatte gerade erst am 1. August nach einem Jahr Unterbrechung den Betrieb wiederaufgenommen. Die Raghupati Jute Mill in Biratnagar, welche am 14. August aus finanziellen Schwierigkeiten geschlossen worden war, plant andererseits, die Produktion am 23. September wiederaufzunehmen. (Gorkhapatra, 12.u.22.09.1990)

16.09.1990

König Birendra gewährt Chandra Prakash Mainali aus Duhagadhi, Jhapa-Distrikt, einem Führer der NCP (M-L), der wegen seiner vorgeblichen Beteiligung an der Ermordung von Butan Chaudhary zu zehn Jahren Haft verurteilt worden war, Amnesty. (The Rising Nepal, 17.09.1990)

16.09.1990

FOPHUR wiederholt in einem Statement seine Aufforderung an die Regierung, die Haftbefehle gegen unwissende Personen, die im Zusammenhang mit dem Pashupati-Zwischenfall vom 23. August verhaftet worden sind, zurückzuziehen. Die Übergangsregierung solle nicht die Menschenrechte der Bürger verletzen. FOPHUR bezeichnet es als bedauerlich, daß die demokratische Regierung die Polizei dazu mißbraucht habe, um Verhaftungen ohne Haftbefehl und Hausdurchsuchungen vorzunehmen und abfällige Worte im Zusammenhang mit dem Pashupati-Zwischenfall zu benutzen. Folgende betroffene unschuldige Personen werden namentlich genannt: Frau Hisila Yami, Brinda Pandey, Pampha Bushal und Laxmi Karki. (The Rising Nepal, 17.09.1990)

16.09.1990

Die Tageszeitung Samaj berichtet, daß einige Unternehmen wie z.B. die Timber Corporation of Nepal, Water Supply and Sewerage Corporation, Agricultural Inputs Corporation und National Trading Corporation sehr unter den jüngst getroffenen Vereinbarungen über Gehaltserhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu leiden haben. (Samaj, 16.09.1990)

16.09.1990

Die Wochenzeitung Deshantar berichtet, der König werde den Verfassungsentwurf am 26. September offiziell promulgieren. (Deshantar, 16.09.1990)

16.09.1990

In Kathmandu wird eine Partei namens Mongol National Organization gegründet. Vorsitzender ist Gopal Gurung, Generalsekretär ist Tek Bahadur Phago. Erklärtes Ziel der neuen Partei ist die Stärkung der konstitutionellen Monarchie, der Vielparteiendemokratie und des Nationalismus. (Gorkhapatra, 17.09.1990)

16.09.1990

Dr. Dilli Raman Regmi, der Vorsitzende des Nepali National Congress, rät den früheren Pancha-Führern, keine kleineren demokratischen Parteien zu gründen sondern dem Nepali National Congress beizutreten, wenn sie wirklich an das Vielparteiensystem glauben. (Gorkhapatra, 17.09.1990)

17.09.1990

Organisiert von der NCP (M-L), der sich später auch noch NCP (Fourth General Assembly) und NCP (Masal) anschließen, finden landesweit Protestdemonstrationen statt, die größte in Kathmandu. Sie richten sich gegen eine weitere Verzögerung der Promulgierung der Verfassung. Madan Bhandari, der Sprecher der NCP (M-L) macht deutlich, daß seine Partei keine Veränderung des Verfassungsentwurfs hinnehmen werde. Man werde dann die konstitutionelle Monarchie ganz verwerfen und die Monarchie abschaffen. Reaktionäre Elemente und Diktatoren hätten kein Recht, die Verfassung abschließend zu kommentieren. Dem Nepali Congress wirft er vor, er versuche die Vorkehrungen hinsichtlich der Verträge mit anderen Staaten, die in Artikel 128 des Verfassungsentwurfs geregelt sind, zu verändern. Nach dem Entwurf ist die jeweilige Regierung bei Verträgen mit anderen Staaten an die Billigung des Parlaments gebunden.

Ähnliche Demonstrationen finden am gleichen Tag in Birganj, Chitwan, Pokhara, Nepalganj, Jhapa, Biratnagar, Janakpur, Butwal, Jumla, Palpa, Ilam, Hetauda, Rautahat, Baglung, Parbat, Lamjung, Gorkha, Kabhre, Bardiya, Dhangadhi, Kanchanpur, Arghakanchi, Gulmi und anderen Orten statt.

(Gorkhapatra, 18.09.1990; Nayan Nepal Post, 18.09.1990; Dristi, 19.09.1990; Mulyangkan, 18.09.1990)

18.09.1990

In einem Statement erklärt Gajendra Narayan Singh, der Vorsitzende der Nepali Goodwill Party, der Verfassungsentwurf folge den verzerrten Normen und Werten des Panchayat-Regimes. Er sei nicht geeignet, die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sprachlichen Probleme des Landes zu lösen. G.N.Singh verlangt, daß Hindi als eine nationale Sprache anerkannt wird, die Wahlkreise auf der Grundlage von Geographie und Bevölkerung festgelegt werden und Entwicklungsregionen und Zonen ebenfalls auf der Grundlage von Geographie und Kultur begründet werden. G.N.Singh verlangt auch, daß die Vorkehrung des Verfassungsentwurfs, welche ein Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Parlamentes zur Ratifizierung und Billigung von Verträgen mit auswärtigen Nationen vorsieht, abgeändert wird, da sie sich nicht mit der Demokratie vereinbare.

(The Rising Nepal, 19.09.1990)

19.09.1990

Die Zeitung Nepal Pukar, die vom Nepali Congress herausgegeben wird, berichtet, daß die neue Verfassung voraussichtlich am 26. September promulgiert wird. Offizielle Bestätigungen sind jedoch nicht zu erhalten. (Nepal Pukar, 19.09.1990)

19.09.1990

Die Wochenzeitung Dristi berichtet von einigen Nepali, die unter größten Schwierigkeiten aus Kuwait fliehen können. Diese erklären, daß in Kuwait immer noch etwa 300 Nepali völlig mittellos auf ihre Ausreise warten. Die meisten von ihnen hätten als Diener in Haushalten von Kuwaitis gearbeitet, die nun aus ihrem Land geflohen seien. Die Nepali hätten weder Geld noch Nahrung. (Dristi, 19.09.1990)

20.09.1990

Die United Left Front fordert in einem Statement den Ministerrat auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden und dem Volk ohne weitere Verzögerung den Entwurf der Verfassung zu präsentieren. Man weist darauf hin, daß die Verzögerung bereits eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Mißtrauens im Volk geschaffen habe und gleichzeitig den reaktionären Kräften die Möglichkeit zur Verschwörung biete. (Gorkhapatra, 21.09.1990)

20.09.1990

Die von Manju Ratna Shakya geführte Journalists' Association organisiert im Hotel Bluestar in Kathmandu eine Gesprächsrunde der konservativen politischen Kreise. Bei dieser Gelegenheit bezeichnet Rajeshwar Devkota, ein Führer der National Democratic Party, die derzeitige Übergangsregierung als eine faschistische Regierung und spricht in ähnlicher Weise auch von dem Verfassungsentwurf. Frau Sharada Pokhrel erklärt, sie sei bereit, ihr Leben zu opfern, um das Panchayat-System wiederherzustellen. Die Ideen der jüngsten Massenbewegung hätten keine historische Bedeutung. Der König sei gezwungen worden, gegen den Willen von 2,4 Millionen Menschen zu handeln, um eine "Masse von 200.000" zufriedenzustellen. Die ganze Veranstaltung findet unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen der Polizei statt. (Samaj, 21.09.1990)

20.09.1990

Die Wochenzeitung Yugasambad berichtet, die Übergangsregierung habe dem König eine Liste mit Namen von 176 Personen vorgelegt, die aus politischen Gründen im Gefängnis sitzen, und den König um die Zurücknahme der ausgesprochenen Bestrafung bzw. die Einstellung der Verfahren gegen sie gebeten. Bisher sei jedoch lediglich Chandra Prakash Mainali, einer der Führer der NCP (M-L), freigelassen worden. Die Zeitung fragt, wie es denn mit den übrigen 175 politischen Gefangenen stehe. (Yugasambad, 20.09.1990)

21.09.1990

Ganesh Man Singh erklärt in einem Interview des Nepalipatra: "Die Linken haben immer wieder irrelevante Fragen aufgeworfen wie ein Übergangsgesetz und eine verfassungsgebende Versammlung. Der Verfassungsentwurf enthält Vorkehrungen, welche es der Regierung unmöglich machen, effektiv zu fungieren. Die Kommunisten verlangen nun sogar Dinge, die nicht im Verlauf der Bewegung erhoben wurden. Ist ein solches Verhalten gerechtfertigt? Sie beschuldigen den Nepali Congress immer wieder, selbst nachdem der König in vielen Dingen nachgegeben hat. Elemente, die darauf abzielen, die Wahlen zu unterwandern, indem sie Unruhe und eine Verzögerung der Verfassung verbreiten sind nun aktiv. Andererseits, warum verfallen sie in ungerechtfertigte Kritik noch vor der Proklamierung der Verfassung? Falls der Verfassungsentwurf ohne eine Veränderung promulgiert wird, werden wir mit unseren linken Freunden uns beraten. Wenn ihr Standpunkt unannehmbar ist, werden wir versuchen, ihnen die Dinge zu erklären. Wenn das auch nicht funktioniert, wird es notwendig sein, auf andere Mittel zurückzugreifen. Wenn keine Einstimmigkeit zwischen Nepali Congress und Kommunisten erzielt werden kann, ist es sinnlos, den König um eine rasche Ratifizierung der Verfassung zu bitten." (Nepalipatra, 21.09.1990)

21.09.1990

Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär der NCP (M) erklärt in einem Interview der Wochenzeitung Vimarsha, die Verfassung sollte jetzt dem Volk in unveränderter Version vorgelegt werden. Das Volk sollte darüber nachdenken und die Verfassung ausdiskutieren. Danach müsse die Verfassung vom gewählten Volk noch einmal überprüft werden. Erst nach Zustimmung des gewählten Parlamentes sollte der Entwurf dem König zur endgültigen Unterzeichnung vorgelegt werden. Dies wäre demokratischer. Hierdurch sollten jedoch die Wahlen nicht verzögert werden. Die Regierung sollte entsprechende geeignete Maßnahmen treffen. Gegenüber der Wochenzeitung Nepalipatra äußert sich Man Mohan Adhikari zur Frage der Zukunft des Kommunismus wie folgt: "Ob der Kommunismus in unserem Land Bestand hat, wird die Zukunft belegen. Der nepalische Kommunismus wird immer zum Vielparteiensystem stehen." Selbst Länder mit absolutem Kommunismus würden sich nun dem Vielparteiensystem zuwenden.

(Vimarsha, 21.09.1990; Nepalipatra, 21.09.1990)

23.09.1990

Das Sekretariat des Ministerrats teilt mit, daß innerhalb des Ministerrats völlige Übereinstimmung in grundlegenden Fragen des Verfassungsentwurfs besteht. Es sei jedoch eine Reihe technischer Veränderungen des Entwurfs notwendig. Der Ministerrat werde diese ausdiskutieren und dem König in den nächsten Tagen zwecks Promulgierung der Verfassung vorlegen.

(Gorkhapatra, 24.09.1990)

23.09.1990

Für die Opfer der Demokratiebewegung werden Premierminister Krishna Prasad Bhattarai Schecks über 11,3 Millionen Rs. vom Zentralkomitee des National People's Democracy Victims Welfare Fund und 2,05 Millionen Rs. seitens der Nepal Chamber of Commerce überreicht. Der Premierminister erklärt bei dieser Gelegenheit, daß die Familien der Märtyrer jeweils 100.000 Rs. erhalten sollen. Auch den verwundeten Personen sichert er angemessene Unterstützung zu.

(Gorkhapatra, 24.09.1990)

24.09.1990

Die International Development Agency gewährt Nepal ein Darlehen in Höhe von 1,37 Milliarden Rupien für den Ausbau des Grundwasserbewässerungsprojekts in Lumbini, mit dessen Hilfe mehr als 8.000 ha Land bewässert werden sollen. Eine entsprechende Vereinbarung wird in Washington vom nepalischen Botschafter, Dr. Mohan Man Sainju, und dem Vizepräsidenten der World Bank, Herrn Maraosmansoglu, unterzeichnet. Tags zuvor war in Kathmandu zwischen Nepal und den USA eine Unterstützung in Höhe von 350 Millionen Rupien für Entwicklungsprojekte im Landwirtschaftssektor vereinbart worden.

(The Commoner, 25.09.1990)

24.09.1990

Die Tageszeitung Rising Nepal berichtet über die Sozialorganisationen in Nepal. Zur Zeit gebe es insgesamt 259 soziale Organisationen in den unterschiedlichen Gegenden des Landes. Seit der Demokratiebewegung seien 44 neue derartige Organisationen entstanden. 52 internationale Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) arbeiten mit dem Social Services National Coordination Council (SSNCC) auf den Gebieten Trinkwasser, Sanitärwesen, Erwachsenenbildung, Landwirtschaft, Bewässerung, Gesundheit, Aufforstung, Tierzucht u.ä. zusammen. Unter Leitung des SSNCC bestehen sechs Komitees bezüglich Gesundheit, Kindern, Frauen, Jugend, Gemeinschaftsentwicklung und religiösem Funktionsbereich.

(The Rising Nepal, 24.09.1990)

25.09.1990

Die Tageszeitung Samaj macht auf eine erneute anti-nepalische Kampagne in der indischen Presse aufmerksam. So wird die Feststellung Premierminister Krishna Prasad Bhattarais, daß Nepal eine unabhängige Außenpolitik betreiben will, als anti-indisch bezeichnet. Früher sei Nepal als ein Vasall Chinas bezeichnet worden und nun werde der Nepali Congress als Marionette von Washington und dem CIA bezeichnet. Indien wolle die nepalischen Wasserressourcen ausbeuten, wie es bereits im Falle von Kosi und Gandaki geschehen sei. Aber durch die schafen Vertragsbedingungen im Verfassungsentwurf seien hier Grenzen gesetzt, da das Parlament derartigen Verträgen nun zustimmen müsse. Die indische Zeitung Dinman Times berichtet von der Möglichkeit einer Armeerebellion in Nepal nach der Promulgierung der neuen Verfassung und behauptet, 15.000 Sicherheitskräfte in Nepal ständen unter chinesischem Einfluß.

(Samaj, 25.09.1990)

25.10.1990

Ballabh Shumshere J.B.Rana, der mit der Untersuchung der Zwischenfälle in Kathmandu und Kaski zwischen dem 19. und 30. April 1990 beauftragt worden war, legt Innenminister Yog Prasad Upadhyaya seinen Untersuchungsbericht vor. Einzelheiten werden nicht bekannt.

(Gorkhapatra, 24.09.1990)

29.09.1990

In Jumla kommt es zu einem Zwischenfall, bei dem 2 Personen getötet und 11 verletzt werden, davon vier Personen schwer. Einige Soldaten der dortigen Kaserne hatten während des Dasain-Festes mit Mädchen aus Khalanga Bazar geflirtet. Aufgebrachte Bevölkerung zog zur Kaserne und forderte Maßnahmen gegen die betroffenen Soldaten. Daraufhin wurde seitens des Militärs das Feuer auf die Demonstranten eröffnet.

(Samaj, 03.10.1990)

29.10.1990

Im Verlauf seiner Dasain-Ansprache erklärt König Birendra: "Dank der von unseren Landsleuten gewünschten Veränderungen im politischen System hat die Vielparteiendemokratie unter einer konstitutionellen Monarchie in unserem Land begonnen. Der Ministerrat arbeitet an der Promulgierung der neuen Verfassung. Wir wollen versuchen, sie bis Ende dieses Monats (d.h. 17. Oktober) abzuschließen. Der Ministerrat wird die allgemeinen Wahlen zeitgerecht abhalten, um die Politik auf demokratische Weise durch gewählte Volksvertreter durchführen zu können. Wir vertrauen darauf, daß alle unsere Landsleute an dieser Aufgabe mitarbeiten."

(Gorkhapatra, 01.10.1990)

01.10.1990

Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des Nepali Congress erklärt in einem Interview von Nepal TV: "Die Verfassung sollte in den grundlegenden Fragen eindeutig sein. Der Entwurf, bringt Unklarheiten bezüglich konstitutioneller Monarchie, Vielparteiensystem und Souveränität des Volkes. Dies kann nicht hingenommen werden. Die Verfassung sollte darauf abzielen, den König aus der aktiven Politik auszuschließen, aber der Entwurf widerspricht diesem Geist."

(Samaj, 02.10.1990)

04.10.1990

Der Ministerrat bildet ein dreiköpfiges Subkomitee zur Klärung der wichtigsten Diskussionspunkte des Verfassungsentwurfs. Dieses Komitee legt seinen Bericht dem Ministerrat am 8. Oktober vor. Das Subkomitee besteht aus dem Erziehungsminister, Keshar Jung Rayamajhi, dem Innenminister, Yog Prasad Upadhyaya, und dem Justizminister, Nilambar Acharya.

(The Rising Nepal, 05.10.1990)

04.10.1990

Die Amtsdauer der dreiköpfigen Kommission, welche die Fälle des Verlusts von Leben und Eigentum im Verlauf der Demokratiebewegung untersuchen soll, wird bis zum 16. November verlängert. Die Kommission erhält nun auch offiziell den Auftrag, jene Fälle zu untersuchen, die sich in Pokhara zwischen dem 12. und 17. Februar, also vor Beginn der eigentlichen Volksbewegung, ereigneten.

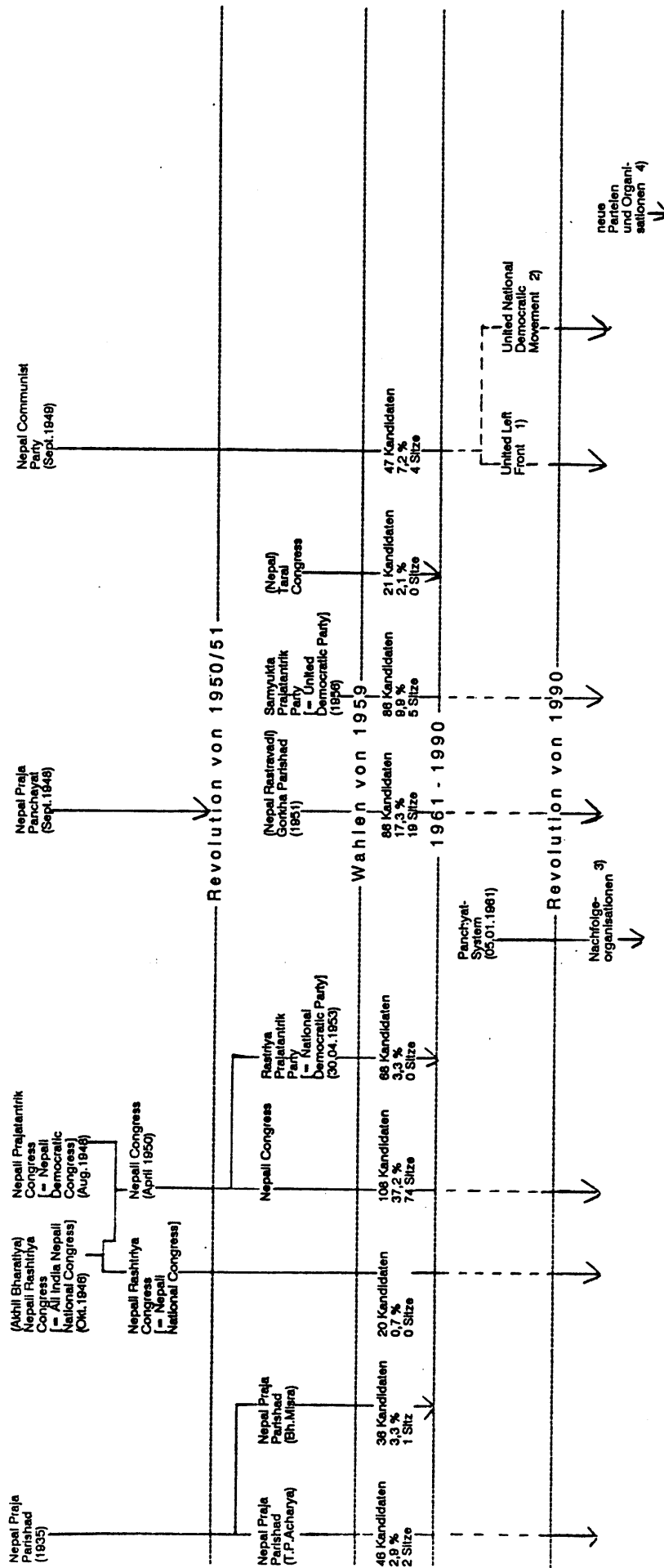
(The Rising Nepal, 05.10.1990)

05.10.1990

Die Asian Development Bank (ADB) gewährt ein zinsloses Darlehen in Höhe von 910 Millionen Rupien gegenüber der Agricultural Development Bank zwecks Verwirklichung der dritten Phase des Small Farmers Development Projects (SFDP). Darüber hinaus wird eine diesbezügliche technische Hilfe in Höhe von 12,5 Millionen Rupien gewährt. Mit diesen Geldmitteln sollen Evaluierungen des SFDP sowie Folgedienste und Frauenentwicklungsarbeit finanziert werden.

(The Rising Nepal, 06.10.1990)

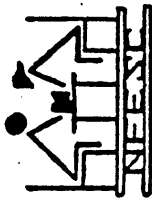
Übersicht zur Entwicklung der nepalischen Parteienlandschaft *)



- 1) Parteien der United Left Front:
- Nepal Communist Party (Marxist) [NCP (M)]
 - Nepal Communist Party (Marxist-Leninist) [NCP (M-L)]
 - Nepal Communist Party (Manendhar)
 - Nepal Communist Party (Varma)
 - Nepal Communist Party (Tulsi Lal)
 - Nepal Communist Party (Fourth General Assembly)
 - Nepal Communist Party (Rohit)
- 2) Parteien der United National Democratic Movement und sonstige linke Parteien:
- Nepal Communist Party (Mishra)
 - Nepal Communist Party (Siswal)
 - Nepal Communist Party (Sixth Convention)
 - Proleten Workers Organization
 - Janvadi Morcha (= People's Front)
 - Nepal Communist League (10.05.1990)
- 3) Nachfolgeorganisationen des Panchayat-Systems:
- National Democratic Party (Chand) (29.05.1990)
 - National Democratic Party (Thapa) (29.05.1990)
 - Rastriya Janata Party (29.07.1990)
 - Rastriya Prajatantrik Yekata Panchayat Party (02.08.1990)
 - Nepal Panchayat Parishad (08.09.1990)
- 4) Neue Parteien:
- Nepali Goodwill Party (= Nepal Sadbhavana Parishad)
 - Nepal National People's Liberation Front
 - Nepal Tarai Muslim Congress
 - Green Democratic Party (13.05.1990)
 - Nepal Sarvodaya Socialist Party (= Nepal Sarvodaya Samajvadi Prajatantrik Party) (01.08.1990)
 - Women's Democratic Party (14.08.1990)
 - Democratic Socialist Party (20.08.1990)
 - Conservative Party (29.08.1990)
 - Nepal Tarai Communist Party (05.07.1990)
 - Nepal Samajvadi Parishad (28.08.1990)
 - Nepal National Social Welfare Association
 - Nepal Rastriya Janajati Party (13.09.1990)
 - Nepal Janajati Party

*) Gründungsdatum in Klammern; es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben

NONFORMAL EDUCATION SERVICE CENTRE (NFESC)



An Organization For EDUCATION AND COMMUNITY DEVELOPMENT

Introduction

Non Formal Education Service Centre (NFESC) is :

- a national non-government, non-profit making development oriented organization
- an organization in response to the critical need for an alternative institution.
- with approach in providing services in the field of NFE.
- registered with Social Service National Coordination Council (SSNCC) under the Social Service Act, 2034 (1977/1978), Nepal.
- concerned with improvement of quality of life through education and community development.
- in the main stream of fulfilling the basic human needs.
- in search for practical and sensible solutions to people's need within limitation of their resources.

Aims and Objectives

1. To advise and cooperate with government, public authorities, volunteer agencies, adult education centres and training institutes in the improvement and reform of their educational system with respect to rural/tribal development, teachers training, planning educational materials and technology development.
2. To plan and carryout applied NFE research and action oriented community development projects.

2

3. To develop and implement special training and orientation programs for agents of development in the field of agriculture, health, community development, appropriate technology and income generation.
4. To provide pre-service and in-service training for field workers to make them capable of assessing needs of the community, developing suitable educational materials for local conditions and organizing local groups to implement educational as well as community development projects.
5. To serve as a centre of information in regard to all aspects of adult education.
6. Work with the local people in programme planning, implementation and evaluation.
7. Contributing to improvement of the lives of disadvantaged groups and to help the most needy, by undertaking the programme in sectors like agriculture, livestock, agro-forestry, education, sanitation, health, nutrition and off-farm income generation.
8. Contributing to the full integration of women in development as participants and beneficiaries.
9. To organize and conduct seminars, workshops, demonstrations, trials and meetings, for the furtherance of aims and objectives.
10. To develop and implement programs on natural resource development and conservation with community interest and participation.
11. To build up awareness on human rights and to advocate for its protection.

3

Approach

Working with poor communities and illiterates for their participation in development is not easy. We must learn from mistakes and failures.

NFESC is committed to the idea that any educational and community development programs must respond to the individual and collective needs of community people which they serve. As the means and ways of meeting needs are constantly changing and the needs themselves are in constant change the institution must respond by continuously evaluating, changing and reforming its approaches and programmes.

NFESC work with and for the people in order to serve them best through education and community development program. Better understanding of local political, socio-cultural and economic criteria for acceptance and meaningful adoption of intended programs, reforms or changes will be taken care of.

Professional human resources and experiences of the community in the concerned area will be identified, trained and their participation in all programs will be emphasized and maximized. So that changes, reforms, growth and development resulted from NFESC activities will be fruitful, relevant, long-lived and self-reliant. Community people are the greatest resources and to develop themselves is their biggest need for sustainable community development. With this concept NFESC works through the approach of small is beautiful initially and spreads into larger groups and areas.

Activities

NFESC will undertake NFE and community related research and development projects of its own initiatives and design under contract or grant from government agencies, international organization, private foundations various individuals or from its own funds.



1. Education

Non Formal Education

- Adult Literacy classes
- Classes for out of school children and school dropouts.
- Pre-service and in-service training to facilitators
- Providing teaching/learning materials
- Follow-up programs
 - Reading and community centres
 - Advance classes
 - Skill development trainings.
- Designing and producing literacy and post-literacy materials.

Formal Education

- Support for students of S.L.C. candidate from poor families by arranging tuition classes.
- Providing roofing materials to school building
- Technical support from NFESC staff
- Physical equipments support to schools.

2. Income Generation

To improve economic condition by mobilizing local resources.

- Savings and loan schemes in group basis.
- Provision of revolving fund.
- Training
- Technical support.



3. Agriculture

- Extension services by NFESC staffs.
- Demonstration and trials
- Vegetable cultivation programs
- Collection and distribution of improved seeds
- Trainings
- Fruit Plantation



4. Livestock

- Distribution of male animals for breeding purpose to upgrade the quality of local animals.
- Training programs
- Veterinary services support
- Grass/Fodder improvement



5. Agro-forestry

- Establishment of community and private nurseries.
- Distribution of subsidised fruit tree and fodder tree saplings
- Training programs
- Conservation practices.



6. Health, Sanitation and Family Planning

- Awareness buildup
- Educational Training
- Contraceptives distribution

7. Legal Aid and Literacy Programs

8. Trainings

Upon request NFESC develop and conduct training programs for community level human resource development in the field of literacy, agriculture, livestock, agro-forestry and women's development.

11. NFESC organize and conduct national, regional and local level Workshop and Seminar on

- Education and legal literacy
- Community development
- Human rights
- Women's and child issues
- Environment



12. Community Organization

- Smokeless Chulo (stove) installation
- Latrine Construction
- Drinking Water Projects
- Village discussion groups
- Training for leaders, users committee, and technical support staff
- Literacy committee, reading and community centre committee, nursery management committee etc.

9. Women's Sector

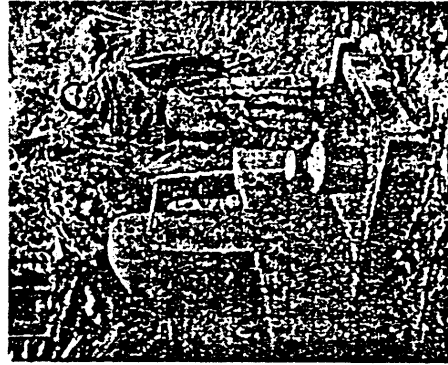
- Village level health awareness program, mother and child care, family planning.
- Training in income generation, e.g. Knitting, tailoring, kitchen gardening, traditional birth attendance etc.
- Leadership training.



10. Off Farm Activities

- Bee Keeping
- Carpet Making
- Paper/Bamboo Works
- Carpentry
- Traditional occupation like leather and metal works for occupational ethnic groups.

- School building construction - roofing material supply.
- Cleaning wells and drinking water source.
- Afforestation programme.



Publications

- NFESC Newsletter Bi-annually
- HAMRO BHASA - Bimonthly (for neo-literates)
- Reading materials.
- Teaching/Learning materials production
- Literacy retention evaluation study report
- Kitchen gardening
- Communicable diseases
- Nightblindness
- Child Care
- First Aid.

Contact Address

Nonformal Education Service Centre
 P.O. Box 2986
 Kathmandu, Nepal
 Phone 413315

ASSOCIATION FOR HUMAN RIGHTS PROTECTION, NEPAL

Association for Human Rights Protection Nepal, is an independent organization which works for the protection of international human rights.

It intends to:

- work against cruelty faced by the people caused from religion, sex, cast, colour, discrimination and political ideology and affiliation.
- act for freeing political prisoners and work for the legal protection of illegally imprisoned individual, and speak against legal provisions and procedures which are against human rights.
- plead for the protection and improvement of women and children rights.
- work with the belief that humanity is main religion and politics. Thus being unbiased to a government, political party, religion, caste, colour and sex, the organisation works on humanitarian ideology.
- Work in accordance with the UN charter of Human Rights Declaration.

HUMAN AND NATIONAL DEVELOPMENT SOCIETY
(HANDS)

An Institute for Women-Child and Rural
Community Development

INTRODUCTION

Human and National Development Society (HANDS) is an independent non-government non-profit making institute established with the aim of promoting public awareness and understanding covering critical issues and needs for community development. HANDS is dedicated in protecting women and child's right. The main areas of the organisation, for action and development, are education (non-formal education), women and child development programme, training for skill development and community organisation. It also intends to conduct research activities in community development efforts.

HANDS is committed to search practical solution of peoples' needs within the limitation of their resource base availability elsewhere.

1

AIMS AND OBJECTIVES

With the consideration of organisational principles and policy HANDS aims to improve the condition of different rural disadvantaged groups through education and community development.

HANDS aims to:

- * Improve the perception of human respect and dignity among the peoples of the community.
- * provide educational facilities to those who have residing in the community without education.
- * provide indigenous knowledge and technique with the appropriate technology.
- * encourage local participation in programme development and implementation
- * Contribute to the full integration of women and children in development as participants and beneficences.

2

- * Collaborate and interact with government, non-government and international organisations to achieve the programme goal of the organisation.

- * protect women and child's right.

Human and National Development Society (HANDS) is committed to work in the field of community development with due emphasis on women and child. But formulation of programme activities is to be made for the collective needs of community's people in general.

HANDS' Commitment also focuses on the principle of the charter of UN, and of the universal declaration of Human Right. Reforms and changes can be made according to the programme policy and local needs. But the participatory approach will have the most important priority in this regard.

3

ACTIVITIES

So as to achieve the institutional objectives HANDS commitment reflects various activities in action. HANDS has following activities to cope with the existing situation of the rural unprivileged.

- * Education: organise Literacy classes for adult illiterates, out of school children and drop-outs within the frame-work of non formal education. It is the most important and effective measure to prepare people for their involvement in the process of development after making them aware about their situation and needs.
- * Income generation: under the income generation, crop production, knitting, weaving, livestock raising activities would be incorporated. Visualizing the economic condition of rural poor, the minimum financial support, to raise their income, can prove a meaningful contribution to them.

4

- * Health and Sanitation: the activity consists of primary health care, immunization for mother and child, provision of smokeless chulo and pit latrine construction, nutritious food etc.
- * Afforestation is another component which is mostly associated with the people's day to day life in the rural areas.
- * Conduct Workshop/seminars and trainings for the target group and other institutions.

PERSONNEL

HANDS works with minimum of fulltime staff personnel and invites necessary personnel as needed by the specific project. Those who join HANDS for the specific responsibility come from other GO'S and NGO'S. HANDS use field staff depending upon the nature of the project.

Human and National Development Society
P.O. Box - 2986
Kathmandu - Nepal
Phone: 411215

RATNADHUNGEL

HUMAN AND NATIONAL
DEVELOPMENT
SOCIETY
(HANDS)



An Institute for Women-Child and
Rural Community Development

HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL

supports the movement for human rights in Nepal

In early 1990 the people of the small Himalayan kingdom of Nepal started to introduce far reaching changes in the political and social setup of the country. Cases of torture, all kinds of discrimination, violation of human rights and destruction of environment should be avoided. Freedom of speech and press shall be guaranteed and the rights of all ethnic groups, of today's so-called suppressed classes, women, minors and prisoners shall be respected and the nature as a fundamental human right shall be protected.

The current situation can only be regarded as a basis for the improvement of the status of politics and human rights in Nepal. But for the realization of the above cited aims of the people's movement in Nepal fundamental changes have to take place in the social structure and thinking of many parts of Nepalese Society. These changes have to grow out of the people itself, they cannot be implanted from outside. And so this natural process of social and cultural development of the Nepalese people, that has forcibly been prevented by the former political system, will take time. In this long phase of transition it will be the special task of the Nepalese human rights organizations to watch over the developments from an independent position. In support of these human rights organizations we had founded an action group called Nepal Support Group - Germany in March 1990, which was transformed into the HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL (HURFON) on May 13th, 1990.

The HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL supports the efforts of the Nepalese people for democracy and human rights by intensive public work such as making use of the media, information of the German government and public organizations in Germany and neighbouring countries, close cooperation and exchange of informations with the Nepalese and international human rights organizations, contacts to all Nepali living in Germany and other countries and friends of Nepal, who are interested in cooperation, as well as in exchange of ideas with German and international organizations working in Nepal for the development of the country and Nepal concerned associations in Germany and other European countries.

The organs of our organization are the General Assembly, the three member Executive Committee and the Advisory Council. To realize the aims of our organization seven working groups have been set up on the meeting of the general assembly in September. They are concerned with:

- ethnic and language problems
- economic and social rights
- women's rights
- children's rights / education system
- rights of prisoners
- environment as a fundamental human right
- family planning / health and hygiene

The coordinators of these working groups have been elected into the Advisory Council.

We are in close contact to the Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) and the Human Rights Organization of Nepal (HURON). We have written a number of letters to these and other organizations and political parties and also to the primeminister, Mr Krishna Prasad Bhattarai, and to the Constitution Recommendations Commission to introduce our fundamental ideas on human rights and democracy into the process of constitution building. We also took the chance to exchange our ideas in personal talks with leading Nepalese politicians like Prof.Dr. Mathura Prasad Shrestha, Minister of health and chairman of FOPHUR, Dr. Devendra Raj Pandey, Minister of Finance and leading member of HURON, and Mr Man Mohan Adhikari, general secretary of the NCP (M).

We have written letters to the German Minister of Foreign Affairs, Mr Hans Dietrich Genscher, and to members of the Foreign Committee of the German parliament including extensive information on the events in Nepal. In the same way we have written letters to about 90 German organizations concerned with development aid. To inform the public about the developments in Nepal and their background we have published a number of articles in German journals and newspapers. For the members of the HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL we publish a circular called Nepal Forum, which shall provide reports from the different working groups, a chronology of the current events in Nepal and shorter reports on special issues.

Everybody who is interested in the aims and works of the HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL is welcome. We are urgently looking for multipliers of our work, especially contact persons in Nepal but also in other European countries. Every individual who has completed her/his 16th year but also juridical persons may become a member. It is also possible to support our organization in form of supporting membership. Please contact us for further information.

HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL
Funkgasse 15
5202 Hennef 1
Federal Republic of Germany
Tel.: (0049) 02242/83657
FAX : (0049) 0221/137651 (att. Thapa)
TELETEX: 2214201 Asia (att. Thapa)

executive committee:
Karl Heinz Kraemer
(chairman)
Pradeep Bhattarai
(vice chairman)
Ludwig Debuck
(treasurer)

bank account no. 480019-431
at Postgiroamt Essen
(bank code no. 36010043)

recognized as charitable organization
by Finanzamt Siegburg
reference no. 220/103/0753
